

# P R O T O K O L L

über die 20. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr  
am Donnerstag, 26. November 1987, im Rathaus, 1. Stock hinten,  
Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### Anwesend:

BÜRGERMEISTER:  
Heinrich Schwarz

VICEBÜRGERMEISTER:  
Leopold Wippersberger  
Karl Holub

STADTRÄTE:  
Ingrid Ehrenhuber  
Rudolf Pimsi  
Erich Sablik  
Ing. Othmar Schloßgangl  
Rudolf Steinmaßl  
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:  
Hermann Bachner  
Josef Brandstötter  
Roman Eichhübl  
Franz Enöckl  
Walter Hahn  
Karl Hochrathner  
Herbert Lang  
Johann Manetsgruber  
Günther Mayrhofer  
Rudolf Pickl  
Erna Probst  
Franz Ramoser  
Franz Rohrauer

Gertrude Schreiberhuber  
Wilhelm Spöck  
Franz Steinparzer  
Franz Straßer  
Hubert Sturmberger  
Leopold Tatzreiter  
Otto Tremel

VOM AMT:  
Techn. Direktor TOAR Ing. Wolfgang  
Wein  
OAR Helmut Riedler  
MR Dr. Kurt Schmidl

PROTOKOLLFÜHRER:  
Präsidialdirektor MR.  
Dr. Gerhard Alphasamer  
Gerda Gugenberger

## TAGESORDNUNG

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS  
(Die Unterlagen zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen wurden an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei)

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

### Beschlüsse des Stadtsenates:

|                          |                                                                                                                              |
|--------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| SH-5410/87               | Weihnachtsaktion 1987 für die Bezieher einer laufenden Sozialhilfe.                                                          |
| Bau3-707/86              | Aufschließung "Krenn-Gründe"-Straßenbau; Endabrechnung der Baukosten; Ergänzung zum GR-Beschluß vom 18. 9. 1986.             |
| ÖAG-625/78               | Grundablösen im Gebiet Unterhimmel; Auszahlung der Entschädigungssumme.                                                      |
| Stadtwerke<br>GHJ1-92/87 | Ankauf von Software für die Personenstandsaufnahme und für den Grund- und Liegenschaftskataster.                             |
| Ha-4400/86               | Mag. Abt. IV; Bewilligung einer Kreditübertragung.                                                                           |
| Ha-833/87                | Mittel der Nahverkehrsförderung; Kostenersatz an die Stadtwerke.                                                             |
| Ha-4935/86               | Gewährung eines Gemeindedarlebens an den GWG-Mieter Silvia Hoffmann, Steyr, Steinfeldstraße 6/1, für den Grundkostenbeitrag. |
| Wa-1056/65               | Reinholdungsverband Steyr und Umgebung; Mitgliedsbeitrag Gemeinde Dietach (Akontozahlung).                                   |

## VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

### BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) K-3121/87                      Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr; Verleihung 1987.

### BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 2) Ha-4400/86                      Nachtragsvoranschlag 1987.
- 3) GemXIII-3139/86              Kanalbenützungsgebühr; Erhöhung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

- |               |                                                             |
|---------------|-------------------------------------------------------------|
| 4) F-395/73   | Aktion "Essen auf Rädern"; Regulierung des Kostenbeitrages. |
| 5) SH-4771/87 | Seniorenpaß; Änderung der Ausgabevoraussetzungen.           |

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- |                 |                                                                     |
|-----------------|---------------------------------------------------------------------|
| 6) Bau2-4460/86 | Bebauungsplan "Mayrhofer"- Dachsbergweg.                            |
| 7) Bau2-7181/86 | Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 41 - Marsstraße - Lohnsiedlstraße. |

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- |                             |                                                                                                                                                                 |
|-----------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 8) PräS-838/82              | Wasserabgabepreis; Neufestlegung.                                                                                                                               |
| 9) Ha-2378/80<br>Ha-2388/76 | Förderungsrichtlinien des Landes Oberösterreich für den Bau kommunaler Wasserversorgungsanlagen; Änderung der Mindestgebühren (Wasserleitungsanschlußgebühren). |

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- |                  |                                                                                                                |
|------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 10) GHJ2-1585/77 | Erhöhung der Tarife für die Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus.                   |
| 11) Ha-4900/83   | Förderungsmaßnahmen der Stadt Steyr für Pensionistenwohnungen - Altenwohnheime Neuschönau I und Steinfeld VII. |
| 12) GHJ2-7658/86 | Ehegatten Huber; Ankauf eines Teilstückes des öffentlichen Gutes im Bereich Bahnhofstraße.                     |

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich eröffne die heutige Sitzung und darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß, den Statuten entsprechend eingeladen wurde. Die Beschlußfähigkeit ist gegeben. Ich darf die Kollegen Gemeinderat Pickl und Rohrauer um Übernahme der Protokollprüfung ersuchen. Ich danke für die Zustimmung. Entschuldigt haben sich Herr Gemeinderat Klausberger, Herr Gemeinderat Wallner und die Gemeinderäte Schlagger und Vorhauer. Gemeinderat Brandstötter und Gemeinderat Zagler werden etwas später kommen.

Wir kommen damit zur Behandlung von allfälligen Anfragen. Es liegt eine rechtzeitig eingebrachte Anfrage der GAL von Herrn Gemeinderat Franz Ramoser, betreffend die Beseitigung von Sondermüll vor. Ich habe schon in der letzten Sitzung des Gemeinderates diesbezüglich berichtet. Gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat beantworte ich nunmehr diese Anfrage wie folgt.

Zunächst aber statutengemäß darf ich Sie nochmals zur Verlesung und zur Kenntnis bringen. Diese Anfrage stammt vom 30. 10. 1987 und ist wie folgt formuliert:

Bürgermeisteranfrage. Herr Bürgermeister, die GAL Steyr möchte wissen, 1. wieviele Tonnen Sondermüll werden in Steyr produziert? 2. Wo wird dieser Sondermüll jetzt gelagert und von wem wird die Deponie kontrolliert? 3. Welche Firmen und Industrien in Steyr produzieren Sondermüll und trennen diese Firmen oder Industrien diesen Sondermüll? 4. Ist es richtig, daß der Sondermüll in die DDR geliefert wird? 5. Gibt es über diese angeblichen Lieferungen einen Vertrag und wie lange ist die Laufzeit dieses Vertrages? Die GAL Steyr ersucht um eine gewissenhafte und ausreichende Beantwortung dieser Frage. Ich danke für die Beantwortung, Franz Ramoser.

Ich darf zur Beantwortung kommen. Zur ersten Frage, wieviele Tonnen Sondermüll werden in Steyr produziert, darf ich sagen, daß an Sondermüll - das ist jener Abfall, der nicht über die Hausmüllentsorgung entsorgt wird - fallen in Steyr 20.000 bis 24.000 kg, also 20 bis 24 Tonnen jährlich an. Die Entsorgung erfolgt über die Problemmüll-Sammlung der Stadt Steyr. Zu Punkt 2), wo wird dieser Sondermüll jetzt gelagert und von wem wird die Deponie kontrolliert, darf ich sagen, daß dieser Sondermüll nicht gelagert, sondern in der darauffolgenden Woche durch eine befugte Firma - das ist in Steyr die Firma Bachleitner, das ist die einzige in Steyr, die diese Genehmigung hat - zu den Entsorgungsbetrieben Simmering verbracht. Zu Punkt 3), welche Firmen und Industrien in Steyr produzieren Sondermüll und trennen diese Firmen oder Industrien den Sondermüll, darf ich folgendes sagen. Die Steyrer Firmen bzw. die Industrie produzieren Sonderabfall, das möchte ich klar sagen, und nicht Sondermüll. Diese Definition ist im Sonderabfallgesetz vom 2. 3. 1983, BGBl. Nr. 1986 i.d.g.F. festgelegt. Es erfolgt dabei eine Unterscheidung in Sonderabfall, dieser ist nicht meldepflichtig, und gefährlicher Sonderabfall, dieser ist meldepflichtig. Wobei die Unterscheidung in den entsprechenden Ö-Normen S 2100 und 2101 festgelegt ist. Aufgrund des zitierten Gesetzes ist jeglicher Sonderabfall, ob meldepflichtig oder nicht meldepflichtig, ordnungsgemäß zu verbringen und dies wird durch den Landeshauptmann überprüft. Bei meldepflichtigen Sonderabfällen gibt das Sonderabfallbegleitscheinverfahren die Möglichkeit einer genauen Kontrolle vom Erzeuger über den Sammler bis zur Endlagerung. Ich darf darauf hinweisen, daß in diesem Fall die Zuständigkeit der Gemeinde nicht gegeben ist, weil das Land bzw. der Landeshauptmann hier zuständig sind. Zu Punkt 4), ist es richtig, daß der Sondermüll in die DDR geliefert wird, diese Auskunft kann nur über den Landeshauptmann bzw. über den zuständigen Minister eingeholt werden. Ich darf darauf hinweisen, daß laut Auskunft des Amtes der Oö. Landesregierung im Bereich der Stadt Steyr ca. 2.800 Tonnen meldepflichtige Sonderabfälle und ca. 6.000 Tonnen Altöl anfallen. Diese Altöle werden aufgrund der Novelle des Sonderabfallgesetzes voraussichtlich ab 1. Mai 1989 zum Großteil meldepflichtig werden. Zu Punkt 5), betreffend die Lieferung in die DDR, ist ebenfalls eine Auskunft nur über den Landeshauptmann bzw. den zuständigen Minister zu erfahren.

Soweit meine Beantwortung. Ich darf fragen, ob eine Zusatzfrage vorliegt? Danke schön. Ich bitte Sie, diese Beantwortung so zur Kenntnis zu nehmen.

Wir kommen damit zu den Mitteilungen des Bürgermeisters.

Üblicherweise gebe ich anlässlich einer jeden Gemeinderatssitzung einen Überblick über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage im Bezirk Steyr. Die diesbezüglichen Daten für den Monat November liegen selbst beim Arbeitsamt noch nicht auf, so daß ich Sie mit diesem Bericht auf die nächste Gemeinderatsitzung vertrösten muß. Es können konkretere Angaben derzeit nicht gemacht werden. Ich bitte um Verständnis dafür, daß ich daher, weil statistische Unterlagen neueren Datums nicht vorliegen, darüber heute keinen näheren Bericht geben kann. Ich kann und werde das selbstverständlich in der nächsten Sitzung machen.

Eine weitere Mitteilung darf ich Ihnen machen. Durch eine Novellierung des § 324 des ASVG war vorgesehen, den zu einer Pension gewährten Hilflosenzuschuß bei Pfleglingen, die sich auf Kosten eines Sozialhilfeträgers in Heimpflege befinden, ruhend zu stellen. Diese Maßnahme hätte für die Stadt Steyr als Träger des Zentralaltersheimes nach dem derzeitigen Pfleglingsstand einen Einnahmefall von etwa 7 Millionen Schilling jährlich bedeutet. Es hat sich mit dieser Problematik, als uns das bekannt wurde, der Stadtssenat ausführlich in seiner letzten Sitzung befaßt und hat eine Resolution verfaßt, die an die zuständigen Ministerien, an den Herrn Bundeskanzler, den Herrn Landeshauptmann, den Sozialreferenten des Landes, ergangen ist, und auch an die Parlamentklubs im Parlament. Auch die Funktionäre, die Abgeordneten der Regierungsparteien, wurden gesondert von dieser Resolution informiert. Ich darf dazu mitteilen, daß dieser Protest nicht nur bei uns der Fall war, sondern diese Novelle hat österreichweit zu massiven Protesten geführt. Es hat sich nunmehr laut telefonischer Mitteilung des Bundeskanzleramtes, und des Sozialreferenten des Landes Oberösterreich und einer fernschriftlichen Information des Herrn Landeshauptmannes vom 23. 11. die Bundesregierung bereit- erklärt, von dieser Gesetzesinitiative Abstand zu nehmen, so daß die alte Rechts- lage bestehen bleibt und somit die seinerzeit befürchtete negative Auswirkung für Heimträger nicht eintritt. Das ist ein erfreuliches Ergebnis gerade in unserer finanziellen und budgetären Situation. Wir haben sicherlich auch unseren Teil durch unser Einschreiten dazu beigetragen.

Soweit meine Mitteilungen.

Weiters darf ich Sie bitten um die Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtssenates gemäß § 51 Abs. 3 StS. Die entsprechenden Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtssenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.

Wir kommen damit zu den Verhandlungsgegenständen und ich bitte Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um die Berichte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen nur einen Antrag vorzulegen. Es soll an verdiente Mitglieder des Rettungswesens wieder die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr verliehen werden. Der Antrag des Stadtssenates hat folgenden Wortlaut:

1) K-3121/87

Rettungsverdienstmedaille der Stadt  
Steyr; Verleihung 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 14. 10. 1987 wird in Anerkennung der langjährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete des Rettungswesens an folgende Personen die Rettungsverdienstmedaille der Stadt Steyr verliehen:

In Bronze (für eine mehr als 15jährige Tätigkeit):

Christine Wasinger (RK), Maria Zwettler (RK)

In Silber (für eine mehr als 20jährige Tätigkeit):

Eugen Collognath (RK), Johann Müllner (RK), Othmar Kronsteiner (BD), Fritz Schrank (BD), Karl Steinkellner (BD), Oskar Stummer (BD), Wilhelm Tillmann (BD), Rudolf Wally (BD).

In Gold (für eine mehr als 25jährige Tätigkeit):

Anna Petz (RK), Johann Petz (RK), Maria Waldhauser (RK), Alois Mitterhuber (RK), Karl Tauschek (RK), Peter Meindl (RK), Willibald Kranzl (RK), Franz Vielhaber (RK), Hans Miglbauer (BD).

Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine gegenteilige Meinung? Gibt es Stimmenthaltungen?. Das ist auch nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke dem Bürgermeister für seine Berichterstattung und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Kollegen Wippersberger um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen!

Der erste meiner beiden Anträge hat den Nachtragsvoranschlag für das heurige Jahr 1987 zum Inhalt. Es ist die Zusammenfassung der von Ihnen gefaßten Beschlüsse über die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben in diesem Jahr. Der bisherigen Gepflogenheit entsprechend, ist diesem Nachtragsvoranschlag auch wieder ein ausführlicher Amtsbericht beigegeben, aus dem Sie die wichtigsten Veränderungen über die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben gegenüber dem Voranschlag 1987 entnehmen können. Wie immer werde ich auch diesmal versuchen, mich kurz zu fassen, mich auf mir besonders wichtig erscheinende Ausgaben in meinen Ausführungen beschränken.

Zusammenfassend sei einleitend festgestellt, der Nachtragsvoranschlag 1987 führt uns sehr deutlich vor Augen, in welcher schwieriger besorgniserregender Finanzlage wir uns befinden. Besonders alarmierend vor allem die Tatsache, daß unsere gesamten Einnahmen aus Steuern, Gebühren und Erträgen nicht einmal ausreichen, um den oH damit abdecken zu können, und zwar in einem noch geringeren Ausmaß als 1986. Im Vorjahr betrug das Loch im Budget bei den Pflichtausgaben 13,2 Mill., wie Sie aus dem Rechnungsabschluß 1986 ersehen können, und heuer werden es bereits voraussichtlich 33,2 Mill., also um 20 Mill. mehr sein als im Vorjahr. Um den Haushalt 1987, oH und aoH, ausgleichen zu können, müssen wir nicht nur unsere gesamten Rücklagen aufbrauchen, wir müssen darüber hinaus insgesamt eine Neuverschuldung von 51,4 Mill. vornehmen, um 14,4 Mill. mehr als im Budget 1987 vorgesehen. Der Gesamtabgang in unserem Stadthaushalt wird in diesem Jahr bei rund 96,5 Mill. S liegen, ein Loch in unserem Budget in einem noch nie dagewesenen Ausmaß.

Nahezu 100 Mill. Schilling fehlen uns an Einnahmen, um unsere Ausgaben abdecken zu können. Unsere Ausgaben sind nur zu rund 87 % durch Einnahmen gedeckt. Das ist die besorgniserregende alarmierende Bilanz dieses Ihnen vorliegenden Nachtragsvoranschlages für das heurige Jahr.

Nach diesen meinen einleitenden Betrachtungen möchte ich aber doch etwas konkreter auf das Ihnen vorliegende Zahlenmaterial eingehen und kommentieren.

Der oH wird gegenüber dem Voranschlag eine Ausweitung um rund 5,4 %, nämlich von 579,397.000 auf 610,902.000,- erfahren. Dies, obgleich die tatsächlichen Einnahmen des oH um 1,7 Mill. geringer ausfallen werden als veranschlagt, nämlich nur 577,7 Mill. betragen werden. Um die Mehrausgaben beim oH ausgleichen zu können, müssen Rücklagen im Ausmaß von 33,2 Mill. herangezogen werden. Eine grobe Auf-

listung über die veränderte Einnahmen- und Ausgabenentwicklung finden Sie auf Seite 1 und 2 des Amtsberichtes. Ein paar Worte auch hinsichtlich der Rücklageneinnahme. Woher kommen diese Rücklagen und wie sind sie entstanden? Gegenständliche Rücklagen wurden bisher zur Vorfinanzierung des RHV verwendet und sind nun aber für Gemeindeaufgaben frei geworden, nachdem der RHV seit Anfang dieses Jahres die Vorfinanzierung seiner Vorhaben selbst bestreitet. Den Mehreinnahmen beim oH im Gesamtausmaß von 21,1 Mill. stehen Mindereinnahmen im Ausmaß von 22,8 Mill. gegenüber, demnach wie schon von mir erwähnt, ein Minus von 1,7 Mill. Diese Mindereinnahmen, hervorgerufen vor allem durch das starke Absinken der Gewerbesteuer von veranschlagten 37 Mill. auf 25 Mill., das heißt allein bei der Gewerbesteuer ein Minus von 12 Mill. Mindereinnahmen von 3,2 Mill. entstehen durch Stundung verschiedener Darlehen. Durch die Herabsetzung des Zinsniveaus entsteht ein Minus von 2,8 Mill., die Kanalbenutzungsgebühr wird anstelle der im Voranschlag veranschlagten 30 Mill. Schilling lediglich 27,7 Mill. erbringen, also ein Minus von 2,3 Mill. Die Einnahmen aus den Ertragsanteilen werden um 1,5 Mill. weniger sein als budgetiert und bei der Getränkesteuer ist ein Minus von 1 Mill. zu erwarten. Sie wird nicht 22,5 Mill., sondern lediglich 21,5 Mill. erbringen. Die Ursache dieses Einnahmerückganges bei der Getränkesteuer hängt mit der Nichtbezahlung des Verpackungskostenanteiles durch verschiedene Betriebe zusammen bzw. einer lediglich Teilzahlung der Getränkesteuer durch einen Großbetrieb.

Bezüglich der Mehreinnahmen beim oH, die, wie schon angeführt, um 1,7 Mill. geringer sind als die Mindereinnahmen, scheinen die Kostenersätze, Leistungs- und Nebenerlöse für das ZAH mit insgesamt 9,7 Mill. auf. Eine annähernd gleich hohe Summe ist aber auch - nämlich mit 9,8 Mill. - bei den Mehrausgaben zu Buche stehend. Echte Mehreinnahmen gab es an Strafgeldern nach der StVO. Sie werden voraussichtlich um 1,9 Mill. höher liegen als präliminiert, durch Umwidmungen und Grundstückaufwertungen werden bei der Grundsteuer B 1,6 Mill. mehr hereinkommen, der Verwaltungskostenbeitrag der GWG der Stadt wird durch die Anhebung des Verwaltungskostenbeitrages und als Folge der Neubauten einen Mehrbetrag von 1,2 Mill. erbringen. Vom Bund haben wir erfreulicherweise zur Anschaffung eines Sperrmüllautos einen Zuschuß von 1 Mill. erhalten und durch verschiedene Leistungen und Ersätze in den verschiedenen anderen Haushaltsstellen sind insgesamt Mehreinnahmen von rund 5,7 Mill. zu erwarten.

Nun aber zu den Ausgaben beim oH. Hier scheint bei den Mehrausgaben ein Betrag von 6,5 Mill. an Personalkosten auf, hervorgerufen durch Personalvermehrung und verschiedene Bezugserhöhungen, die im Laufe dieses Jahres durchgeführt wurden. Hinsichtlich der Mehrausgaben von 9,8 Mill. bei der Sozialhilfe für Fürsorgefälle im ZAH, dem steht wie schon von mir erwähnt, ein nahezu ebenso hoher Betrag bei den Mehreinnahmen gegenüber. Der Krankenanstaltenbeitrag wird voraussichtlich um 3,1 Mill. höher zu liegen kommen als veranschlagt. Er wird sich von 20 auf 22,2 Mill. erhöhen, plus einer Nachtragszahlung für das Jahr 1986 im Ausmaß von rund S 900.000,--. Für die berufsbildenden Pflichtschulen wird eine Summe von 2,1 Mill. zusätzlich an das Land abgeführt werden müssen. Für die Jugendwohlfahrt und die Behindertenhilfe werden zusätzlich insgesamt 1,7 Mill. an das Land zu leisten sein. Die Behindertenhilfe, die wir an das Land zu leisten haben, wird demnach in diesem Jahr von 9 auf 9,8 Mill. ansteigen. Das heißt, wir werden knapp 10 Mill. für diesen Zweck an das Land abführen müssen.

Für die weitere Aufforstung unseres Verkehrsschilderwaldes für Straßenmarkierungen und Instandhaltung der Ampelanlagen werden zusätzlich 0,7 Mill. gebraucht, für die Datenverarbeitung eine Summe von 0,5 Mill. und für Mehrausgaben bei verschiedenen anderen Haushaltsstellen insgesamt 5,6 Mill. Einen Betrag von 4,5 Mill. insgesamt hatten wir aufgrund einer Steuerprüfung als Nachzahlung an das Finanzamt zu leisten. Die Feuerwehr, das ZAH und der Sportplatz Rennbahn sind in diesem Zusammenhang in der Ihnen vorliegenden Aufstellung namentlich erwähnt. Diesen insgesamt 38,5 Mill. an Mehrausgaben beim oH stehen lediglich 7 Mill. an Minderausgaben gegenüber, nämlich die Landesumlage mit 5 Mill. Sie wird als Folge

unserer sich verschlechternden Finanzlage von 22 auf 17 Mill. zurückgehen, einen Betrag von 1 Mill. bei der Sozialhilfe und bei den Kreditzinsen werden wir uns 1 Mill. Schilling durch das Absinken des Zinsniveaus ersparen können. Und nun zum außerordentlichen Haushalt. Der aoH wird eine Erhöhung auf 138,357.000,- erfahren. Das ist eine Anhebung um rund 59 Mill. Schilling, die mit 28,6 Mill. durch Rücklagenentnahme und mit weiteren zusätzlichen 14,4 Mill. als Darlehensaufnahme auf der Einnahmenseite aufscheinen. Bei den restlichen Mehreinnahmen im Gesamtausmaß von 24,1 Mill. handelt es sich im wesentlichen auch nicht um echte unvorhergesehene Mehreinnahmen, denn in dieser Summe stecken die Bedarfszuweisungen des Landes aus dem Gemeindereferat Dr. Grüner mit 15 Millionen. Diese Einnahmen waren vorauszusehen, fanden aber im Budget keinen Niederschlag, da es sich hierbei um eine freiwillige Leistung des Landes handelt und deswegen nicht budgetiert wurden. Aus Gebäudeverkäufen sind uns zusätzlich 6,1 Mill. zu geflossen. Dies hängt mit der von der Stadt durchgeführten Vorfinanzierung der HAK und HASCH zusammen. Der Bund hat nunmehr aufgrund der Endabrechnung uns hierfür anstelle der budgetierten 10 Mill. 16,1 Mill. Schilling überwiesen. Ferner haben wir vom Bund als Zuschuß für den Straßenbau eine Summe von 1,3 Mill. und für den Ausbau des Sportplatzes auf der Rennbahn 1,1 Mill. erhalten. Diesen Mehreinnahmen stehen aber auch gegenüber dem Voranschlag Mindereinnahmen im Ausmaß von 8 Mill. zu Buche. Diese Mindereinnahmen resultieren aus der Tatsache, daß aus Grundstücksverkäufen um diese Summe weniger hereingebracht wurde.

Soviel zur Einnahmenseite des aoH und nun zu den Ausgaben beim aoH. Die reinen entstehenden Mehrkosten betragen lediglich 13,8 Mill. 40,6 Mill. als Mehraufwand im aoH sind durch die Änderung zum Einzeldeckungsprinzip bedingt, da die Ansätze, die einen Überschuß verzeichnen, eine Rücklagenzuführung zu veranschlagen ist. Wir haben, wie Sie daraus entnehmen können, eine buchhalterische Änderung unseres Haushaltsplanes vorgenommen. Für den Reinhaltungsverband müssen um 15,7 Mill. und für die Gebäudeerrichtung am Sportplatz Rennbahn 2,2 Mill. mehr ausgegeben werden. Eine Mehrausgabe entstand aber auch durch den Ankauf einer Eiskehrmaschine, die im Budget nicht vorgesehen war und zu Mehrkosten kam es schließlich auch beim Umbau im Rathaus und für das neue Amtsgebäude auf der Promenade um 1,9 Millionen. Eine ebenfalls nicht vorgesehene Maßnahme war der Kanalbau in der Haratzmüllerstraße mit 1,3 Mill., diese Maßnahme hat sich aber dann beim Ausbau der Haratzmüllerstraße als notwendig ergeben. Die Sanierung des Schlosses Engelsegg hat um 1,2 Mill. mehr an Kosten verursacht, für die Bauleitung bei der HAK und HBLA war noch ein Betrag von 1 Mill. und für die Verbauung der Mühlbauergründe eine Summe von 1 Mill. notwendig.

Die Minderausgaben beim aoH können mit 12,9 Mill. angenommen werden. Erfreulicherweise werden die Kanalbauten in der Stelzhamerstraße und Resthofstraße um insgesamt 4 Mill. weniger kosten als ursprünglich geschätzt und im Budget veranschlagt. Da die Umbaumaßnahmen beim zukünftigen Schloßmuseum noch nicht in Angriff genommen wurden, wird es dadurch zu einer Einsparung von 2 Mill. kommen, zusätzlich eine halbe Million für die Einrichtungskosten. Die in diesem Jahr in Durchführung befindlichen Umbaumaßnahmen im ZAH werden für dieses Jahr um 1,2 Mill. weniger beanspruchen. Hinsichtlich der Minderausgaben für wirtschaftspolitische Maßnahmen sei festgestellt, daß es wohl bei den zu gewährenden Darlehen zu Einsparungen kommen wird, daß es aber andererseits bei den Subventionen, die allerdings auf einem anderen Konto aufscheinen, zu einer nicht unwesentlichen Erhöhung kommen wird. Außerdem spielt in diesem Fall die Vertragsänderung mit VTS hinein. Zu einer Ausgabenverminderung kam es auch noch bei den Baumaßnahmen für den Parkplatz am rechten Brückenkopf der Schönauerbrücke und verschiedenen anderen Kostenstellen mit insgesamt ca. 3 Millionen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, der Nachtragsvoranschlag für das heurige Jahr zeigt ein noch unerfreulicherer Bild als jenes des Vorjahres. Die Einnahmen sind noch stärker als im Vorjahr abgesunken. Die schlechtere Wirtschaftslage, hervorgeru-

fen durch die Absatzschwierigkeiten in den Steyr-Werken im besonderen, spiegelt sich auch in unserem Gemeindebudget wider. So müssen wir zur Abdeckung unserer Ausgaben nicht nur alle unsere Rücklagen aufbrauchen, wir sind auch gezwungen, Schulden in einem noch größeren Ausmaß als ursprünglich vorgesehen zu machen. Unsere Gesamtverschuldung wird mit Jahresende die halbe Milliarden-Schillinggrenze überschreiten und bei voraussichtlich 523 Mill. zu liegen kommen. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von etwas mehr als 13.000 Schilling. Verglichen mit anderen Städten unserer Größenordnung wäre dies an und für sich noch nicht alarmierend, denn wir liegen damit im Mittelfeld. Allerdings begründet, besorgniserregend und höchst alarmierend ist die Tatsache, daß unsere Finanzkraft zusehends durch die sinkenden Einnahmen schlechter wird, sich bereits stark verschlechtert hat. Unterstrichen wird diese meine Feststellung durch die Tatsache, wie schon von mir eingangs erwähnt, daß unsere Einnahmen an Steuern, Gebühren und Erträgen nicht einmal mehr ausreichen, um den oH, der ja fast ausschließlich aus Pflichtausgaben besteht, damit abdecken zu können. Der Ihnen vorliegende Nachtragsvoranschlag unterstreicht demnach die Notwendigkeit einer Ausgabenverminderung einerseits und vermehrter Einnahmen andererseits. Unser gemeinsames Bemühen muß es daher sein, in verstärktem Ausmaß in beiden Richtungen zu wirken und in diesem Sinne darf ich nunmehr den Ihnen vorliegenden Antrag in Kurzform zur Verlesung bringen.

## 2) Ha-4400/86

### Nachtragsvoranschlag 1987.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beschluß der Stadt Steyr vom 11. 12. 1986, Ha-4400/86, womit der Voranschlag 1987 enehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1987 wie folgt abgeändert:

#### 1. Der ordentliche Haushalt

|                                                |                  |
|------------------------------------------------|------------------|
| a) die Gesamteinnahmen von S 579,397.000,- auf | S 610.902.000,-- |
| die Gesamtausgaben von S 579,397.000,- auf     | S 610,902.000,-- |

|       |   |
|-------|---|
| S     | - |
| ===== |   |

|                                              |                  |
|----------------------------------------------|------------------|
| b) die Reineinnahmen von S 540,419.000,- auf | S 571,924.000,-- |
| die Reinausgaben von S 540,419.000,- auf     | S 571,924.000,-- |

|       |   |
|-------|---|
| S     | - |
| ===== |   |

#### 2. Der außerordentliche Haushalt

|                                            |                  |
|--------------------------------------------|------------------|
| die Gesamteinnahmen von S 79,400.000,- auf | S 138,357.000,-- |
| die Gesamtausgaben von S 97,740.000,- auf  | S 138,357.000,-- |

|       |   |
|-------|---|
| S     | - |
| ===== |   |

Die übrigen Bestimmungen des GR-Beschlusses vom 11. 12. 1986 betreffend den Voranschlag für das Jahr 1987 bleiben unverändert.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Bericht, er steht zur Diskussion. Kollege Holub hat sich als erster zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, meine Herren Bürgermeister!  
Zum Voranschlag 1986 habe ich das Beispiel gebracht, daß, wenn die Luft dünn ist, man sich den Atem einteilen möge. Zum Nachtragsvoranschlag 1986 bzw. zum Rechnungsabschluß habe ich unserem Wanderer Stadt Steyr attestiert, daß er mittler-

weile von der Bronchitis befallen ist und daß ihm der Atem knapp wird. Zum Nachtragsvoranschlag 1987 bleibt mir mit Bestürzung kein anderes Wortspiel über, als die Aussage, die Luft ist raus. Im wahrsten Sinn des Wortes. Die Luft, die wir noch haben als Wanderer, der die Absicht hat, einen Berg zu erglimmen. Diese Luftreserve waren die Rücklagen, die der Stadt zur Verfügung gestanden sind. Die sind auf null verbraucht, wie Kollege Wippersberger in einer sehr beeindruckenden Rede zur Finanzsituation der Stadt ausgeführt hat.

Kollege Wippersberger, du hast natürlich auch sagen müssen, daß unsere Finanzsituation von zwei Seiten bedenklich ist, nämlich zum einen, daß wir sinkende Einnahmen bedauern müssen und zum anderen, daß wir vermelden müssen, daß unsere Ausgaben ständig weiter steigen. Die sinkenden Einnahmen bedeuten für uns nichts Gutes. Gar nichts Gutes. Es sei denn eines, wenn man Sophist wäre, könnte man sagen, bei den sinkenden Einnahmen ergibt sich eine sinkende Finanzkraft der Stadt und aus der sinkenden Finanzkraft der Stadt auch vermutlich sinkende Umlagen, die die Stadt an übergeordnete Körperschaften zu entrichten hat. Das ist aber nicht unbedingt das wirtschaftspolitische Ziel der Stadt gewesen, die sinkenden Umlagen in dieser Art zu erreichen. Das ist auch sicher nicht zu bejubeln, daß wir das hier zur Kenntnis nehmen müssen oder daß wir das verzeichnen können, soll auch nicht so verstanden werden, wenn ich das so darstelle. Auf der anderen Seite die steigenden Ausgaben in Betracht zu ziehen, da muß man sich die Ausgabenstruktur vor Augen führen. Eine Dreiteilung, eigentlich eine Zweiteilung und eine nachfolgende dritte Teilung ist zwingend. Nämlich zum einen die Pflichtausgaben steigen rasant an, zum anderen die Ermessensausgaben, die auch eine Ausweitung erfahren haben, nur kann man die Ausweitung bei den Ermessensausgaben in diesem Nachtragsvoranschlag nicht explicit erkennen im ordentlichen Haushalt, weil ja zum Zwecke des Haushaltsausgleiches bzw. zu dessen Ermöglichung zahlreiche Umbuchungen in den ordentlichen Haushalt stattgefunden haben. Unter der grundsätzlichen Betrachtung wäre es nicht richtig, Einzelansatzposten aus den vorhergegangenen Haushaltsjahren mit den Einzelansatzposten im heurigen Jahr zu vergleichen. Ich werde auch diesen Fehler bei der weiteren Betrachtung nicht machen.

Bei den Ermessensausgaben werden wir uns in Zukunft, weil eben die Luft raus ist, noch viel mehr als bisher die Frage stellen müssen, was ist blutig notwendig und wo ist die Grenze zum Luxus. Aber sowohl bei Pflichtausgaben als auch bei den Ermessensausgaben werden wir uns immer mehr die Frage stellen müssen, was kostet uns das in weiterer Folge? Da geht nämlich unser Haushalt auch ganz nett aus dem Leim bei den Folgekosten, die in der Zukunft auch unvermeidbar sein werden. Wir haben, das wurde auch schon gesagt, ich werde die Zahlen nur ganz kurz streifen, beim ordentlichen Haushalt einen Abgang von 31,5 Millionen Schilling bei den Ausgaben, wobei dieser Abgang im ordentlichen Haushalt durch die Rücklagen von 33,2 Millionen Schilling zu einem Haushaltsausgleich geführt hat. Diese Rücklagenzuführung war nur möglich, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil erstens der Haushalt in Richtung außerordentlichem teilweise transportiert wurde und zum anderen weil die Rücklagen durch die Eigenfinanzierung des Reinhalteverbandes einfach zur Verfügung gestanden sind. Wie wichtig diese Entscheidung war, daß sich der Reinhalteverband eigenfinanzieren muß, erkennt man spätestens bei dieser Betrachtung. Wenn nämlich das nicht der Fall gewesen wäre, so wie wir beide, Kollege Wippersberger und ich, schon bei vielen Budgetbetrachtungen dem hohen Gemeinderat gesagt haben, stünden wir jetzt ganz schön dumm da, auch wenn man außer Betracht läßt, daß uns der Reinhalteverband in der Kapitalzuführung in die Gegend von 16 Millionen Schilling im außerordentlichen Haushalt belastet hat. Aber immerhin durch diese einmalige Auflösung hat man Mittel im heurigen Jahr zur Verfügung gehabt, aber wir sollten uns ja nicht in Versuchung führen lassen anzunehmen, daß das im nächsten Jahr wieder so ist. Diese Finanzierungsmöglichkeit hat es nur einmal gegeben. Sie wurde genützt, sie ist aber unwiederbringlich weg. Was uns aber unwiederbringlich ins Haus stehen wird, sind die Folgekosten aus dem Reinhalteverband, der ja alle Ge-

meinden, die darin betroffen sind, jedenfalls zu Sorgenfalten auf der Stirn veranlaßt, weil uns diese Form des Umweltschutzes außerordentlich viel Geld kostet, was aber überhaupt nicht in Zweifel gezogen werden kann, weil es einfach notwendig ist. Das ist unsere Aufgabe als kommunale Vertreter, als Vertreter der Bevölkerung unserer Stadt dafür die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Wir können beklagen, daß das teuer ist, aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß es notwendig ist.

Eines muß uns noch klar sein, die völlige Entblößung aus Rücklagen bedeutet, daß alles, was wir spontan in Angriff nehmen, mit Kreditmittel finanziert werden muß. Also für Spontanität werden wir in der nächsten Zeit nicht sehr viel Spielraum haben. Dazu kommt- auch das wurde exakt und klar dargestellt bis hinein in die Pro-Kopf-Verschuldung,-das wirklich schnelle Ansteigen könnte man sagen, das rasante Ansteigen der Verschuldung. Die Überschreitung der 500 Millionen-Grenze wurde vom Finanzreferenten ausgedrückt. Wenn wir zur Errechnung der nächsten Kennzahlen, die ich erarbeitet habe, nur bei 520 Millionen, damit es leichter geht, bleiben wollen, dann ist das eine Zahl, die uns im Vergleich zur eigentlichen Finanzkraft der Stadt, das sind die Gesamteinnahmen des ordentlichen Haushaltes bezüglich der Vergütungen bzw. Ersätze, das sind 571 Mill. laut Nachtragsvoranschlag. Im Verhältnis zu den 520 Millionen der Verschuldung immerhin die Zahl von 91,1 Prozent vor Augen führt. Für realistisch aber, meine Damen und Herren, gerade der Anbetracht der Haushaltsstruktur im heurigen Jahr ist die noch zu erfolgende Kürzung, nicht nur Reineinnahmen, sondern da müßte man jetzt korrekterweise noch die Rücklagenentnahme absaldieren, so daß das Verhältnis zu ziehen ist von 520 Millionen Schilling Verschuldung zu 538,8 Millionen verbleibenden Reineinnahmen.

Das, liebe Freunde, gibt uns das erschreckende Bild, daß 96,5 Prozent der laufenden Einnahmen eines Jahres, der Einnahmen, mit denen wir kalkulieren können, bereits im Schuldenstand dokumentiert sind. Den nötigen Schluß dazu kann man sich unschwer dann ziehen, wenn man sich die Vergleichszahlen vom Vorjahr vor Augen führt, das sind etwa 88 Prozent. Nach dem Rechnungsabschluß waren bei der ersten Betrachtung, also die Kennzahl Schuldenstand zu Gesamteinnahmen minus Vergütungen, und daß es etwa 92 Prozent waren bei der Kennzahl Schuldenstand zu Reineinnahmen minus Rücklagen zum Haushaltsausgleich. Wir werden also, wenn nicht Wunder geschehen, im nächsten Rechnungsjahr mit großer Wahrscheinlichkeit weit über die 100 Prozent-Grenze drüber kommen. Das heißt, daß der Schuldenstand schon mehr beträgt als das Haushalts-Nettoeinkommen.

Ein privater Haushalt, der vor dieser Situation steht, muß sich Gedanken drüber machen, wie bringt er seine Ausgabenstrukturen in Ordnung. Weil, so wie es dem privaten Haushalt nicht möglich ist, ohne Beraubungen zu begehen, sein Einkommen zu erhöhen, genau so geht es der Stadt. Die muß nach Maßgabe ihrer eigenen finanziellen Ressourcen versuchen, mit dem Vorhandenen auszukommen und sich die Ausgaben entsprechend einzuteilen. Die Einnahmenstruktur beweist das soeben Gesagte.

Gemeinderat Brandstötter erscheint um 15 Uhr.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Eine der größten Einnahmenpositionen war eben die Rücklagenentnahme zum Haushaltsausgleich. Das heißt, noch einmal und in aller Deutlichkeit gesagt, der ordentliche Haushalt, das ist jener Haushaltsbereich, aus dem wir die Pflichtausgaben und die ständig oder häufig wiederkehrenden oder längerfristig wiederkehrenden Ausgaben bedecken müssen, war unbedeckt und mußte durch Rücklagenzuweisung bedeckt werden. Ich glaube, man kann das gar nicht oft genug sagen, damit man sich selbst an die Disziplin bei den Maßnahmen im nächsten Jahr

wieder vor Augen führt. Ich frage mich, was man im nächsten Jahr tun wird, wenn diese Rücklagenzuweisung nicht mehr möglich ist, und wann die ganze Haushaltstechnik - Kompliment an Herrn Dr. Schmidl, der das bewerkstelligt hat - die in den Büchern der Stadt abläuft, vor sich geht. Denn eines muß uns klar sein, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen nach den gesetzlichen Vorschriften den ordentlichen Haushalt nicht mit Kredithilfe abdecken. So leicht geht es nicht, daß man sagt, gut, das wollen wir jetzt haben und das sind ständig laufende Kosten, nehmen wir halt einen Kredit auf. Dafür nicht. Die Darlehensaufnahme ist nur zulässig zur Bedeckung des außerordentlichen Haushalts. Im außerordentlichen Haushalt sollte sich halt nur Einmaliges oder gering häufig Wiederkehrendes wieder finden. Das ist die Wahrheit, die blanke Wahrheit zur Budgetsituation. Die wird sich vermutlich auch bei der Budgetbetrachtung, wenn der Haushaltsvoranschlag 1988 vorgelegt wird, weiter durchziehen müssen. Bei den Einnahmen in der Gruppe 9 wurde schon angeführt der Rückgang der eigenen Steuern. Das Schwinden der Gewerbesteuer ist in der Tat bedenklich, nämlich nicht nur für den Haushalt Staat, sondern auch für die allgemeine Wirtschaftspotenz in der Stadt. Weil ja die Gewerbesteuer mittlerweile nicht mehr nach dem Kapital der Unternehmungen bezahlt wird, sondern nur nach dem Ertrag der Unternehmungen. Ich kann mir die Bemerkung nicht verkneifen, daß die Gewerbesteuer wahrscheinlich in der nächsten Zeit auch noch stagnieren wird. Selbst wenn es uns gelingt, mit vereinten Kräften neue Betriebe hierher zu führen, weil die Betriebe ja ihre Investitionen erst einmal abschreiben müssen und erst dann in die Situation kommen, Gewerbesteuer nach dem Ertrag zu bezahlen. Alles das, was wir an Betriebsansiedlungen machen, beschwert zwar in der Momentaufnahme unser Budget, bringt uns aber in der Momentaufnahme keine budgetäre Entlastung und hat aber ihre Rechtfertigung in der Sicherung der Arbeitsplätze in unserer Region. Die Budgetwirksamkeit ist erst in einigen Jahren zu erwarten, wenn überhaupt, sofern die Betriebsgründungen wirtschaftlich erfolgreich waren. Was wir alle miteinander allen Betrieben wünschen, die sich hier angesiedelt haben. Auch die Ertragsanteile, das zweite große Standbein der Stadt, sind in der Tendenz rückläufig. Vizebürgermeister Wippersberger hat ja angeführt, daß der Saldo aus Ertragsanteilen und Unterschiedsbeträgen einen Einnahmenabgang von 1,5 Millionen Schilling aufweist. Das bedeutet aber nichts anderes, als das Widerspiegeln der allgemeinen Steuerkraft unserer Region, die offensichtlich nachgelassen hat, denn jeder von uns weiß, daß die Ertragsanteile aus dieser allgemeinen Bundessteuerkraft entstammen.

Die geschmälerste Finanzkraft der Stadt wird allerdings wieder eine Annehmlichkeit für die Stadt mit sich bringen, daß wir in Zukunft mit höheren Unterschiedsbeträgen rechnen können. Weil ja die Eigenkraft durch die totale Kapitalentblößung und durch die sinkenden ordentlichen Einnahmen zweifellos geringer wird. Auch die zweite große Einnahmengruppe finden wir in der Budgetgruppe 8. Da finden wir zwar bei Einzelansätzen sehr große Unterschiede, aber ich habe zur Einleitung meiner Stellungnahme schon gesagt, daß man die Unterschiede nicht absolut nehmen darf, weil sie ja die gegengleichen Widerspiegelungen im außerordentlichen Haushalt finden. Somit wären wir also auf der Einnahmenseite mit der Betrachtung so ziemlich durch und könnten uns den Ausgaben im ordentlichen Haushalt zuwenden, wobei ich nur einen wesentlichen Punkt herausnehmen möchte, das sind die Personalkosten. Auch mein Vorredner hat das angezogen. Die Personalkosten von 221 Millionen Schilling, das sind im Vergleich zu den Reineinnahmen des ordentlichen Haushaltes 38,8 - 38,9 Prozent, im Vergleich zu 1986 keine Veränderung oder kaum eine Veränderung. Das heißt, die Personalkosten haben sich in der Proportion zum Haushalt verhalten. Wenn man aber die Rücklagen herausnimmt, die zur Haushaltsbereinigung gedient haben, dann stellt es dann doch einen Betrag von 41 Prozent der Reineinnahmen minus Rücklagen dar. Da führe ich in Erinnerung, daß es diese 35,8 Millionen Schilling waren, von denen ich vorhin gesprochen habe. Zieht man die Pensionen, die Organbezüge und die Organ-

pensionen dazu, so kommt man auf 45,8 bzw. auf 48 Prozent, wenn man wieder die Rücklagen absaldiert. Das ist die Struktur des Haushaltes. Die Personalkosten machen also annähernd die Hälfte der echten Einnahmen aus. Da muß man ehrlich dazusagen, daß es Städte gibt, denen es in dieser Hinsicht in der Verhältniszahl Einnahmen zu Personalkosten noch viel schlechter geht. Das heißt, im Vergleich zu anderen Städten sind die Kosten des Personals und der Organe relativ maßvoll gehalten. Die Zahlen bleiben auch in etwa die letzten Jahre hindurch gleich. Das muß auch gesagt werden. Bis auf 1, 2 Prozent Unterschied, wenngleich diese Verhältniszahlen zu den jetzt berichtigten Einnahmen schon zu denken geben müssen, was sich aber eindeutig wieder darauf zurückführen läßt, daß man an Personalkosten, wenn sie angefallen sind, nichts verändern kann. Ob jetzt die Einnahmen steigen oder nicht steigen. Das geht jedem Unternehmen auch so, weil es eine Schlechterstellung der Mitarbeiter nicht geben darf und auch nicht geben kann. Die Konsequenz, die daraus zu ziehen ist, ist zweifellos die Forderung nach einer maßvollen Personalpolitik. Dabei glaube ich stoße ich durchaus nicht auf taube Ohren, weil das Problem - das weiß ich von Gesprächen, die zur Budgetsituation geführt haben, - durchaus in gleicher Weise und auch mit der gleichen Konsequenz erkannt ist. Man wird zur Kenntnis nehmen müssen - ich weiß nicht, wie weit die Verhandlungen zum Dienstpostenplan schon gediehen sind - daß hier nicht allzu viel Spielraum für Vermehrungen drinnen ist. Ich kann es mir auch nicht verkneifen zu sagen, auch für außerordentliche Bezugsregulierungen wird die Luft relativ dünn sein. Die Bediensteten des Hauses werden wir bitten müssen, das zur Kenntnis zu nehmen.

Es wäre jetzt vollkommen falsch, das sage ich jetzt noch einmal, die Budgetsituation nur von der Einnahmenseite her zu sehen. Vielmehr, wenn es uns nicht gelingt, die Ausgaben in den Griff zu bekommen, dann wird sich unser Budget allmählich dramatisch verschlechtern. Es wird nicht ein spontaner Einbruch sein, den spontanen Einbruch erkennen wir jetzt nur in den Rücklagen. Die Chance, das zu sanieren über die Rücklagen, die ist aber im wesentlichen vertan, es sei denn, daß die noch nicht abgerechneten Bauvorhaben im heurigen Jahr uns heuer einen Ausgabenrahmen freilassen, den wir heuer noch in Rücklagen spielen können. Aber im nächsten Jahr kommt dann auf alle Fälle der große Schrecken, wenn diese Abrechnungen im nächsten Jahr noch dazufinanziert werden müssen. Wir werden also sicherlich fordern müssen von uns selbst, alle miteinander, fordern müssen, eine große Disziplin im Budget, eine große Disziplin in der Einhaltung der Budgetansatzposten. Ich glaube, es wird sich da eine sehr gute Hilfe für den einzelnen Gemeindevorstand anbieten, wenn es tatsächlich so zur Ausführung gelangt, wie wir uns das vorgenommen haben, daß bei den Anträgen zu einer Kreditfreigabe der freibleibende Kreditrest mitangeführt wird. Dann kann nämlich dem Gremium, das den Beschluß faßt, gleich rechtzeitig vor Augen geführt werden, wie weit der Spielraum auf dem einzelnen Haushaltsanschlagsposten noch ist. Ich bedanke mich dafür, daß man auf diese Vorschläge eingeht, weil ich wirklich glaube, daß das eine der Maßnahmen ist, daß man mehr Ausgabendisziplin in den Haushalt hineinbringt.

Wir werden zweifellos bei den Folgekosten in Zukunft mehr aufpassen müssen. Wir werden aufpassen müssen bei den Anträgen, was wird uns das an Folgekosten bringen, und ich habe zu meiner Freude - ich mache das Kompliment dafür - vernommen, daß auch die Folgekostenbekanntgabe bei der Beantragung in Zukunft den Antragstellern abverlangt wird. Ich glaube, das sind beides notwendige Maßnahmen, erstens der freibleibende Rest im Budget, und zweitens die Folgekosten für die Zukunft. Denn niemand auf Gottes Erde kann daran denken oder das Wagnis auf sich nehmen, daran zu denken, Budgets für die Folgejahre zu erstellen, wenn uns von den Ausgaben, die wir tätigen, nicht bekannt ist, wieviel Folgekosten in den nächsten Jahren auf uns zukommen. Das könnte man weder dem beamteten noch dem politischen Finanzreferenten der Stadt abverlangen.

Wir glauben aber auch, daß eine bessere Organisation im Haus zur Bewältigung

der Personalkosten mit beitragen wird können. Es wird möglicherweise dazu führen müssen, daß nicht jeder Dienstposten, der durch natürlichen Abgang frei wird, auch sofort 1 : 1 ersetzt wird. Diese Maßnahme wird dann möglich sein, - da erinnere ich an das, was Stadtrat Pimsl zum Rechnungsabschluß gesagt hat - wenn es gelingt, eine bessere Büroorganisation hier im Rathaus einzuführen, so daß die qualitativ gute Arbeit der Beamten hier im Haus durch die richtigen technischen Voraussetzungen in eine quantitativ kostengünstigere umgesetzt werden kann. Ich glaube, da muß noch viel mehr geschehen. Es geschieht einiges im Zusammenhang mit dem EDV-System. Auch da wurde schon berichtet über die Mehrkosten, die sich aus der Installierung dieser EDV ergeben haben. Aber ich glaube, daß die Anwendung dieser Großanlage für den kleinen Anwender noch durchaus verbesserungswürdig ist. Da gibt es ja von der Technik her viele Möglichkeiten zur Rationalisierung, wobei unter rationalisieren nicht das Wegrationalisieren von bestehenden Arbeitsplätzen gemeint ist, sondern das unter Umständen vermeiden von Nachbesetzungen.

Der außerordentliche Haushalt ist diesmal etwas schwerer zu betrachten gewesen, weil ja die Umbuchungen vom ordentlichen in den außerordentlichen Haushalt ziemlich große Unausgewogenheiten ergeben haben. Die Einnahmenentwicklung im außerordentlichen Haushalt wurde von Kollegen Vizebürgermeister Wippersberger aufgezeigt. Daß wir per Summe Mehreinnahmen von 58,9 Millionen Schilling zu verzeichnen haben, wurde berichtet, wobei im Einzelansatz Mehreinnahmen von 67,1 und Mindereinnahmen von 8 Millionen bei den nicht verkauften Grundstücken, was budgetiert war, zu diesem Ergebnis führen.

Zur Struktur des außerordentlichen Haushaltes nach dem Einzeldeckungsprinzip möchte ich ein Kompliment anbringen. Es ist durch dieses Einzeldeckungsprinzip wesentlich transparenter die Finanzierung der einzelnen außerordentlichen Vorhaben. Es wird allerdings dabei der Haushaltsrahmen etwas größer werden, weil das Aufsoldieren in der Gruppe 9 nicht mehr möglich ist, sondern weil Überschüsse aus einzelnen Posten über Rücklagen gebucht werden müssen. Die Haushaltsausweitung im außerordentlichen Haushalt in Summe darf daher nicht Gegenstand der primären und alleinigen Betrachtung sein, sondern man muß sich tatsächlich die Entwicklung in Zukunft in den einzelnen Ansatzpositionen anschauen, wie weit geht die Budgetfantasie der Finanzierung, das heißt die Einnahmenveranschlagung dann in der Realität des Nachtragsvoranschlages bzw. noch viel mehr in der Realität des Rechnungsabschlusses auf.

Durch die bessere Finanzierungsstruktur ist es auf der Ausgabenseite möglich, die Forderung zu erfüllen, daß man sorgfältiger planen kann. Eine der Voraussetzungen zur sorgfältigen Planung ist die Klarheit in der Kostenstruktur. Das primäre Instrument dazu ist mit der neuen Haushaltstechnik im außerordentlichen Haushalt geschaffen worden. An uns liegt es, die Dringlichkeit, die Bedeutsamkeit und die Finanzierbarkeit der einzelnen außerordentlichen Vorhaben abzuwägen und anhand der Argumente Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit auch tatsächlich bei der Beschlußfassung zu überprüfen. Alle diese Betrachtungen können uns erst ermöglichen, daß wir das grundsätzlich notwendige Instrument uns zur Verfügung stellen, nämlich mittelfristige Investitionskonzepte.

Meine Damen und Herren und liebe Freunde, ich glaube, wir werden budgetmäßig in Zukunft scheitern, wenn wir nicht mittelfristige Finanzierungs- und Maßnahmenkonzepte uns endlich erarbeiten. Diese Forderung erhebe ich schon ziemlich lange und ich glaube, ich finde auch sehr viel Verständnis in der Runde. Nur wenn es so einfach gemacht wie gesagt wäre, nehme ich an, wäre es auch schon geschehen. Ich bitte nur wirklich darum, sehr vehement daranzugehen, die kritische Haushaltssituation beweist die Notwendigkeit. Wir werden uns, liebe Freunde, Konzeptlosigkeit nicht mehr erlauben können. Übrigens ist ja Konzeptlosigkeit der menschlichen Intelligenz im höchsten Ausmaß unwürdig, weil wir ja mit Intelligenz dafür ausgestattet wurden, daß wir konzeptiv handeln können.

Die Rechtfertigung, daß wir ohnehin konzeptiv vorgehen, darin zu suchen, daß wir ohnehin ein Entwicklungskonzept hätten, die wäre nicht richtig, weil das Entwicklungskonzept keine Zeitabläufe ausdrückt und keine Einzelmaßnahmen ausdrückt. Es gibt uns unser Entwicklungskonzept einen losen Rahmen von Maßnahmen, die wir uns vorstellen können, mit deren Anwendung das Leben für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger besser wird. Wir werden also Prioritäten definieren müssen, wenn wir unser Entwicklungskonzept in die Tat umsetzen wollen. Zum Untermauern der Behauptung, nicht einmal die kurzfristige Planung funktioniert in der Realität eines Wirtschaftsjahres, so wie das Wirtschaftsjahr 1987 jetzt schon zumindest in seinen Grenzen zu erkennen ist. Im außerordentlichen Haushalt haben wir Mehrausgaben von 26,7 Millionen und Minderausgaben von 12,9 Millionen, das bringt 39,6 Millionen plus die ermöglichten Rücklagenzuführungen von 26,8 Millionen. So sind das 66,4 Millionen Abweichung. Ich will mich auf dieses Thema nicht allzu sehr setzen, weil ich ja schon weiß und auch vorhin schon gesagt habe, daß das aus der Umbuchung auch kommt, aber nicht zum Teil. Und ich lade jeden Einzelnen ein, sich den Nachtragsvoranschlag anzuschauen, wo Maßnahmen gesetzt wurden, die keinen Voranschlagsansatz gehabt haben, wo Maßnahmen gesetzt wurden, die zu den größten Ausweitungen im außerordentlichen Haushalt geführt haben und wo Maßnahmen gesetzt wurden, die trotz ursprünglichem Ansatz im Haushaltsvoranschlag ersatzlos nicht durchgeführt wurden. Auch die gibt es, z. B. schon angeführt Schloßmuseum, Sanierung Pfarrstiege und vieles andere. Ich glaube, ich kann uns ersparen, daß ich hier die Verlesung mache, weil im Zahlenwerk des Nachtragsvoranschlages jedes Einzelne zu erkennen ist. Bedauerlich ist, daß die wirtschaftsfördernden Maßnahmen durch Darlehensgewährung zumindest bis jetzt nicht ausgenützt wurden, wenngleich ich nicht anstehe noch einmal zu sagen, daß die Stadt zur Wirtschaftsförderung, insbesondere bei der Betriebsansiedlung unter anderen Bezeichnungen, sehr viel tut. Man muß ja nicht für alles Darlehen geben, man kann ja Anliegerleistungen erlassen und ähnliches. Das geschieht, Kompliment dafür.

Ich hätte mich noch darauf vorbereitet, daß ich über die einzelnen Ansatzposten diskutiere, möchte das aber unterlassen, weil ich glaube, daß das nur Zahlenspielerien sein könnten. Die größten Schwerpunkte habe ich hervorgehoben. Zusammenfassend kann ich nur sagen, der eigentlich große Schwerpunkt der Betrachtung zu diesem Nachtragsvoranschlag kann nur der Aufruf zur Ausgabendisziplin sein, kann nur der Aufruf dazu sein, das mittelfristige Konzept doch zu erstellen und zur Kenntnis zu nehmen, daß wir wirklich keine Luft mehr haben.

Ich möchte mich bei den abfassenden Beamten bedanken für die sorgfältige Arbeit, auch für den guten Amtsbericht zum Nachtragsvoranschlag. Ohne den Amtsbericht wäre der Nachtragsvoranschlag nur sehr mühsam zu lesen gewesen, man müßte ja theoretisch bei jedem einzelnen Kapitel den Haushaltsvoranschlag zur Hand nehmen und eine ziemlich große Rechnerei starten. Wir können als Kollegium dankbar sein, daß diese Arbeit nicht jeder Einzelne von uns machen muß. Einige werden es ja doch gemacht haben.

Namens der ÖVP-Fraktion kann ich die Zustimmung zum Nachtragsvoranschlag erklären, wobei diese Zustimmung sich natürlich nicht im nachhinein darauf erstrecken kann, daß wir bei der Erstbeschlußfassung nicht mitgehen konnten. Wir werden auch als Gemeinde den Gürtel enger schnallen müssen. Die Mandatare verzichteten auf die Bezügserhöhung. Das ist ja bereits der Öffentlichkeit bekannt, kann also jetzt nicht die große Sensation da sein. Die Mandatare haben aber die Verantwortung, bei jeder Entscheidung, die sie treffen. Also wir haben die Verantwortung bei jeder Entscheidung, die wir treffen, die Grundsätze der Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Notwendigkeit in Zukunft noch mehr zu beachten als bisher.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub für seinen Beitrag. Kollege Ramoser ist der Nächste.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich danke Herrn Bürgermeister Wippersberger für diese reale Darstellung des Amtsberichtes zu diesem Nachtragswerk. Die SPÖ hat versucht, den Nachtragsvoranschlag sehr klar darzustellen, so wie er aussieht. Das finde ich besonders gut. Mir ist jedoch abgegangen, daß man die Konsequenzen daraus zieht und versucht, hier aufzuzeigen, wie man es besser machen sollte oder müßte.

Kollege Holub hat letztes Jahr schon gesagt, als er als Wanderer unterwegs war, wir haben wenig Luft. Dann wurde die Luft durch Bronchitis noch weniger. Ich hoffe nur, daß er nächstes Mal nicht abstürzt, nämlich ohne Luft. Ich vermisse auch ständig, gerade von der ÖVP, daß man versucht, hier konsequente Wege aufzuzeigen, wie man die Finanzen ins Reine bringt.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Realer kann man es ja nicht mehr sagen, wie ich es gesagt habe.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Wenn man groß um den Brei spricht, um damit so wenig zu sagen wie nur möglich, glaube ich nicht, daß man ..

ZWISCHENRUF STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Das haben Sie nicht verstanden, Herr Ramoser!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

konstruktiv beiträgt, die Schulden zu verkleinern. Wenn schon die Rücklagen zur Gänze entnommen werden mußten von 33,2 Millionen Schilling und dann heißt es im Amtsbericht noch so treffend, womit die Rücklagen zur Gänze aufgebraucht wurden und zusätzliche Schulden noch gemacht werden mußten. Ich muß hier ganz deutlich sagen, da hat die SPÖ mit der ÖVP wahrscheinlich über ihre Verhältnisse gelebt, sie haben einfach zu viel verbraucht. Sie haben gemeinsam wahrscheinlich Vorhaben durchgeführt, die die Stadt braucht. Ich komme hier auf den Vertrag der BMW zu sprechen, wo ich genau noch einmal vorlesen möchte, welche Förderungsmaßnahmen man einem ausländischen Betrieb erbringt mit sehr vielen Arbeitsplätzen. Aber doch glaube ich, daß die Stadt vielleicht hier einen Schritt zu weit gegangen ist, denn wenn man sich vorstellt, erstens, und das war der erste Beitrag, Gewährung eines Förderungsbeitrages in der Höhe von 21 Millionen Schilling in 7 Jahresraten á 3 Millionen, beginnend im Jahre 1979. Bitte das ist jetzt schon aus: Die Jahresraten sind budgetmäßig vorzusehen gewesen. Im Rahmen der gesamtstädtischen Aufschließungsmaßnahmen, infrastrukturelle Leistungen für das neu zu errichtende Werk bis zu einer Höhe von 15 Millionen Schilling. Errichtung eines Garconniere-Wohnblocks durch die GWG der Stadt Steyr mit ausschließlichem Vergaberecht für die BMW-Motorengesellschaft. Rückerstattung der im ersten Jahr der Inbetriebnahme vom neuen Motorenwerk an die Stadtgemeinde geleisteten Lohnsummensteuer. Das war der erste Block, das erste Paket. Das zweite Rückvergütung der Lohnsummensteuer für zwei Jahre nach dem ersten vollen Betriebsjahr. Das heißt, Projektvollendung 1986, Berechnungsjahr 1987, zahlbar 1988 und 1989. Aus diesem Titel ist eine Förderung von mindestens 16 Millionen, aufgeteilt auf 2 Jahre, zu erwarten. Die Stadt verpflichtet sich, bei Erfüllung des Erweiterungsprojekts auf 1.800 Mitarbeiter die Gebühr für Wasserleitung und Kanalanschluß in der Höhe von 13 Millionen zu erlassen. Nach Beendigung der letzten Ratenzahlung für das Basisprojekt im Jahre 1985 sagt die Stadt Steyr für die Jahre 1986 und 1987 eine weitere Barsubvention von 2,5 Millionen, also insgesamt 5 Millionen, zu.

Meine Damen und Herren, wenn man so großzügig ist, und ich glaube, das ist noch

nicht alles, dann kann man sich am Schluß nicht wundern, wenn ein anderer Betrieb, die Steyr-Werke, strukturelle Probleme hat und dann dort kein Geld vorhanden ist. Beide Großbetriebe, der eine zahlt nicht, weil er noch nicht in die Ertragslage gekommen ist, und der andere wird wahrscheinlich nicht mehr zahlen können, weil er nichts mehr hat. Die Stadtgemeinde als solche wird hier sehr sehr groß zur Kasse gebeten. Ich weiß nicht, ob wir das uns leisten können. Ich glaube, man hat hier zu viel versprochen und zu viel gegeben.

Ein Zweites ist, daß man die ansässigen Betriebe, die Kleingewerbetreibenden, sehr vernachlässigt hat in letzter Zeit. Gerade hier, wo sehr leicht die Steuern wieder der Stadt zufließen, hat man keine Möglichkeiten gesetzt, damit sich Kleinbetriebe aus der Basis von Steyr herausarbeiten können und so wird eben ein Gewerbebetrieb, der sich aus Steyr herausarbeitet, nicht gefördert. Ich finde, dies ist sicher der falsche Weg, wenn man durch strukturelle Probleme schnell große Betriebe mit solchen Beträgen anfordert und anlockt, um die Arbeitslosigkeit in Grenzen zu halten.

Ich möchte auch zur Klarheit des Nachtragsvoranschlages mit einem Beispiel nur aufzeigen, wie unklar und wie gravierend sich Vizebürgermeister Wippersberger verschätzt hat. Beim Ausgabenblock 0190 Repräsentationsausgaben, wurden 10.000 Schilling vorangeschlagt, Nachtrag 60.000 Schilling. Insgesamt 70.000 Schilling. Also hier sind Schätzwerte um die 600 Prozent. Sonstige Subventionen unter der Gruppe 0610, Voranschlag 70.000 Schilling, Nachtrag 130.000 Schilling, insgesamt 200.000 Schilling - verschätzt um 180 Prozent. Ich kann hier die Klarheit nicht sehen, wenn man sich so grob verschätzt. Auch bei den Mehrausgaben und hier nur einige Beispiele. Bezüge der Organe um 80.000 Schilling mehr. Wenn man auf der einen Seite ständig sagt, man muß sparen und dann spart man eben in anderen Bereichen, nur beim eigenen Säckchen will man nicht sparen. Oder Pensionen und Ruhebezüge 150.000 Schilling mehr. Personalkosten sind Kosten, die anfallen jährlich und die man genauer vorhersagen könnte, als es hier gemacht wurde. Personalkosten um 850.000 Schilling. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Ramoser. Nächster ist Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der Nachtragsvoranschlag für das heurige Jahr zeigt, daß die Wirtschafts- und auch die Belastungspolitik der Koalitionsregierung zur Stagnation bzw. zum Rückgang der eigenen Steuern und auch der Bundesertragsanteile führte. So sind laut Nachtragsvoranschlag erhebliche Einnahmerückgänge zu verzeichnen. Die schwere Krise der Steyr-Daimler-Puch AG und die damit verbundenen Massenkündigungen schlagen sich deutlich im Nachtragsvoranschlag unserer Stadt nieder. Von diesem größten Steyrer Betrieb fließen, wie auch Kollege Wippersberger schon angeführt hat, immer weniger Lohnsummensteuern in die Stadtkasse und seit Jahren wird schon überhaupt keine Gewerbesteuer von diesem Betrieb entrichtet. Die Gewerbesteuer war mit 37 Millionen budgetiert und erbringt nun 25 Millionen Schilling, also um 12 Millionen Schilling weniger. Bereits im Rechnungsabschluß des Vorjahres, also im Jahr 1986, verringerte sich schon die Gewerbesteuer um 17,9 Millionen Schilling. Es gibt auch Mindereinnahmen bei der Lohnsummensteuer von einer halben Million Schilling, sie sinkt von 75,5 auf 75 Millionen Schilling. Die Bundesertragsanteile verringerten sich um 1,5 Millionen Schilling. Insgesamt betrugen daher die Mindereinnahmen, wie auch schon ausgeführt, über 22 Millionen Schilling. Diese Ziffern zeigen deutlich die Abhängigkeit der Stadtfinanzen von dem entscheidenden Betrieb, den Steyr-Werken, ist doch der Belegschaftsstand in den letzten Jahren von rund 8.500 auf unter 5000 gesunken. Bereits bei der Budgeterstellung übte ich schon eine sehr scharfe Kritik an der Zersplitterungspolitik der Steyr-Daimler-Puch AG, wo nun die Arbeiter und Angestellten durch

massive Lohn- und Gehaltseinbußen für die Versäumnisse herhalten müssen. An Mehreinnahmen sind im Nachtragsvoranschlag zu verzeichnen bei der Grundsteuer 1,6 Millionen, bei den Strafgeldern 1,9 und bei den Kostenersätzen und Leistungserlösen im Zentralaltersheim in der Höhe von 9,7 Millionen Schilling und beim Verwaltungskostenbeitrag, der immerhin auch von den Mietern bezahlt wird, durch die GWG Steyr 1,2 Millionen Schilling. Also insgesamt 21,1 Millionen Schilling wurden Mehreinnahmen erzielt. Dadurch werden die Einnahmen des ordentlichen Haushaltes zusammen um 31,5 Millionen Schilling steigen. Diese Mehreinnahmen, meine Damen und Herren, stammen natürlich vor allem von der arbeitenden Bevölkerung sowie im besonderen, wie Sie auch aus den Zahlen, die ich angeführt habe, ersehen können, von den Pensionisten. Nach dem Nachtragsvoranschlag erfolgt in den letzten 5 Jahren nun schon zum vierten Mal keine Mittelzuführung an den außerordentlichen Haushalt. Zur Abdeckung des Abganges bei den Ausgaben des ordentlichen Haushaltes in der Höhe von 610,9 Millionen Schilling müssen wir, wie auch schon sehr deutlich von allen meinen Vorrednern unterstrichen wurde, 33,2 Millionen Schilling aus den Rücklagen entnehmen. Es wurde auch schon unterstrichen, es handelt sich dabei um die letzten vorhandenen in unserer Stadtkasse. Bereits im Vorjahr mußten 13,2 Millionen Schilling aus den Rücklagen entnommen werden, damit der ordentliche Haushalt ausgeglichen werden konnte. Mit eine Ursache dafür ist, daß z. B. die Stadt 1987 an das Land rund 22,2 Millionen Schilling, also um 2,2 Millionen Schilling mehr an Krankenanstaltenbeitrag und an Landesumlage um 17 Millionen Schilling, also auch zusammen über 39 Millionen Schilling entrichten muß.

In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf die von mir zum wiederholten Male vorgebrachte Forderung nach Abschaffung der völlig ungerechtfertigten Landesumlage. Die derzeitige Finanzpolitik führt dazu, daß die Gemeinden von Bund und Land bei der Verteilung der meisten Steuern und Abgaben benachteiligt werden und daß sie gleichzeitig mit Abgaben und ich möchte sagen immer mehr Aufgaben überlastet werden, die Bund und Land ganz oder überwiegend, zumindest nach meiner Auffassung, zu leisten hätten. Hier liegt die Hauptursache für die steigenden Schulden unserer Stadt. Am Ende dieses Jahres erhöht sich der Gesamt-schuldenstand bereits auf 523,2 Millionen Schilling. Das ist immerhin eine Pro-Kopf-Verschuldung von mehr als 13.000 Schilling, vom Kleinkind bis zum Greis in unserer Stadt.

Zum Ausgleich des ordentlichen Haushaltes und außerordentlichen Haushaltes kommt es zur Rücklagenentnahme von insgesamt 45 Millionen Schilling. Also für den ordentlichen Haushalt über 33 Millionen Schilling und für den außerordentlichen Haushalt 11,8 Millionen Schilling. Zur Ausgabenabdeckung des außerordentlichen Haushaltes wurden 51,4 Millionen Schilling Darlehen auf dem Kreditmarkt aufgenommen. Also insgesamt mit den Rücklagen 96,4 Millionen Schilling.

Die weitere Belastung der Stadtfinanzen wird fortgesetzt durch die Erhöhung der Bezüge von den Gemeindemandataren. Laut Nachtragsvoranschlag erhöhen sich die Politikerbezüge und die Pensionen von 10.198.230 Schilling auf nun 10.428.000 Schilling. Bei diesen hohen Ausgabenposten hätte man zumindestens einen Teil davon einsparen können. Man glaubt ja auch zumindest in der Öffentlichkeit, daß auch die Mandatare sich beschränken hätten können, da mit Ausnahme des Bürgermeisters und des geschäftsführenden Vizebürgermeisters alle Mandatare ihre Tätigkeit nebenberuflich ausüben. Die Personalkosten wurden auch schon angezogen von meinen Vorrednern, sie erhöhen sich von 215,7 Millionen um 5,4 Millionen Schilling auf 221,1 Millionen Schilling. Es ist immerhin ein sehr hoher Anteil am Gesamthaushalt, wenn festgestellt wird, daß nun rund 38,9 Prozent des Haushaltsvoranschlages diese Kosten ausmachen. Die Befürchtungen von manchen Mandataren hier möchte ich zerstreuen für das kommende Jahr, daß diese Personalkosten wahrscheinlich im kommenden Jahr nicht sehr hoch ansteigen werden nach dem bisherigen Verhandlungsstand für die Gehaltserhöhung der öffentlichen Bediensteten. Das wird, glaube ich, morgen zur Entscheidung

kommen, zumindest wird weiterverhandelt. Im kommenden Jahr möchte ich fast sagen kommt eine Nullgehaltserhöhung für die Beamten heraus. Es wird ja vorgeschlagen, einheitlich S 260,- zu geben, aber damit verbunden ist eine Erhöhung um ca. 0,5 Prozent des Pensionsbeitrages. Das bedeutet natürlich für den Großteil unserer Bediensteten und Beamten, daß sie nicht mehr Gehalt bekommen, sondern wie es jetzt aussieht, einen echten Reallohnverlust hinnehmen müssen. Im außerordentlichen Haushalt wurden aufgrund der prekären Finanzsituation, wie auch schon erwähnt, viele Vorhaben überhaupt nicht begonnen oder nur teilweise realisiert. Dabei möchte ich kritisch bemerken, daß die Wohnbauförderungsmittel von 5 Millionen Schilling auf 3,4 Millionen Schilling gesenkt wurden, obwohl allgemein bekannt ist, daß der Wohnbau in unserer Stadt seit langem stagniert und es nach wie vor mehr als 2.500 Wohnungssuchende hier in unserer Stadt gibt. Abschließend, meine Damen und Herren des Gemeinderates, möchte ich noch bemerken, daß natürlich auch im Nachtragsvoranschlag wichtige Vorhaben realisiert wurden und auch echte soziale Leistungen an die Bevölkerung enthalten sind. Viele Beschlüsse wurden auch mit meiner Zustimmung gefaßt, die in dem umfangreichen Ziffern- und Zahlenwerk zum Ausdruck kommen. Daher werde ich dem Nachtragsvoranschlag, wie er zur Beschlußfassung vorliegt, die Zustimmung geben. Allerdings mit der üblichen Einschränkung, daß damit nicht verbunden ist die Zustimmung für jene Posten, die im Laufe des Jahres vorder KPÖ-Fraktion abgelehnt wurden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Tremml. Nächster Sprecher ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Der vorliegende Nachtragsvoranschlag für 1987 ist sicherlich nicht dazu geeignet, um hier in Jubel und Freude auszubrechen. Im Gegenteil, dieser Nachtragsvoranschlag für 1987 beweist die berechtigte Sorge um die finanzielle Situation unserer Stadt, die wir seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion bereits seit Jahren zum Ausdruck gebracht haben.

Nun aber doch einige wesentliche Anmerkungen zu diesem vorliegenden Werk aus unserer Sicht.

Von den Reinausgaben in Höhe von 571,9 Millionen Schilling müssen bereits 10 Prozent für den Schuldendienst aufgebracht werden. Das bedeutet in Summe 56,1 Millionen Schilling für den Schuldendienst, wie man auf Seite 40 dieses Nachtragsvoranschlages nachlesen kann. 45,8 Prozent oder 62 Millionen Schilling der gesamten Ausgaben des ordentlichen Haushaltes werden bereits für Personalkosten, Bezüge der Organe und für Pensionen ausgegeben. Dazu muß aber gesagt werden, daß, wenn man die reinen Personalkosten von den Bezügen der Organe und von den Ausgaben für die Pensionen trennt, sich ein wesentlich anderes Bild ergibt. Es ist auch bekannt, daß in anderen Städten, wie beispielsweise in Linz, die Personalkosten in Prozenten noch wesentlich höher liegen.

Meine Damen und Herren, das Schreckgespenst aber des außerordentlichen Haushaltes ist, daß fast alle Ausgabenpositionen nur mehr durch neue Schuldenaufnahmen in Höhe von 50 Millionen Schilling und durch Rücklagenauflösungen in Höhe von 78 Millionen Schilling abgedeckt werden können. Von Budgetwahrheit kann daher überhaupt keine Rede mehr sein. Wenn man bedenkt, daß die Ausweitung gegenüber dem Voranschlag 75 Prozent beträgt und wenn man zur Deckung des ordentlichen Haushaltes 33 Millionen Schilling Rücklagen entnehmen muß. Das, meine Damen und Herren, ist wirtschaftlich umgelegt auf einen Betrieb eine Bankrotterklärung. Dafür wird aber andererseits für fragwürdige Ausgaben sehr viel Geld aufgewendet. Millionen für Stadtratspensionen, hunderttausende für Repräsentationsausgaben. Alleine bei drei angeführten Positionen beträgt die Mehrausgabe für Repräsentationen 115.000 Schilling, wie dieser Nachtragsvoranschlag auf den Seiten 3, 5 und 8 nachweist.

Aber auch, meine Damen und Herren, beim Amtsblatt könnte eingespart werden, wenn man daran denkt, daß dieses an sich sicherlich sehr gut gemachte Blatt und die sehr schön gestaltete Zeitschrift vor allen Dingen in den großen Wohnanlagen unserer Stadt ungelesen in den Stiegenhäusern herumliegt. Der Rückgang der Gewerbesteuer um 12 Millionen Schilling ist bezeichnend für den Rückfall der einstig wirtschaftlichen Kraft von Steyr.

Daher, meine Damen und Herren, ist besonderes Augenmerk auf die finanzielle Größenordnung des Sonderförderungsprogrammes zu legen. Lächerliche 60 Millionen Schilling für ganz Oberösterreich sind einfach zu wenig. Sogar diese 60 Millionen Schilling für ganz Oberösterreich werden der Wirtschaft unseres Bundeslandes vorenthalten. 250 Ansuchen aus dem Jahre 1987 von Wirtschafts- und Gewerbetreibenden, um Mittel aus dem Sonderförderungsprogramm zu erhalten, werden von Wirtschaftsminister Graf nicht behandelt. Minister Graf möchte mit dieser Maßnahme Druck auf Oberösterreich ausüben, damit die Oö. Landesregierung einer von ihm geplanten ein Drittel-Kürzung der vorhin genannten 60 Millionen Schilling zustimmt.

Ich fordere daher alle verantwortungsbewußten Politiker auf, gegen diese geplante Vorgangsweise zu protestieren. In Anbetracht der wirtschaftlichen Situation Oberösterreichs und vor allem der Region Steyr ist es unumgänglich notwendig, mehr Mittel aus diesem Sonderförderungsprogramm zu erhalten und vor allen Dingen notwendig, schleunigst diese 250 Ansuchen zu behandeln und positiv zu erledigen. Aber auch die Stadt Steyr könnte ihren Beitrag leisten und müßte rasch darangehen, ihre finanzielle Situation zu verbessern, indem sie beispielsweise stadteigene Betriebe, wie das Hotel Nagl oder das Taborrestaurant, veräußert, um jetzt nur auf ein paar Möglichkeiten hinzuweisen.

Meine Damen und Herren, ich habe mich bewußt kurz gefaßt, nachdem bereits sehr viel zu diesem Nachtragsvoranschlag gesagt wurde. Abschließend darf ich hinweisen, daß wir durchaus bereit wären, einige Positionen dieses umfangreichen Nachtragsvoranschlages positiv zu bewerten und die Zustimmung zu geben. Nachdem aber gerade jene Positionen, die wir immer wieder kritisiert haben, so wie beim Budget 1987 nicht beachtet oder sogar ausgeweitet wurden, werde ich namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion gleich dem Budget 1987 die Zustimmung diesem Nachtragsvoranschlag nicht geben.

Ich danke Ihnen aber trotzdem für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Eichhübl für seinen Beitrag. Wünscht zum Nachtragsvoranschlag noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte Kollegen Wippersberger um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen!

Kollege Holub hat vom Gürtel enger schnallen gesprochen und hat damit sicherlich recht. Wir müssen den Gürtel enger schnallen. Er hat den Ernst der Lage, in der wir uns derzeit in finanzieller Hinsicht befinden, hervorgehoben und ich kann das nur unterstreichen. Wir werden sicherlich gerade bei den Ermessenskrediten und Ermessensausgaben uns jede einzelne Post genau anschauen müssen und uns anstrengen müssen, um da zu Einsparungen zu kommen. Die Rücklagen sind nunmehr weg, die Verschuldung ist stark angestiegen und Schulden müssen bekanntlich ja mit Zinsen und Zinseszinsen zurückgezahlt werden. Wir haben also im nächsten Jahr vermutlich keine Rücklagen mehr und wir müssen den ordentlichen Haushalt - das stimmt absolut, was Du sagst - wir können nicht Darlehen aufnehmen für den ordentlichen Haushalt, wir müssen trachten, den ordentlichen Haushalt ohne Darlehensaufnahme zu bestreiten. Das wird eine sehr schwierige Aufgabe sein, aber über dieses Thema werden wir uns sehr ausführlich bei der Budgetdebatte im Dezember zu unterhalten haben.

Gewerbsteuer nach Ertrag, es ist richtig, bei Betriebsansiedlungen ist es so, daß in erster Zeit, so lange der Betrieb noch nicht ausgebaut ist, es nicht zu Gewerbesteuerereinnahmen nach Ertrag kommt. Weil so lange der Betrieb ausbaut, keine Gewerbsteuer zu zahlen ist, es sei denn, es ist der Ausbau schon so weit fortgeschritten, dann gibt es allerdings auch Steuerzahlungen. Wir haben erfreulicherweise die Mitteilung erhalten, daß z. B. BMW Steyr jetzt erstmalig in Kürze - wir hoffen spätestens in den ersten Monaten des nächsten Jahres - uns eine Gewerbsteuer nach Ertrag abliefern wird. Die Lohnsummensteuer ist natürlich schon interessant, denn in dem Augenblick, wo sich ein Betrieb in Steyr ansässig macht, Leute beschäftigt, muß er ab sofort die Lohnsummensteuer bezahlen und die Lohnsummensteuer ist eine der wichtigsten Einnahmequellen der Stadt überhaupt. Es ist die Summe schon erwähnt worden, sie wird voraussichtlich heuer um rund eine halbe Million Schilling niedriger liegen als veranschlagt, deshalb wird sie nicht um sehr viel niedriger liegen als veranschlagt im Budget 1987, weil wir das Budget 1987 sehr vorsichtig budgetiert haben. Mir wurde oft der Vorwurf gemacht, daß wir zu vorsichtig budgetieren, aber wir haben trotzdem bei der Gewerbsteuer z. B. ein Minus von 12 Millionen Schilling. Bei der Gewerbsteuer haben wir absolut keinen Einfluß und man kann schwer sagen, wie es nächstes Jahr aussieht. Wir müssen mit den Mitteln, die hereinkommen, das Auslangen finden.

Die Ausgaben für Personalkosten, die ja nahezu die Hälfte der Einnahmen ausmachen. Es ist richtig und auch von Dir gesagt worden, wir werden eine sehr maßvolle Personalpolitik in nächster Zeit machen. Noch maßvoller als bisher. Ich möchte von dieser Stelle aus appellieren an alle Bediensteten um Verständnis dafür, daß wir eine sehr maßvolle Politik machen müssen. Es hat vor kurzem hier in diesem Raum eine Besprechung mit den Abteilungsvorständen und deren Stellvertretern stattgefunden, wo der Bürgermeister diesen Appell an die Abteilungsleiter gerichtet hat und auch um dieses Verständnis gebeten hat.

Ich danke für das Lob wegen der neuen Haushaltstechnik, für die Umstellung auf das Einzeldeckungsprinzip. Ich darf feststellen, daß ich auch der Auffassung bin, daß es uns wirklich weiter bringen wird, hier genauer, übersichtlicher zu werden und vielleicht auch da und dort leichter zu Einbremsungen bei Auswüchsen, wenn es welche gegeben haben sollte, zu kommen.

Mittelfristiges Finanzierungsbudget. Ich kenne ja den Wunsch schon sehr lange, aber gerade jetzt ist ein mittelfristiges Finanzierungsbudget sehr schwer zu erstellen. Sehr schwer insofern, weil wir die allgemeine Wirtschaftslage für die nächsten 2, 3 Jahre etwa beurteilen können. Wir hoffen allerdings, daß diese schwierige Wirtschaftslage auch überwunden wird, daß es doch in absehbarer Zeit wieder ein Bergauf und nicht immer ein Bergab gibt.

Kollege Ramoser hat davon gesprochen, er dankt für die reale Darstellung des Nachtragsvoranschlages. Es war keine Jammerei von mir, das möchte ich wirklich sagen, sondern eine realistische Darstellung, wie die Situation derzeit ist. Daß die Rücklagen aufgebraucht sind, das stimmt auch und auch daß wir noch zusätzlich Schulden machen. Er macht dann den Vorwurf, wir wären zu großzügig gewesen besonders hinsichtlich des BMW-Förderungsbetrages. Ich darf sagen, als damals BMW im Gespräch war, war ja Steyr nicht der einzige Ort, wo BMW sich ansiedeln wollte, es waren mehrere Orte in Österreich im Gespräch. Hätten wir nicht mitgemacht bei dieser Förderung, dann wäre BMW höchstwahrscheinlich nicht nach Steyr gekommen und wir hätten jetzt schon um 2.100 Arbeitsplätze weniger. Man muß ja zu den etwas über 1.800 Beschäftigten von BMW Steyr auch noch die knapp 300 Beschäftigten der Firma VTS, Dräxlmair, dazurechnen. Ich glaube, das wäre eine echte Katastrophe für Steyr, wenn wir BMW nicht herbekommen hätten. Ich verwahre mich dagegen, wenn Kollege Ramoser von einer Vernachlässigung anderer kleinerer Betriebe in Steyr spricht. Wir versuchen, jedem Betrieb zu helfen, wenn er Hilfestellung braucht, obwohl es gesetzlich absolut nicht zu unseren Aufgaben gehört. Wir haben für Zwecke der Wirtschaftsförderung, Grundstücks-

ankäufe miteingeschlossen, seit Ende der 70iger Jahre insgesamt bei 120 Millionen Schilling ausgegeben. Eine gewaltige Summe, wenn man unser Jahresbudget betrachtet. Wir sind wirklich bemüht, weitere Betriebe in unserer Stadt anzusiedeln, aber es ist natürlich sehr schwierig, wir leiden an der räumlichen Beengtheit in unserer Stadt, wir leiden darunter, daß die Grundstückspreise sehr hoch liegen in Steyr. Nachbargemeinden, die wesentlich größer sind, die nur dünn besiedelt sind - ich will jetzt keine Namen sagen, welche Gemeinde ich meine, denn es sind fast alle in dieser Situation - können viel leichter Grundstücke zu billigeren Preisen abgeben wie wir, weil dort die Grundstückspreise viel niedriger sind.

Die Kritik bezüglich der Repräsentationsausgaben, die ist von einigen Seiten gekommen. Dazu muß ich feststellen - von Kollegen Eichhübl ist diese Kritik auch gekommen - wir haben heuer die Landesausstellung Arbeit/Mensch/Maschine bei uns gehabt, die in wenigen Tagen ausläuft. Wir haben etwa 385.000 Besucher gezählt, sie kamen nicht nur aus Österreich, sondern auch vom Ausland. Wir haben für diese Angelegenheit doch vermehrte Ausgaben gehabt, ich darf aber sagen, daß wir sicherlich im kommenden Jahr auch auf diesem Sektor wiederum in das richtige Lot kommen werden.

Kollege Tremml Du hast recht, im Nachtragsvoranschlag schlägt sich die schlechte Wirtschaftslage, insbesondere der Steyr-Werke, nieder. Gewerbesteuer zahlen die Steyr-Werke derzeit nicht an uns, die Lohnsummensteuer ist abgesunken und wird wahrscheinlich noch weiter absinken. Wir werden es noch spüren, wenn die letzten Entlassungen zum Tragen kommen. Ich darf sagen, die Abschaffung der Landesumlage, das ist eine Forderung des Städtebundes, die schon seit vielen Jahren bei jeder Gelegenheit vorgetragen wird. Wir haben vor wenigen Wochen in Wels eine Besprechung gehabt mit den Bürgermeistern von Linz und Wels und auch den zuständigen Finanzreferenten und wir haben uns wieder einheitlich für die Abschaffung dieser Landesumlage ausgesprochen und diese unsere Ausführungen auch gegenüber dem Bund bzw. gegenüber dem Land und dem Städtebund schriftlich in Vorlage gebracht.

Zur Erhöhung der Politikerbezüge. Für 1988, das glaube ich, hat unser Bürgermeister bei der letzten GR-Sitzung bereits erwähnt, wird es bei den Steyrer Kommunalpolitikern zu keiner Erhöhung kommen. Daß beim außerordentlichen Haushalt auf verschiedenen Gebieten es zu Einschränkungen kam, daß einige Vorhaben nicht durchgeführt worden sind, hängt natürlich auch mit der finanziellen Lage unserer Stadt zusammen.

Zuletzt noch zu Kollegen Eichhübl. Der Nachtragsvoranschlag beweist die berechtigte Sorge um den Haushaltsplan. Daß wir bereits 10 Prozent unserer Reineinkünfte für den Schuldendienst aufwenden müssen, ist auch richtig. Nahezu 45 Prozent für Personalkosten einschließlich der Pensionisten und der Politikerbezüge. Er hat auch von Stadtratspensionen in Millionenhöhe gesprochen. Wo er diese Millionenbeträge hernimmt, weiß ich nicht, denn im Voranschlag, der Ihnen vorliegt, sind ja nicht die Stadtratsbezüge separat ausgeworfen, in dieser Summe ist ja auch die Pension unseres ehemaligen Bürgermeisters miteinbezogen und auch die Witwenpension des vorherigen Bürgermeisters ist darin enthalten. Hier von Millionen zu sprechen, ist sicher absolut unrichtig.

Die Kritik wegen der Budgetwahrheit, sicherlich hat es dort und da etwas größere Überschreitungen gegeben. Kollege Holub hat aber auch schon erwähnt, es hängt zum Teil auch mit der Umstellung, mit der buchhalterischen Umstellung des ordentlichen Haushaltes zusammen. Es sind ja gewisse Dinge dem außerordentlichen Haushalt übertragen worden.

Verbesserung der finanziellen Lage unserer Stadt durch Veräußerung der der Gemeinde gehörenden Unternehmungen. Es ist ja bekannt, daß wir derzeit verhandeln wegen Veräußerung von gewissen Unternehmungen. Aber so darf es auch nicht sein, daß man Familiensilber verscheppert, so weit sind wir, glaube ich, doch noch nicht. Wir werden versuchen, da und dort zu Einnahmen auf diesem Gebiet zu

kommen. Aber daß man einfach alles in Frage stellt und daß man einfach sagt, verkauft mein Gewand, ich fahre in den Himmel, auf der Basis werden wir sicher nicht arbeiten können.

Ich glaube, ich habe im wesentlichen alles gesagt, was ich sagen wollte.

Ich bitte unseren Bürgermeister, über den Nachtragsvoranschlag abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke dem Referenten für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem Antrag die Zustimmung erteilen? Wer ist gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist mit 2 Gegenstimmen (FPÖ, GAL) angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein nächster Antrag behandelt die Kanalbenützungsgebühr. Diese Kanalbenützungsgebühr soll mit 1. 1. 1988 von derzeit S 12,-/m<sup>3</sup> einschließlich der MWSt auf S 13,20 inkl. MWSt erhöht werden. Ein diesbezügliches Erinnerungsschreiben der Öö. Landesregierung, die Kanalbenützungsgebühr auf diesen Mindestsatz zu erhöhen, um nicht der Landesförderung verlustig zu werden, ist uns erst vor wenigen Wochen zugegangen. Wir müssen demnach diese Erhöhung, die mit 1. 1. 1988 wirksam werden wird, beschließen, da wir sonst Gefahr laufen, keine Landesförderung mehr für diesen Zweck zu bekommen.

Kolleginnen und Kollegen, ich könnte es mir leicht machen und mich einfach auf diese Weisung des Landes auszuweichen. Das tu ich aber nicht, denn gleichzeitig sei festgestellt, daß wir mit den derzeitigen Gebühren für die Abwasserbeseitigung ohnedies bei weitem nicht das Auslangen finden. Diese uns von der Landesregierung vorgeschriebene Gebührenerhöhung wird uns im nächsten Jahr voraussichtliche Mehreinnahmen im Ausmaß von 5,3 Millionen erbringen. Die Einnahmen aus der Kanalbenützungsgebühr werden dadurch im kommenden Jahr bei rund 33 Millionen zu liegen kommen. Rechnet man auch noch die Einnahmen aus der Kanalanschlußgebühr dazu, so werden das insgesamt für unsere Stadt Einnahmen im Ausmaß von 34,6 Millionen sein. Die Aufwendungen, die wir als Stadt im nächsten Jahr für die Abwasserbeseitigung zu erbringen haben, werden aber mehr als 50 Millionen Schilling ausmachen, also fast 20 Millionen Schilling mehr als wir an Gebühren dafür einnehmen. Das heißt, daß wir trotz dieser Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr für unsere zu erbringenden Leistungen hinsichtlich der Abwasserbeseitigung bei weitem nicht das Auslangen finden werden und wir zusätzlich dafür notwendige Mittel aus den allgemeinen Steuereinnahmen zuschießen müssen.

Ich darf nun den Antrag in Kurzform zur Kenntnis bringen

### 3) GemXIII-3139/86

#### Kanalbenützungsgebühr; Erhöhung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 27. Oktober 1987 wird die in der Anlage beigezeichnete Verordnung, mit der der § 4 Abs. 2 der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr ab 1. Jänner 1988 auf den Wortlaut "Die Höhe der Kanalbenützungsgebühr beträgt S 12,- für jeden m<sup>3</sup> Wasser, der auf dem angeschlossenen Grundstück entweder aus der städtischen Wasserversorgung oder aus einer anderen Versorgungsanlage verbraucht wird" geändert wird, genehmigt. (BEILAGE)

Ich habe erst von S 13,20 gesprochen. Diese S 12,- sind jener Betrag ohne MWSt. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Dieser Antrag auf Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr um 15 Prozent ab 1. Jänner 1988 ist heute der erste Belastungsantrag von insgesamt 6, die auf der Tagesordnung stehen. Oder anders gesagt, die überfallsartig über die Einwohner hereinbrechen. Der große Brocken dabei ist aber die Kanalbenützungsgebühr, die innerhalb von nur 1 1/2 Jahren in zwei Etappen - das ist jetzt die zweite - von S 9,90 auf S 13,20 erhöht wird. Das ist eine Erhöhung um S 3,30 oder über 33 Prozent/m<sup>3</sup> verbrauchten Wassers. Bis zum 30. Juni 1986 betrug die Kanalbenützungsgebühr, wie schon angeführt, S 9,90, ab 1. Juli 1986 mit Mehrheitsbeschluß betrug die Kanalbenützungsgebühr S 11,50 und nun ab 1. Jänner 1988 beträgt eben die Kanalbenützungsgebühr, wenn Sie jetzt diese beschließen, 13,20 Schilling.

Diese neuerliche Gebührenerhöhung um S 1,70/m<sup>3</sup> verbrauchten Wassers belastet die Bevölkerung mit rund 4,5 Millionen Schilling und führt zu einer empfindlichen Verteuerung der ohnedies hohen Wohnkosten, weil sie natürlich auf die Mieten überwältzt wird. Die Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr um 15 Prozent und des Wasserabgabepreises um 32 Prozent sowie der Wasserleitungsanschlußgebühr um 16 Prozent begründet der Finanzreferent aber auch die SP-Mehrheit mit dem Erlaß der Oö. Landesregierung, die sich, meine Damen und Herren, aus 5 Österr. Volkspartei- und 4 SP-Regierungsmitgliedern zusammensetzt. Wird diese sogenannte Mindestgebühr, so der Erlaß, nicht eingehoben, bleibt die Förderung des Landes einfach aus. Aber dieser Erlaß, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ist keine zwingende Vorschrift. Man geht eben den leichteren Weg der Tarif- und Gebührenerhöhung, die ich natürlich entschieden auch heute wiederum ablehne.

Meiner Auffassung nach müßte sich endlich einmal der gesamte Gemeinderat der Stadt Steyr zur Wehr setzen und darf sich die Gebührenerhöhungen von der Obrigkeit nicht einfach aufzwingen lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Eine Lawine, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, bewegt sich vom Osten Österreichs, ausgehend von unserer Bundeshauptstadt, in Richtung aller Bundesländer und macht auch vor den einzelnen Gemeinden nicht halt.

Das war jetzt kein Kurzkatastrophen-Wetterbericht von mir, sondern wenn ich Lawine gesagt habe, dann meine ich die große und bedeutungsvolle Belastungslawine, die vor nunmehr geraumer Zeit von der derzeitigen Koalitionsregierung losgetreten wurde und offenbar in den Gemeindestuben ihre Fortsetzung findet. Denn auch hier und heute, meine Damen und Herren, ist ja nicht nur ein Erhöhungsantrag zu beschließen, sondern es sind deren mehrere, wie mein Vorredner bereits bekanntgegeben hat.

Nun aber zum konkreten Antrag selbst. Dieser sieht eine Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr ab 1. 1. 1988 auf S 13,20 inkl. USt. vor. Dazu ist zu vermerken, daß die letzte Erhöhung am 1. 7. 1986 stattgefunden hat und bis zum Jahresende S 11,50 inkl. USt zu bezahlen sind für diese Kanalbenützungsgebühr. Begründet wird diese Erhöhung vom Antragsteller, daß mit Erlaß des Amtes der Oö. Landesregierung den Gemeinden die schrittweise Anhebung dieser Kanalbenützungsgebühr vorgeschrieben wird. Meine Damen und Herren, das ist der Punkt, wo sich mein

Verständnis aufhört, denn es ist nicht einzusehen, daß ständig in diesen Belangen von der Oö. Landesregierung den Organen der zuständigen Gemeindeverwaltung vorgeschrieben wird, welche Gebühren und welche Tarife in welcher Höhe sie von unseren Bürgern zu verlangen haben unter der Androhung, daß dann entsprechende Zuwendungen ausbleiben werden.

Im Lichte dieses Aspektes und im Lichte der Tatsache, daß unsere Bevölkerung gerade in letzter Zeit in immer kürzer werdenden Abständen und in immer größer werdenden Ausmaß von Gebührenerhöhungen erfaßt und damit konfrontiert wird, werde ich diesem Antrag die Zustimmung nicht geben. Denn, meine Damen und Herren, es ist sicherlich nur mehr eine Frage der Zeit, wie lange die Bevölkerung derartige Gebührenerhöhungen noch in Kauf nehmen wird können und wie lange sie noch die Luft zum Atmen wird haben, die sie dringend braucht.

Ich darf aber diese ablehnende Haltung gleich auf die weiteren ähnlich gelagerten Erhöhungsanträge beziehen, um Ihnen zu ersparen, daß ich bei jedem einzelnen Erhöhungsantrag herausgehe und im Grunde das gleiche sage.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht noch jemand zu sprechen zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich glaube, ich kann mich kurz fassen. Sicherlich ist das eine Belastung der Haushalte, weil die Kanalbenützungsgebühr über die Haushalte abgerechnet wird und eingesammelt wird von dort.

Aber ich habe im Nachtragsvoranschlag doch sehr deutlich ausgeführt, wie es derzeit um unsere städtischen Finanzen steht und ich habe abschließend meines kurzen Berichtes zum Nachtragsvoranschlag gesagt, wir werden trachten müssen, daß wir auf der Einnahmenseite zu mehr Einnahmen kommen. Recht viele Möglichkeiten haben wir als Stadt nicht. Und ich habe auch gesagt, wir müssen auf der anderen Seite natürlich auch auf der Ausgabenseite Maßnahmen treffen, daß wir zu Ausgabenverminderungen kommen. Der Verlust der Landesförderung, Kolleginnen und Kollegen, das wäre für uns eine noch größere Katastrophe, denn wir brauchen die Unterstützung des Landes. Wir haben in den nächsten Jahren noch sehr viel hinsichtlich der Abwasserbeseitigung vor und wir brauchen unbedingt diese Landesförderung, damit wir diese Maßnahmen, die wir in den nächsten Jahren setzen, auch wirklich treffen können.

Das ist eigentlich alles, was ich dazu sagen wollte. Ich bitte Sie, daß Sie diesem Antrag die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit 2 Gegenstimmen (KPÖ, FPÖ) angenommen. Ich danke Kollegen Wippersberger für seine Berichte. Nächster ist Stadtrat Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen zwei Anträge vorzulegen. Der erste betrifft die Regulierung des Essensbetrages für die Aktion Essen auf Rädern. Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

4) F-395/73

Aktion "Essen auf Rädern"; Regulierung des Kostenbeitrages.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung V vom 10. 11. 1987 werden im Zusammenhang mit der Durchführung der Aktion "Essen auf Rädern" die mit

Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 27. Mai 1975 genehmigten Richtlinien wie folgt geändert bzw. ergänzt.

Der Abschnitt II hat ab dem 1. Satz zu lauten:

"Er beträgt für Pensionisten, die zu ihrer Pension eine Ausgleichszulage beziehen sowie Personen, deren monatliches Nettoeinkommen den Ausgleichszulagenrichtsatz nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz nicht übersteigt, pro Portion S 38,- inkl. USt.,

für alle anderen Essensbezieher beträgt der Kostenbeitrag pro Portion S 48,- inkl. USt.

Die Höhe des jeweiligen Beitragssatzes ist neu festzusetzen, sobald der Verbraucherpreisindex des Statistischen Zentralamtes 1986 von der Indexbasis Dezember 1987 um mehr als 5 %-Punkte abweicht."

Dieser Beschluß tritt mit Wirkung vom 1. 1. 1988 in Kraft.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Zum vorliegenden Antrag, meine Damen und Herren des Gemeinderates, eine grundsätzliche Vorbemerkung. Die Aktion "Essen auf Rädern" ist eine lobenswerte Einrichtung in der Stadt, die - so heißt es auch in den Richtlinien der Aktion "Essen auf Rädern" - gekürzt gefaßt denjenigen, die der Hilfe bedürfen, die Ermöglichung Essen zu erhalten, gewähren soll. Es soll also allen jenen, denen finanziell nicht zumutbar ist, sich Essen herbeizuschaffen, oder die nicht in der Lage sind, das zu bewerkstelligen, die Möglichkeit gegeben werden können, weil es ja darauf keinen Rechtsanspruch gibt, Essen auf Rädern zu erhalten, sich dennoch mit warmer Verpflegung versorgen zu lassen. Es ist zweifellos ein sozialer Dienst unserer Stadt, der die Stadt nicht unbedeutend belastet, das wissen wir aus den Kostenaufstellungen und auch aus dem Amtsbericht, daß im Jahr 1986 ein Zuschußbedarf von über 1 Mill. Schilling zu verzeichnen ist. Diese Entwicklung des Zuschußbedarfes seit Bestehen der Aktion "Essen auf Rädern" - die Mitglieder des gemeinderätlichen Prüfungsausschusses, sofern sie den Sitzungen beiwohnen, haben ja Kenntnis von dieser Entwicklung - zwingt, ob man will oder nicht zur Überlegung um die Richtigkeit der Beitragseinhebung. Zwingt dazu nachzudenken, ob mit dem Betrag von S 36,50 pro Person in der Tat das Auslangen gefunden werden kann. Die Überlegung ist anzustellen und wir haben auch seitens der Volkspartei mit in diese Überlegung eingestimmt, allerdings ist die Überlegung nicht in die Richtung gegangen, wie wir vorgeschlagen hätten. Ich glaube, es ist kein Geheimnis hier in diesem Gemeinderat, daß einer der Grundsätze, nach denen die Volkspartei versucht, sich zu orientieren, das Subsidiaritätsprinzip ist. Ein Wort, das oft gebraucht, selten verstanden wird. Daher erlaube ich mir, es noch einmal zu erklären. Das heißt, daß jeder Mensch das ihm zukommende Maß an Belastung ertragen soll. Sofern er aber in seinem persönlichen Status nicht in der Lage ist, die zu gewärtigende Belastung zu ertragen, soll die Allgemeinheit helfend einspringen. Genau das ist der springende Punkt beim vorliegenden Antrag, daß diese Subsidiarität sehr oberflächlich wahrgenommen wird in der Einhebung von zwei Tarifen. Zwischen diesen beiden Tarifen tut sich die komplette Spanne der Einkommensbreiten auf. Wenn jemand Mindestpensionsbezieher ist, so bewegt er sich in Einkommensgrenzen von unter S 5.000,-, S 4.800,- und etwas sind es derzeit. Übersteigt sein Einkommen - nehmen wir an, er ist nicht Hilflosenzuschußbezieher, weil so etwas gibt es nämlich auch noch, aber er ist bedürftig, Essen auf Rädern zu bekommen. Übersteigt sein Einkommen um S 200,- diesen Richtsatz, nehmen wir an, damit es auch sicher ist, er hat S 5.100,- Pension, so muß der wegen dieses Einkommensüberschusses plötzlich gewährleistet sein, daß er nicht S 36,50 oder bei der vor-

geschlagenen Erhöhung S 38,-, sondern S 48,- bezahlen muß. Da, meine Damen und Herren, ist die soziale Unausgewogenheit des vorliegenden Antrags, weil man ganz einfach nicht alle Leute über einen Leisten scheren kann. Wenn man es schon versucht, sollte man es bitte nicht bei den sozial Schwächsten versuchen.

Eine ähnliche Diskussion haben wir in diesem Gemeinderat um die beabsichtigten Bezugserhöhungen im Zentralaltersheim im vergangenen Jahr geführt. Die Konsequenz, die ich persönlich aus dieser Diskussion gezogen habe und aus den Gesprächen, die sich im nachhinein ergeben haben - so im Tenor, Karli, das machst Du uns nie wieder! - was wir einmal gesagt haben, bleibt. Das veranlaßt mich zur grundlegenden Erwartungshaltung, daß auch der beste Appell an Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen von der sozialistischen Fraktion, wahrscheinlich nichts daran ändern wird, daß Ihr diesen Beschluß faßt. Ich bedaure diese Eure Haltung sehr, hätte gehofft, daß wir mit konstruktiven Vorschlägen dazu beitragen können, daß eine subsidiäre Gestaltung des Abgabetarifes ermöglicht wird. Ich habe aus der Haltung eurer Stadtratsfraktion in der letzten Stadtsenatsitzung entnehmen können, daß die Bereitschaft zu einem derartigen Gespräch nicht gegeben ist, weil Ihr in einer Fraktionstagung eine Meinung nun einmal gefaßt habt und dabei bleiben wir, da kann kommen was will.

Diese Fraktionsbeschlußtreue wird allerdings auf dem Rücken der sozial Schwachen ausgetragen, so daß ich bei aller Kooperationsbereitschaft in diesem Fall mit diesem Antrag nicht mitgehen kann, weil mir schlicht und einfach die Leute leid tun. Unsere grundsätzliche Meinung wäre gewesen, daß, wenn jemand wenig Einkommen hat, daß es ihm ohnehin sehr schlecht geht. Daß er aber für seinen Mietaufwand auch noch beitragen soll und daß ein bestimmter Prozentsatz - das Linzer Modell habe ich als Beispiel angezogen, über das man diskutieren hätte sollen, wobei man das modifizieren hätte müssen auf die Bedürfnisse der Steyrer Bürger. Mit dem Reden kommen aber im Normalfall die Leute zusammen, das war unsere Fraktionsansicht, und so sind wir eigentlich sehr zuversichtlich in die Gespräche gegangen. Noch dazu, weil wir der Meinung sind, daß die besser Verdienenden an dieser Leistung auch mit höheren Beiträgen durchaus auch gerechtfertigterweise in Leistung genommen werden sollten. Aber nicht durch Festsetzen von einer Grenze bis hierher und nicht weiter. Ich weiß schon, daß man sagen wird können, die Linzer rechnen sogar in die Einkommensgrundlage den Hilflosenzuschuß dazu. Wir diskutieren hier nicht über die Linzer Richtlinien, es ist auch nicht meine Aufgabe, darüber nachzudenken, ob die Linzer hier das Richtige oder das Falsche gemacht haben. Meine Aufgabe und die Aufgabe von uns allen im Gemeinderat ist es, die bestmöglichen Wege zu suchen für unsere Mitbürger. Ich meine, daß der Vorschlag, der im Amtsbericht ausführlich erklärt ist, jedoch nicht der bestmögliche Weg ist und stimme daher namens meiner Fraktion diesem Antrag nicht zu. Nachdem die Tendenz nach Neuordnung an sich aber doch anerkannt ist, wird das kein Nein zu diesem Antrag sein, sondern eine Stimmenthaltung, die mir aber aus dem eben genannten Subsidiaritätsprinzip sehr sehr weh tut, weil ich Euch, liebe Kolleginnen und Kollegen von der sozialistischen Partei, durchaus nicht verstehen kann.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Danke. Kollege Tremml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!  
Die Erhöhung des Kostenbeitrages für Essen auf Rädern betrifft ja besonders die älteren und kranken Pensionisten unserer Stadt. Sie werden im kommenden Jahr ohnedies schon durch die Gebühren- und Tarifpolitik der Gemeinderatsmehrheit und auch der jetzigen Koalitionsregierung besonders zur Kasse gebeten. Die Pensionserhöhung, wie bekannt, findet ja nicht statt ab 1. 1. 1988,

sondern wird aufgeschoben auf 1. Juli. Aber die Pensionisten sollen jetzt schon ab 1. 1. 1988 mehr für Essen auf Rädern bezahlen. Nun soll diese soziale Aktion der Stadt, das möchte ich besonders unterstreichen, nämlich die Leistung der Stadt Steyr für Essen auf Rädern reduziert werden. So muß man ja diese Frage sehen. Wie man nun schön sagt, es muß überall eingespart werden, nur, wie ich heute schon ein wenig angezogen habe, nicht bei sich selbst. Der Kostenbeitrag ist derzeit S 36,50 pro Essensportion und soll mit 1. Jänner für Bezieher einer Mindestpension = Armenpension mit S 4.800,- - damit kann man ja faktisch nicht das Auslangen finden im Monat - sogar bei diesen um 4 Prozent angehoben werden, also auf S 38 erhöht werden. Im übrigen werden pro Portion S 38,- bzw. S 48,- benatragt. Dies bedeutet eine 31,5prozentige Erhöhung der Essenspreise für unsere alten Mitbürger. Sie trifft sie besonders schwer, und zwar belastet diese Erhöhung diese Bezieher von "Essen auf Rädern" im kommenden Jahr mit über 1 Million Schilling. Zum Vergleich dazu kostet z. B. ein ausgezeichnetes, schmackhaftes Mittagsmenü im Restaurant im Sportheim Munichholz derzeit S 38,- bis maximal S 42,-. Ich sage das nicht als Werbung für das Sportheim, es ist ja dort nicht unser Stadtrat beschäftigt in der Küche, sondern seine Gattin. Außerdem sollen in Zukunft die Preiserhöhungen für Essen auf Rädern nach dem Verbraucherpreisindex automatisch erfolgen. Mit dieser beantragten Änderung der bisherigen Preise will man offenbar die schwere Tätigkeit der Gemeinderäte etwas erleichtern und die Praxis so einführen, daß man in Zukunft nicht einmal die Hand erheben braucht und die Teuerung automatisch vollzogen wird. Meine Fraktion ist grundsätzlich gegen solche Tarifierhöhungsautomatiken. Ich lehne diese Erhöhung ab, da die mit Anfang 1988 in Kraft tretende Kosteneinbeitragsanhebung immerhin 31,5 Prozent beträgt und seit der letzten Erhöhung weder die Pensionen, noch die Inflation in unserem Land in einem solchen Ausmaß gestiegen ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch für diesen Beitrag. Nächster ist Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Meine Damen und Herren, ich möchte nur kurz vorlesen. Richtlinien über die Durchführung von sozialen Diensten der Stadt Steyr zur Versorgung eines Personenkreises mit einer warmen Mittagsmahlzeit im Rahmen der Aktion "Essen auf Rädern". Einwohner der Stadt Steyr, die vorwiegend infolge hohen Alters, Krankheit oder körperlichen Gebrechens außerstande sind, sich ein warmes Mittagessen selbst zuzubereiten oder ein solches in einem nahegelegenen Gasthaus einzunehmen, oder nicht die Möglichkeit haben, mit Hilfe anderer - z. B. von Verwandten, Nachbarn oder bezahlten Helfern - sich ein solches herbeischaffen zu lassen oder ihnen solches aus finanziellen Gründen nicht zumutbar ist, können im Zuge des städtischen Essenszustellungsdienstes täglich mit einer warmen Mahlzeit versorgt werden.

Meine Damen und Herren, dieser Rahmen ist so klein, daß hier wirklich nur ältere Mitmenschen in den Genuß dieser Aktion "Essen auf Rädern" kommen, die es unbedingt notwendig haben. Wenn man nach diesen Richtlinien vorgeht, so ist dieser soziale Dienst unbedingt notwendig.

Ich möchte noch ein zweites Zitat aus dem SPÖ-Programm zitieren, Punkt 3, 4 soziale Sicherheit. Die soziale Sicherheit muß so ausgebaut werden, daß jedem Österreicher die Freiheit von der Not garantiert wird. Meine Damen und Herren, hier verstoßen Sie gegen Ihr eigenes Programm. Sie verstoßen gegen das, was Ihnen so heilig einmal war in einem roten Büchlein, was da steht von der sozialen Sicherheit. Wir haben letztes Mal im Sozialausschuß intensiv darüber diskutiert, daß dieser Betrag von S 1.0152.600,- auf eine Art hereingebracht wird, die den Essenszuteiler nicht belastet. Es gab eine Menge Vorschläge von der ÖVP, einen Teilvorschlag von der SPÖ. Aber daß man genau 32 Prozent, das ist

die Erhöhung, genau den Armen unserer Gesellschaft hinaufschreibt, von dem ist nicht geredet worden. Ich glaube, es ist einfach unzumutbar, wenn man jetzt hergeht und genau diesen Fehlbetrag hereinbringen will, indem man das Essen genau um diesen Betrag erhöht. Man könnte eine Menge von Vergleichen anführen, vom Gericht angefangen bis zum Magistrat und bis hin zu Stadtrat Zöchlings Essensausgabe, die zum Teil alle billiger sind als diese Aktion "Essen auf Rädern". Wenn gut bezahlte Beamte - ich gehöre auch dazu - sich ein Essen um unter S 48,- leisten können oder bekommen, dann frage ich mich, wenn man dann hergeht und sagt, die Leute, die mit S 6.000,- oder S 5.000,- auskommen müssen, müssen den gleichen Betrag bezahlen. Ich finde das einfach ungerecht und gegen das eigene Parteistatut. Gegen das eigene Programm der SPÖ. Ich glaube, man sollte hier nochmals überlegen und versuchen, neue Wege zu finden. Wenn man den Gesichtspunkt eines älteren Menschen sieht, der womöglich in seinen Räumlichkeiten wohnen muß, das Essen auf Rädern zugestellt bekommt, weil er eben nicht anders kann und dann 31,5 Prozent von seiner Pension, bei einer Pension von ca. S 5.000,- oder S 6.000,-, bezahlen muß für dieses warme Mittagessen. Man muß sich bitte vorstellen, daß der Mensch auch noch ein Frühstück braucht, ein Abendessen braucht. Ich kann mir auch vorstellen, daß hiezu noch eine Miete fällig wird, Gas und Strom fällig werden. Wovon sollen diese Menschen dann noch leben? Fallen wir hier nicht genau unter diesen Begriff der sozialen Sicherheit, die Freiheit von der Not garantiert? Ich denke mir, ich kann bei solchen Sachen nicht mitstimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Danke. Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister! Ich darf grundsätzlich so wie mein Vorredner Vizebürgermeister Holub feststellen, daß es sich bei der Aktion "Essen auf Rädern" um eine durchaus notwendige soziale Einrichtung unserer Stadt Steyr handelt. Das beweist alleine schon die Tatsache, daß nunmehr 180 Personen diese Aktion "Essen auf Rädern" in Anspruch nehmen. Es ist verständlich und eine Realität, daß für solche soziale Einrichtungen eben ein entsprechender Zuschußbedarf notwendig ist. In diesem Fall eine Summe von etwa 1 Million Schilling. Ich habe aber auch Verständnis dafür, daß Sie, meine Damen und Herren von der Rathausmehrheit, sich Gedanken darüber machen, diesen Abgabepreis den gegebenen Umständen anzupassen. Kein Verständnis habe ich aber dafür, daß Sie die Grenzziehung in einem sehr unsozialen Bereich ansetzen. Wenn man Ihren Antrag überlegt, heißt das im Klartext, daß jene Personen, die S 4.869,- haben nunmehr S 48,- genauso zu bezahlen haben wie jene, die meinetwegen S 15.000,- Pension beziehen. Meine Damen und Herren daher nochmals, für dieses Anliegen habe ich kein Verständnis und ich werde daher selbstverständlich diesem Antrag die Zustimmung nicht geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Danke. Kollege Wippersberger bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Die heutige Gemeinderatsitzung hat einige Punkte, die schwierig sind. Es war vorauszusehen, daß es hier zu Diskussionen kommen wird. Ich darf als Fraktionsführer der sozialistischen Fraktion feststellen, daß uns sicher nicht leicht fällt, mit derlei Anträgen heute hier zu kommen, aber ich darf sagen, ich habe es eingangs beim Nachtragsvoranschlag schon erwähnt, die derzeitige überaus ernste, man kann fast sagen tragische Finanzlage unserer Stadt zwingt uns eben dazu, auch auf der Einnahmenseite Maßnahmen zu setzen, die nicht

populär sind. Wir wissen, daß diese Beschlüsse sehr unpopulär sind und wir müssen Maßnahmen setzen, um auf der Einnahmenseite zu mehr Einnahmen zu kommen. Darum mein Appell, doch noch zu überlegen und unserem Antrag die Zustimmung zu geben.

Wenn da gesagt worden ist von Kollegen Treml, daß im Sportheim ein Essen S 38,- kostet, so muß ich schon sagen, dort muß man hingehen, bei uns wird das Essen ins Haus geführt. Der Transport alleine kostet schon sehr viel Geld. Ich darf sagen, daß wir auch mit den neuen Tarifen bei weitem nicht das Auslangen finden. Sie werden das nächste Jahr beim Rechnungsabschluß feststellen können, wir haben nämlich noch immer dabei ein großes Defizit. Das ist die Tatsache. Ich bitte daher, daß Sie diesem Antrag die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Kollege Holub noch einmal.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich nehme an, daß es vom Herzen kam, was Kollege Vizebürgermeister Wippersberger gesagt hat, es fällt uns nicht leicht, diesen Antrag zu präsentieren. Aber ich nehme an, daß es den Bürgern, die betroffen sind, noch viel schwerer fallen wird, diesen Antrag zu akzeptieren. Ich bedaure Eure Entscheidung und ich bedaure, Kolleginnen und Kollegen, Eure festgefahrene Fraktionsmeinung zutiefst. Weil ich weiß, daß viele von Euch die innere Betroffenheit verspüren, die mit diesem Antrag einhergeht. Weil viele von Euch jetzt noch einmal mitrechnen sollen, was bedeutet das wirklich für die kleinen Pensionsbezieher? Vielen von Euch wird dabei die Gänsehaut aufsteigen, daß man genau auf den sozial unteren Ebenen Budget sanieren soll. Das ist ja ein höchst umglaubliches Faktum. Daß viele von Euch jetzt dasitzen und sagen, eigentlich haben wir als Fraktion Fehler gemacht, aber die Fraktion zwingt uns dazu, diesen Fehler nicht zuzugeben. Ihr, die sich von Euch diese Gedanken gemacht haben, tut mir leid, weil das schlechte Gewissen ist ja kein sehr gutes Ruhekitzen. Aber noch viel mehr leid tun mir die betroffenen Bürger dieser Stadt, die unter Eurer Fraktionsdisziplin leiden müssen. Es tut mir furchtbar leid, daß Ihr - Kollege Ramoser hat das richtig gesagt - von Eurem Parteigrundsatz dabei abweicht und daß die Tatsache, daß Ihr es Euch einfach zu leicht gemacht habt mit der Entscheidungsfindung. Zu einfach und man zieht einen Strich und sagt bis hierher und nicht weiter. Daß darunter das Ansehen einer sehr guten sozialen Aktion leiden wird. Ich habe schon gehört, es ist noch niemand da gewesen, der gesagt hat, ich kann mir Essen auf Rädern nicht leisten. Wahrscheinlich kommt der gar nicht, auch wenn er bedürftig wäre. Weil er weiß, daß er den zu gewärtigenden Beitrag ganz einfach nicht aufbringen kann. Wir müssen bitte auch vom Gemeinderat aus mit den wirklich sozial Armen mitdenken. Voriges Jahr habe ich die Illusion haben können, daß ich Euch bewege mit diesen Worten, heute habe ich sie nicht. Das wurde mir klar gesagt und wahrscheinlich Euch auch klar gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen, noch einmal laßt Euch vom Holub nichts erzählen. Wir haben eine Meinung und da fahren wir drüber. Das tut mir wirklich sehr sehr leid, weil es in Wirklichkeit nicht Eurer Einstellung entspricht, sondern nur Eurer Disziplin. Das sollt Ihr wirklich mitnehmen, wenn Ihr den Beschluß doch faßt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Kollege Zagler bitte.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren, es ist wirklich von allen zum Ausdruck gebracht worden, auch vom Fraktionsführer der SPÖ, Vizebürgermeister Wippersberger, daß uns diese Beschlußfassung in keinsten Weise leicht fällt. Viel leichter ist es herzuschenken, herzugeben, zu bedienen, als zu reduzieren und sich

nach der berühmten Decke zu strecken.

Wir haben heute den Nachtragsvoranschlag gehört, die ernste Situation ist von Vizebürgermeister Holub bemerkt und dargestellt worden. Natürlich aber auch vom Finanzreferenten und den kleineren Positionsparteien. Es ist Betroffenheit, wie schlecht es mit den Finanzen steht. Es ist wirklich Demagogie, hier der SPÖ unterstellen zu wollen, daß sie den Kleinen an den Kragen gehen will. Demagogie deswegen, weil in dem Augenblick, wo von Euch, von Dir, von der ÖVP, und auch von den anderen Parteien behauptet wird, man darf hier den Armen nichts nehmen und von Euch die Vorschläge ausbleiben, wem man denn etwas nehmen soll in einer schlechten in einer tristen Situation, oder konkret wo man die Einsparungen setzen soll, dann fehlt mir gewissermaßen der Glaube.

Eines noch. Die Grenze, die hier gesetzt wird, mit den Mindestpensionisten und Mindestrentnern, ist wirklich etwas Schlimmes. Es ist etwas Schlimmes, daß die Mindestpensionen, die Ausgleichszulagenempfänger, auf einem solchen Niveau sind. Aber auch hier muß man sich - nicht wir, sondern die Republik - nach der berühmten Decke strecken. Aber die Folge, hier eine andere Ausgewogenheit zu finden, wie es gemeint wäre, würde bedeuten, schaffen wir einen neuen Beamtenapparat, der hier wieder Einkommensanalysen, Einkommensnachweise usw. herbeibringt, was andererseits ja sofort zur Folge hätte, daß die Kosten dieser sozialen Dienste explosionsartig steigen würden und damit alle in viel stärkerem Ausmaß belasten als diese Sache.

Noch etwas möchte ich dazusagen. Ich bin mit der Situation nicht zufrieden, weil keiner hier im Raum mit so einer Situation zufrieden sein kann. Aber durch das soziale Netz oder durch den sozialen Rost ist noch keiner bei uns geschlittet. Nicht so wie in Amerika, in den Vereinigten Staaten, wo sich Leute um die Suppe anstellen müssen. Bei uns ist hier auch die soziale Absicherung nach wie vor intakt. Dafür steht auch die große Partei in diesem Haus gerade. Daß es bei Grenzen immer schmerzvolle Grenzziehungen gibt, auch das ist klar. Ein Schilling mehr oder ein Schilling weniger, bietet eben solche Dinge. Daß man hier kleinere Korrekturen oder kleinere Linderungen anbringen könnte, das möchte ich nicht aus der Diskussion herausziehen. Aber die grundsätzliche Entscheidung muß man leider aus den gegebenen Tatsachen so treffen und daher so durchführen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Wir werden, wie dies bereits Kollege Holub ausgeführt hat, uns beim vorliegenden Antrag der Stimme enthalten.

Das vorliegende Modell ist meiner Meinung nach sozial sicherlich nicht ausgewogen. Seitens unserer Fraktion wurde daher versucht, vor der heutigen Beschlussfassung mit der SPÖ-Mehrheit im Stadtsenat ein gerechteres, sozial ausgeglichenes Modell zu entwickeln. Mit großem Bedauern mußte ich hören, daß wir damit im Stadtsenat außer Beschwichtigungen kein Gehör fanden. Wir haben sicherlich, Kollege Zagler, alles versucht. Da ein Pensionist mit knapp über der magischen Zahl von S 4.868,- Pension genau so viel bezahlen soll, wie einer mit, wie auch Kollege Eichhübl ausgeführt hat, S 15.000,- und damit meines Erachtens die soziale Gerechtigkeit mit Füßen getreten wird, deshalb werden wir uns der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Eichhübl noch einmal.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Wortmeldung von Kollegen Zagler veranlaßt mich, noch einmal in noch kürzerer Form, als ich das das erste Mal gemacht habe, mich zu Wort zu melden zu diesem Antrag.

Ich sage es noch einmal, ich freue mich sehr über diese soziale Einrichtung und nicht nur deswegen, weil das primär ein Vorschlag und eine Forderung der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion vor Jahren war, sondern weil es wirklich eine soziale Notwendigkeit darstellt. Daher, meine Damen und Herren, verstehe ich auch nicht ganz, daß Sie Ihren sozialen Weg, meine Damen und Herren der SPÖ-Rathausmehrheit so verlassen wollen. Wenn Kollege Zagler gemeint hat, daß er keine Vorschläge gehört hat, dann hat er offenbar meinen Beitrag nicht ganz verstanden. Denn wenn man schon bereit ist, eine Grenzziehung zu machen und bereit ist, einen Mehraufwand zu betreiben, im Zuge von Erhebungen und dergleichen mehr, dann könnte man weitere Staffellungen einführen. Dann wäre ich durchaus bereit, anders bei dieser Abstimmung zu handeln.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Wie soll man das kontrollieren, feststellen und messen. Durch mehr Beamte, durch mehr Kosten und damit einer Verteuerung des gesamten Budgets.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Er ist sicher nicht zielführend Dein Zwischenruf, Kollege Zagler, nämlich deshalb, weil ich glaube, im Computerzeitalter ist das wirklich kein Problem festzustellen, wer welche Bezüge bekommt. Das würde sicher keinen wesentlichen Mehraufwand bedeuten.

GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Wenn du das aus dem Computer liefern kannst, bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist wieder einmal sehr unpolemisch, aber, Kollege Zagler, ich bin es ja gewohnt von Deinen Wortmeldungen. Man könnte durchaus darüber reden, wenn man bereit wäre, weitere Staffellungen einzuführen. Aber unter dem Aspekt, wie auch mein Vorredner gesagt hat, daß die Grenzziehung bei der Zahl S 4.869,- beginnt und nirgendwo aufhört, dem werde ich sicherlich die Zustimmung nicht geben. Ich danke Ihnen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Meine Damen und Herren, Du hast gesagt, ich stimme dagegen. Ich meine, es wäre ein sehr einfacher Weg, heute von allem abzuweichen, was eben eine Stadtverwaltung alles erfordert. Wenn uns hier vorgeworfen wird, daß wir vom sozialen Weg der Sozialdemokratie abweichen, muß ich das bestreiten. Die Aktion "Essen auf Rädern" ist schließlich nur ein Teil des sozialen Netzes, das hier die Stadt mit Zustimmung manchmal von verschiedenen Fraktionen, aber grundsätzlich über Veranlassung der sozialistischen Fraktion, gewoben hat. Als solches möchte ich es auch sehen, nämlich als Teilaspekt der sozialen Dienste hier in Steyr. Wenn man die ganzen Argumente sich hier so anhört, so ist man geneigt, zu jedem zu sagen, Du hast eigentlich recht, aber zurückgeführt ist es doch so, daß es auch in unserer Stadt - es gibt solche und ich weiß, wovon ich rede als Referent, daß es natürlich physische Not gibt.

Die gehen ja auch zu Euren Sprechtagen und kommen schlußendlich dann auch zu mir. Aber daß im konkreten Fall hier bei Aktion "Essen auf Rädern" es sich nicht um einen Aspekt aus der physischen Not, sondern aus der psychischen handelt. Nämlich darum, daß niemand bereit ist, auf privater Basis diesen Leuten, diesen echt armen Leuten, zu helfen. Aber nicht arm, weil sie kein Geld haben, das betrifft nur einige davon, sondern arm deswegen, weil die Gesellschaft sie im Stich läßt. Mit guten Worten, wie "Gott helfe Dir", ist dem nicht abgetan. Da muß eben dann die Gemeinschaft, unser gemeinsames soziales Gewissen, der Sammel- punkt sind ja wir hier im Gemeinderat, eben das geben, was notwendig ist. Das ist eben ein altersgerechtes, gutes, ausreichendes, warmes Essen zu einem gewissen Zeitpunkt. Jeder zweite hier ist mit der Wirtschaft verbunden und weiß, daß ich nicht den Abgabepreis eines Gasthauses für ein Menü, - es gibt ja mehrere Menüs - als Angelpunkt der Betrachtungen hernehmen kann und sagen kann, dort bezahle ich nur S 32,- und dort bezahle ich S 39,- und beim Würstelstand bezahle ich nur S 18,-. Das ist doch keine Versorgungsbasis für Menschen, die auf eine warme Mahlzeit zuhause angewiesen sind. Ich sage noch einmal, es handelt sich um altersgerechtes Essen. Da muß das Öl passen, die Art der Zubereitung usw. Was ein Gesunder ohne weiteres verträgt, bringt den anderen an den Rande der Schmerzen, weil er vielleicht im Magen- oder Darmtrakt irgendwelche Schwierigkeiten hat. Das nur einmal zu diesem Essen. Wir haben schon den Versuch gemacht, mit Essen aus der privaten Wirtschaft die Bedürfnisse dieser Leute zu erfüllen. Was war der Erfolg? - ein negativer! Unbestritten durch alle Fraktionen wurde gesagt, hören wir auf damit, die Leute vertragen dieses Essen nicht.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANLG:

Weil es ein schlechter Wirt war.

STADTRAT ERICH SABLİK:

Lieber Othmar, als Handelskammerobmann lade ich Dich ein, uns ein Angebot zu machen, nämlich die Leute um den Preis zu versorgen, zugestellt, wie Eure Fraktion es hier verlangt. Ihr seid alle eingeladen, auch die anderen Fraktionen, bring Du vom Wirtshaus Knapp am Eck ein altersgerechtes Essen, das einer Überprüfung durch den Amtsarzt standhält, das den Richtlinien der UNESCO folgt, nämlich zu einem gewissen Zeitpunkt warm auf den Tisch zu kommen. Ihr seid alle eingeladen und erspart dadurch der Stadt 1 Mill. Schilling. Denn diesen Abgang werden wir auch nächstes Jahr haben. Ich habe einmal im Gespräch zu Dir, lieber Karl, gesagt, denn ich bin immer der Meinung, ich möchte mit allen Fraktionen das Einverständnis finden zu solchen negativen Dingen, die eine Erhöhung darstellt. Ich habe zu Dir einmal gesagt und das hast du jetzt verwendet, noch keiner bei einer Intervention hat zu mir gesagt, was kostet das? Kann ich mir das leisten? Jeder hat nur gesagt, bitte kann ich es endlich haben, denn es gibt Arme darunter, da gibt es überhaupt nichts. Aber grundsätzlich muß auch ein Hilflosenzuschußbezieher oder ein Ausgleichszulagenbezieher leben. Der hat ja bis jetzt auch nicht von der Luft gelebt und bekommt jetzt plötzlich ein Essen um S 38,- und das stürzt ihn ins Elend. Der hat bisher auch auf privater Basis sich versorgt und wenn er sich richtig versorgt hat in dieser Art und Weise, hat er auch einen Lebensmitteleinsatz in dieser Höhe in etwa gehabt. Ich kann nur eines sagen, unsere Küche im zentralen Altersheim hat laut Bericht des Prüfungsausschusses in etwa pro Essen einen Kostenaufwand bis zur Abgabe an den Wagen, der es ausführt, ca. S 50,- bis S 54,-. Und wenn gesagt wird, er als Beamter bekommt es um S 20,- und die Bemateten hier im Hause können hier um S 19,- essen ...

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das weiß ich auswendig, daß es nicht stimmt, das liegt weit darunter, das weiß ich genau. Du warst scheinbar nicht im Prüfungsausschuß!

STADTRAT ERICH SABLIK:

Unsere Bediensteten im Wirtschaftshof zahlen auch nur S 19,- für ein Essen. Das sind aber freiwillige soziale Leistungen, die im Gemeinderat beschlossen worden sind und die kann ich nicht als Grundlage der Berechnung für "Essen auf Rädern" heranziehen. Da muß man sagen, entweder sollen die auch mehr bezahlen, weil es für die so billig ist, oder ich belasse diese soziale freiwillige Leistung. Das ist ein anderer Punkt, der gehört da nicht hinein, aber man muß darüber reden. Wenn gesagt wird, S 19,- bezahlen die Beamten für ein Essen und die anderen müssen S 36,- bezahlen, da ist eben ein gewaltiger Unterschied, denn wer bezahlt bei den S 19,- die Differenz?

Mir wurden jetzt zweimal die Richtlinien vorgelesen, das macht aber nichts, denn zweimal merkt man sich das leichter. Diese Lesung hat uns aber nur gezeigt, daß hier der Querschnitt nicht danach geht, wer arm und wer reich ist. Ist denn bei Euch jemand reich, wenn er eine normale Pension bezieht? Es geht doch darum, daß der das Essen bekommen soll, der es braucht, das ist der Kernpunkt des Ganzen. Bei Einführung von "Essen auf Rädern" wurden 150 Personen sehr großzügig erfaßt, heute haben wir bei der gleichen Bevölkerungsstruktur unter Umständen 190. Der Rot-Kreuz-Helferin, die das Essen auf Rädern austellt, möchte ich danken für ihre Arbeit, die wirklich nicht leicht ist. Wer einmal dieses Essen bezogen hat, der gibt es nicht mehr her, auch nicht wenn er 1. 140,- Schilling für diese Hauptmahlzeit bezahlen muß, die er manchmal sogar streckt bis zum Abendessen. Wir wissen es ja, daß die Leute das oft nicht auf einmal zusammenessen können. Es wäre noch manches zu sagen, aber meine Fraktionskollegen haben mir hier sehr geholfen und auch die anderen Fraktionen haben an sich nicht mehr gesagt, als es der Wahrheit entspricht. Wir haben mit anderen Städten Verbindung aufgenommen, das wirst Du genauso gemacht haben und wirst zu Deinem Erschrecken sicherlich bemerkt haben, daß woanders mehr bezahlt werden muß. Aber wir sind halt nicht in Wels, Linz oder in Braunau oder sonstwo, sondern in Steyr. Hier sind eben die Verhältnisse so.

Ich bitte Sie daher um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist mit 3 Gegenstimmen (GAL, KPÖ, FPÖ) und 8 Stimmenthaltungen (ÖVP-Fraktion) angenommen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Ich darf Ihnen nun einen zweiten Antrag bringen, der Sie sicherlich nicht aufregen wird. Der Antrag lautet:

5) SH-4771/87

Seniorenpaß; Änderung der Ausgabevoraussetzungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsabteilung V vom 9. 11. 1987 wird im Zusammenhang mit der Ausgabe des Seniorenpasses der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 28. 4. 1977 in der Fassung der Beschlüsse des Gemeinderates vom 28. 4. 1977 in der Fassung der Beschlüsse des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 5. 12. 1978, 19. 2. 1981 und 30. 10. 1986 wie folgt ergänzt:

"Anlässlich der Ausgabe des Seniorenpasses ist vom Antragsteller ein Kostenbeitrag in Höhe von S 100,- einzuheben. Ausgenommen von dieser Regelung sind Pensionisten, die zu ihrer Pension eine Ausgleichszulage beziehen; für sie erfolgt demnach die Ausstellung des Seniorenpasses kostenlos."

Dieser Beschluß wird erstmals bei der Ausgabe des Seniorenpasses für das Jahr 1988 wirksam.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Tremel bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, daß Kollege Sablik nicht so zuversichtlich sein hätte sollen, daß er sagt, mit dem kommenden Antrag wird sich sicherlich keine Gemeinderätin oder kein Gemeinderat aufregen. Ich habe in einer schriftlichen Eingabe zur Erstellung des Haushaltsvoranschlages für das kommende Jahr die erhöhte Mittelbereitstellung für die Erweiterung der sozialen Leistungen des Seniorenpasses vorgeschlagen. Und zwar soll der Seniorenpaß allen Pensionistinnen und Pensionisten der Stadt, unabhängig vom Alter - derzeit, das wissen Sie ja, ist es 60 Jahre für Frauen und 65 für Männer - ab 1988 gewährt werden. Diese Forderung hängt natürlich auch damit zusammen, daß immer mehr vor allem Frauen in die Frühpension geschickt werden und wie die Pensionshöhe von solchen Frühpensionisten aussieht, das brauche ich hier auch nicht besonders unterstreichen. Aufgrund meines Vorschlages hat die SP-Mehrheit, wie man sieht, prompt reagiert, allerdings nicht in der positiven, sondern in der negativen Richtung. Die Aufwendungen werden nicht erweitert, sondern gekürzt mit Ausnahme für 750 Bezieher einer Mindestpension. Die Mindestpension beträgt nämlich monatlich genau S 4.868,-. Zum Vergleich dazu bekommt für das Ehrenamt ein Gemeinderat monatlich mehr als S 7.500,-, von den Stadträten möchte ich gar nicht reden.

Als Neujahrsgeschenk von der Mehrheit des Gemeinderates werden rund 5.250 Pensionisten bei der Ausstellung des Seniorenpasses zur Kasse gebeten. Sie müssen S 100,- bei der Ausstellung entrichten. Der Seniorenpaß enthält Begünstigungen im kulturellen Bereich und beim Besuch des Hallenbades, dafür werden z. B. im laufenden Jahr rund S 300.000,- aufgewendet. Außerdem beinhaltet der Seniorenpaß 36 Gutscheine zur kostenlosen Benützung der städtischen Linienbusse. Der Kostenaufwand dafür wird mit 1,8 Millionen Schilling für das Jahr 1987 errechnet. In seiner Gesamtheit präsentiert der Seniorenpaß einen Wert von S 1.112,-, jedoch laut Jahresrechnung 1986 wurden an Begünstigungen im Durchschnitt pro Pensionisten nur S 304,- in Anspruch genommen, so daß der Gesamtaufwand für die 5.692 Seniorenpässe S 1,731.000 beträgt. Auf der Verrechnungsgrundlage der gewährten Begünstigung für rund 6.000 Pensionisten des Jahres 1987 will man ab dem kommenden Jahr durch den 100 Schilling-Kostenbeitrag S 400.000,- bis S 500.000,- an Zuschuß für die Seniorenpässe einsparen. Da kann ich nur zu Ihnen sagen, prosit Neujahr! Diese soziale Einsparung wird von mir selbstverständlich abgelehnt.

Von den sozial Schwächsten holt man sich zur Budgetsanierung für das Jahr 1988 mit dem vorhergehenden Antrag von Dir, Kollege Sablik, und diesem Antrag immerhin S 1,500.000,- Schilling. Dabei regt sich offenbar in diesem Saal niemand auf. Ich weiß, daß so manche hier im Saal sitzen, die auch meine Meinung vertreten, sie aber als Fraktionszwang offenbar sich nicht äußern dürfen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, allein durch die Aussetzung der gesetzlich vorgesehenen Pensionsanpassung um ein halbes Jahr verlieren ja die Pensionisten in Österreich 1,5 Milliarden Schilling. Durch die Aussetzung der Pensionsanpassung wird nicht einmal die Inflationsrate abgegolten, wodurch das Realeinkommen der Pensionisten absinkt.

Sie, meine Damen und Herren, vor allem die sozialistische Fraktion, müßten eigentlich mit mir gemeinsam gegen die Verschiebung der Pensionsanpassung vom 1. Juni auf 1. Juli 1988 bei der Bundesregierung protestieren. So ähnlich wie sie es gemacht haben auch in einem anderen Fall, wo eben aufgrund des Koalitionspaktes zwischen der Österr. Volkspartei und der SPÖ sogar der Hilflöszuschuß an den Erhalter des Zentralaltersheimes nicht mehr ausbezahlt wird, zumindest die Absicht war, daß er nicht mehr ausbezahlt wird und doch die

Proteste auch in dieser Richtung ganz kurz jetzt gewirkt haben, weil dieses Gesetz wurde erst gestern dementsprechend so abgeändert, daß sich die Stadt zumindest den Zuschußbedarf im kommenden Jahr mit 7 Mill. Schilling ersparen kann.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Danke. Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich kann mich hier den Worten von Kollegen Tremml sehr anschließen. Ein Sozialsystem wurde errichtet, um doch den sozial Schwächeren zu helfen. Jetzt stellen wir hier im Gemeinderat fest, daß gerade dem sozial Schwächeren am meisten weggenommen wird. Der Bund tut das Seine bei, indem er den Älteren nimmt, was zu nehmen ist. Ich frage mich, warum gerade der Ältere? Vielleicht eine leicht zu beantwortende Frage, der hat brav gearbeitet und der hat sich Geld gespart oder kann eine Pension beziehen, da kann man halt abstreifen.

Meine Damen und Herren, es ist für mich wirklich eine soziale Frage, wenn Sozialisten gerade hier in diesem Bereich am härtesten durchgreifen. Sie versuchen nicht, die Gelder, die Sie brauchen, von denen zu holen, die Sie ständig angreifen sollen, sondern Sie versuchen von denen das Geld zu holen, dort wo es am leichtesten ist, die zum Teil in Ihrem eigenen Bereich sind. Für mich stellt sich schon die Frage, wohin gehen diese Entscheidungen, ufernt die SPÖ so weit zur Mitte aus, daß sie die ÖVP rechts überholen muß? Es ist für mich wirklich eine Frage, wenn ich da so in den letzten Reihen schaue, zum Teil sehr bekannte Leute, die eben auch nicht gerade das große Geld gemacht haben. Es könnte uns genau so passieren, wie Gemeinderat Hahn jetzt lächelt, daß wir die Nächsten sind, die die Sozialisten ausnehmen. Ich frage mich, wie würdest Du reagieren, wenn Dir das passiert, was Du heute diesen Leuten zumutest? Es ist für mich wirklich sehr traurig, daß gerade die Sozialisten das machen, wo sie doch vom Kreisky angefangen ein soziales System predigen, das ein Netz spannt über unsere Bevölkerung, wo keiner durchschlüpfen kann, wo keiner durchfallen kann. Dieses soziale Netz, das sie selbst aufgebaut haben, wird jetzt zerrissen, wird durchsägt, es werden Löcher gemacht und dann werden solche Leute wie Du wahrscheinlich durchfallen, wenn Du etwas älter wirst.

Wir sollten doch versuchen, das soziale System aufrecht zu erhalten. Wenn ich das anspreche so deshalb, weil wir mitsammen einen Beruf ausgeübt haben, weil wir relativ lange beisammen waren. Das wäre ein Ansatzpunkt, wo Du Dich zum Beispiel zu Wort melden könntest und auch Deine Meinung darüber sagen könntest, was hier mit dem sozialen System passiert.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:  
Gibt es dazu noch eine Wortmeldung? Kollege Holub bitte.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Und zwar justament und gerade deshalb, weil wir diesen Punkt diskutieren. Ich bin der Meinung, daß das hier sozial vertretbar ist. Daß der Seniorenpaß, den die Stadt den Älteren zur Verfügung gibt, eine Anerkennung vor diesen Älteren ist, ist neidlos anerkannt. Der Seniorenpaß, genau so wie Essen auf Rädern, entspricht den Wünschen aller Fraktionen, damals wie es eingeführt worden ist, haben das alle Fraktionen in ihrem Parteiprogramm gehabt. Es soll sich da nicht jeder ein Federl nehmen und an den Hut stecken, sondern sagen jawohl, das haben wir gemeinsam gewollt und haben es auch gemeinsam durchgeführt. Wenn man über eine Kostentragung bei diesem wirklichen Geschenk, das es darstellt, nachdenkt, so ist das mit "Essen auf Rädern" überhaupt nicht vergleichbar. Es ist ein Teil des sozialen Systems, das ist richtig, des sozialen Netzes, das übrigens nur zur Klarstellung unter die Leute gehört, nicht oben drüber, weil wenn

einer in die Höhe springen will, ist das mit dem Netz gar nicht so geht. Aber wenn er hinunterfällt, so ist das mit dem Netz sehr gut. Ich meine nur, daß der Seniorenpaß eine gute Sache ist und daß auch die Senioren in unserer Stadt wahrscheinlich Verständnis haben dafür, daß in schweren Zeiten für das umfangreiche Angebot, mit Ausnahme der wirklich Einkommensschwächsten, ein Beitrag eingehoben werden soll. Ich kann sagen, daß wir von der Volkspartei diesem Vorschlag zustimmen, jedoch mit dem kleinen Bedauern zustimmen, daß wir an sich gerne gehabt hätten, daß aus der Beitragseinhebung eine Ausweitung der Aktion werden könnte in Richtung aller Pensionisten. Es ist auch nicht so, daß man den Ausdruck Seniorenpaß auf Sozialpaß umtaufen sollte, aber wenn uns die finanziellen Möglichkeiten wieder ins Haus stehen werden, dann können Sie sicher sein, meine Damen und Herren, daß wir keine Ruhe geben werden mit dem Wunsch, daß die Aktion auf alle Pensionisten ausgedehnt wird. Ich glaube, dann werden wir auch auf Verständnis stoßen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich möchte mich auch an der Diskussion beteiligen und bitte Kollegen Holub um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Kollegen Wippersberger um seinen Beitrag.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich möchte mich kurz fassen. Kollege Treml hat mit Zahlen hantiert, die absolut nicht stimmen. Der Seniorenpaß kostet uns nicht 1,7 Millionen, sondern knapp 2,1 Millionen. Das sei einmal richtiggestellt. Die Mehreinnahmen aus den beiden Anträgen, dem letzten und vorletzten, werden nicht 1,5 Millionen ausmachen, sondern etwa an die S 700.000,-, also nicht einmal die Hälfte von dem, was Du sagst. Kollege Ramoser sagt die sozial Schwächeren. Dazu muß ich eines sagen, es gibt natürlich sehr viele Pensionisten, die eine sehr kleine Pension haben, aber es gibt auf der anderen Seite Arbeiter und Angestellte, ich kann eine ganze Reihe Leute aufzählen, die weniger haben als so mancher Pensionist. Von dem Gesichtspunkt aus betrachtet darf man es nicht sehen. Es ist eine Leistung für unsere alten Mitbürger. Es stimmt, Kollege Treml hat natürlich zu seinem Vorschlag Budget 1988 die Erweiterung dieser Aktion verlangt. Aber Du hast sehr viel verlangt, wenn ich das alles zusammenrechne, so macht das insgesamt zig Millionen Schilling aus. Und das bei einer Budgetlage, wo wir nicht einmal den ordentlichen Haushalt decken können. Da ist es eben ausgeschlossen, an eine Ausweitung solcher Aktionen zu denken. Ich habe es zuerst gesagt und sage es noch einmal, es ist für uns sicher nicht angenehm, es ist eine unpopuläre Maßnahme, aber es zwingt uns in Anbetracht der derzeitigen Finanzlage dazu, daß wir derartige Maßnahmen setzen müssen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der Sprecher der sozialistischen Fraktion hat ausgesprochen. Zum zweiten Mal hat sich Kollege Treml zu Wort gemeldet und ich gebe den Vorsitz an Bürgermeister Schwarz zurück.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist sonst nicht üblich, daß ich von meiner zweiten Wortmeldung Gebrauch mache, aber wenn man öffentlich sagt, der Treml hat falsche Zahlen genannt, dann muß ich das doch richtigstellen. Ich habe mich ausdrücklich bezogen auf den Amtsbericht und das dürfte vielleicht ein bißchen entgangen sein, ich habe auch ausdrücklich gesagt, daß es sich um die Rechnung des Jahres 1986 gehandelt hat. Da haben wir 5.692 Pässe ausgestellt und dafür S 1.731.508,- aufgewendet. Es ist richtig, was der Finanzreferent gesagt hat, er muß sich mit viel mehr Zah-

len beschäftigen wie ich, ...

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:  
1987 habe ich gesagt.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Daß er 1987 damit gemeint hat, wo wir im Laufe dieses Jahres schätzen - es ist nicht sicher - daß wir 2.100.000,- dafür ausgeben. Dazu möchte ich jetzt schon sagen,

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:  
Dieser Betrag ist ziemlich sicher.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ja das ist klar, daß das ziemlich sicher ist.  
Kollege Zagler weiß das ganz genau, er ist ja im Prüfungsausschuß der zweite Vorsitzende. Er weiß das heute schon, daß es so ausgehen wird.

Verschiedene Zwischenrufe.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich habe gerne Zwischenrufe, da kann ich viel mehr noch antworten, das habe ich ganz gerne.  
Es hat sich wahrscheinlich der Prüfungsausschuß oder mancher Kollege nicht damit beschäftigt und wenig aufgepaßt. Daß zwar der Gesamtwert des Seniorenpasses S 1.112,- ausmacht, das ist alles im Buch drinnen, aber in Anspruch genommen wurden im Jahre 1986 S 304,-. So schaut es nämlich aus. Und wenn ich jetzt noch weiterrechne, da schneit Ihr Euch wirklich mit den Finanzen ins eigene Fleisch. Wir haben im Jahr 1986 errechnet, ich glaube S 1,8 Millionen, die bezahlt wurden für die Freifahrtsscheine an die Stadtwerke. Hier kann eines passieren. Durch die Einhebung von S 100,-, werden unter Umständen nicht mehr so viele Tausende diesen Seniorenpaß - manche sagen, es ist ja nur ein Geschenk, es ist keine soziale Leistung, ich bin anderer Auffassung - in Anspruch nehmen. Infolgedessen auch unsere Stadtwerke nicht mehr in ihrer Bilanz rechnen können 1988 mit 1,8 Millionen Schilling, sondern das wird eben dann weniger zu Buche schlagen. Und zum Ausgleich dafür wird dann halt wieder die Gemeinde herangezogen werden. Die Rechnung, glaube ich, geht nicht ganz auf, wir können uns ja nächstes Jahr um diese Zeit darüber unterhalten.  
Gleichzeitig die Begründung dafür, daß diese soziale kommunale Leistung nicht mehr voll in Anspruch genommen werden wird in diesem Ausmaß, hängt auch damit zusammen, daß z. B. 36 Fahrten bei den städtischen Autobussen gratis sind. Sie kosten, wenn man sich einen 20-Fahrten-Schein besorgt, S 270,-. So schaut es aus. Wir vergüten etwas mehr. Also S 270,- und das ist der Hauptanteil des Verbrauches aus dem Seniorenpaß, S 100,- muß er dazuzahlen für die Ausstellung, verbleibt an Sozialleistung S 170,- und für die kulturellen Leistungen. Ungefähr werden wir nach wie vor nicht mehr wie ca. S 300.000,- ausgeben. So sieht es wirklich aus.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT ERICH SABLIK:

So, meine Damen und Herren, schaut ein Seniorenpaß aus. Manche von Ihnen haben sicherlich noch keinen Einblick gehabt. Du sicher, denn Du hast das gezählt. Es sind 36 drinnen und genau dieser orangerote Abschnitt ist das, was

die Pensionisten in Steyr interessiert.

Meine Damen und Herren, die Absichtserklärung des Gemeinderates war damals, den Pensionisten einen Anteil am kulturellen und gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt zu sichern, freizumachen, sie hereinzuholen in die Veranstaltungssäle. Damit sie billiger zu diesen kulturellen Ereignissen kommen können, war dieser Block hier drinnen, nämlich die Freifahrtsscheine. Aus der Auslastung und aus der Abrechnung zeigt sich, daß die Personen, die sich diesen Paß holen, an sich nur an den Freifahrtsscheinen Interesse haben. Sonst würden nicht 14 Prozent der Gesamtsumme nur für alle anderen Abschnitte aufgehen. Das hat natürlich nicht nur uns, die Verantwortlichen dafür, sondern auch manche Pensionisten - Kollege Zöchling und ich vertreten immerhin 3.000, die in unserem Verband zusammengeschlossen sind in Steyr und wir haben sehr viele Gespräche mit den Mitgliedern geführt. Da war immer wieder der Tenor des Ganzen, warum bekommt auch einer den Seniorenpaß, der sehr gut verdient. Es wäre ja an sich dieser Gedanke nachvollziehbar, daß ich auch dem jungen Mädchen, das die kaufmännische Lehre vollendet und S 8.270,- Kollektivvertragsgehalt brutto hat, dem Arbeitslosen oder dem Präsenzdienster dasselbe gebe. Das wäre dann ein Sozialpaß. Nachdem sich im Laufe der Jahre immer weiter die Schere geöffnet hat von der Auslastung einerseits, vom Kostenaufwand andererseits, muß man sich doch einmal Gedanken machen darüber, ob es sinnvoll ist, eine solche Maßnahme, die an der Zielsetzung vorbeiläuft, beizubehalten. Wir haben uns dazu entschlossen, sie beizubehalten, aber doch bitte schön einen kleinen Kostenanteil zu verlangen. Das ist hiemit geschehen und ich darf die Daten ergänzen, die Kollege Wipbersberger gebracht hat. In unserem Raum Steyr-Stadt und Steyr-Land schlagen sich die relativ guten Einkommensverhältnisse der letzten Jahre in den Steyr-Werken und in der Industrie nieder, haben Arbeiterpensionisten netto S 9.760,- Durchschnitt und Angestelltenpensionisten durchschnittlich S 11.700,- Monatseinkünfte. Das 14mal pro Jahr.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das mußst Du Ihnen bei der Weihnachtsfeier sagen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Ich sage es aber da, lieber Otto, denn wenn es nach Dir geht, bei Dir hat im Jahre 1950 die Welt zu bestehen aufgehört und seit dieser Zeit ist Deine Fraktion, ganz gleich von wem besetzt, gegen jede Maßnahme, die irgendeine Angleichung an reale Verhältnisse zum Ziel hat.

Ein Teil dieses sozialen Netzes kann nur beibehalten werden, wenn eine Ausgewogenheit besteht. Die Ausgewogenheit kann nur bestehen, wenn jeder Teil dieses Netzes immer wieder überprüft wird auf seine Brauchbarkeit und auf die Art, ob es noch angebracht ist, sie zu geben.

Du hast gesagt 750 Ausgleichszulagenbezieher, das stimmt, und diese sind von dieser Regelung ausgenommen. Es wäre noch viel dazu zu sagen, aber es gibt noch viele Punkte heute auf der Tagesordnung. Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist gegen 2 Stimmen (KPÖ, GAL) und mit einer Stimmenthaltung (FPÖ) angenommen.

Ich danke Kollegen Sablik für seine Berichte. Nächster ist Stadtrat Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Bei meinem ersten Antrag geht es um den Bebauungsplan "Mayrhofergründe". Die Fa. Compact Finanzberatungs-GesmbH beabsichtigt, auf den sogenannten "Mayrhofer-

gründen" eine Wohnanlage in Sonderbauweise zu errichten. Dazu ist es notwendig einen Bebauungsplan zu erstellen. Der Bauausschuß hat sich mit dieser Vorlage befaßt und hat am 26. September einen Lokalausweis vorgenommen und diesen Bebauungsplanentwurf positiv zur Kenntnis genommen. Mein Antrag an den Gemeinderat lautet:

6) Bau2-4460/86

Bebauungsplan "Mayrhofer"-Dachsbergweg.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der bebauungsplan "Mayrhofer" - Dachsbergweg - entsprechend den Plänen des DI. Arch. Harlass wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 27. Oktober 1987 beschlossen.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um eine Flächenwidmungsplanänderung. Der Antrag lautet:

7) Bau2-7181/86

Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 41 -  
Marsstraße - Lohnsiedlstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 41 - Marsstraße - Lohnsiedlstraße - entsprechend dem Änderungsplan Nr. 41 des Stadtbauamtes des Magistrates der Stadt Steyr vom 26. März 1987, wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 6. November 1987 beschlossen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke Kollegen Schloßgangl für seine Berichte. Nächster ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine werten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen heute sicherlich keine populären Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen.

Der erste Antrag beinhaltet die Neufestlegung des Wasserabgabepreises ab 1. 1. 1988. Ich darf einleitend dazu sagen, es geht genau so wie bei der Kanalbenutzungsgebühr bezüglich der Notwendigkeit, damit die Förderungen weiterhin bestehen bleiben. Würde der Preis nicht berichtigt würden diese Förderungen vom Land bzw. Wasserwirtschaftsfonds gestrichen werden.

Der Antrag lautet:

8) Präs-838/82

Wasserabgabepreis; Neufestlegung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke Steyr vom 2. 11. 1987 wird der Wasserabgabepreis aus dem Verteilungsnetz der Stadt Steyr mit Wirkung vom 1. 1. 1988 mit S 6,60 pro m<sup>3</sup> neu festgesetzt. In diesem Betrag von S 6,60 pro m<sup>3</sup> ist die gesetzliche Umsatzsteuer nicht enthalten. Gleichzeitig wird der mit GR-Beschluß vom 15. 12. 1966, Zahl GemXIII-3570/66, festgesetzte Zuschlag auf den Wasserverbrauch von S 0,50 pro m<sup>3</sup> Wasser, wobei der Aufschlag für die Förderung der Reinhaltung des Grund- und Quellwassers zu verwenden ist, mit Wirkung vom 1. 1. 1988 mit S 1,10 neu festgesetzt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wer wünscht dazu zu sprechen? Kollege Hochrather bitte.

GEMEINDERAT KARL HOCHRATHER:

Keine Angst, Herr Stadtrat, geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren, ich habe keinen Stein eingesteckt. Ich möchte nur sagen, daß wir nicht wie im Antrag angeführt deshalb zustimmen, weil das Land eine einzuhebende Mindestgebühr vorschreibt. Wir sind ganz einfach der Meinung, daß auch künftig hin die mengenmäßige und qualitätsmäßige Trinkwasserversorgung in unserer Stadt gewährleistet sein muß. Wenn das Land kostendeckende Tarife vorschreibt, so hat das durchaus seine Begründung. Es kann nämlich nicht verlangt werden, daß das Land Wasserversorgungsanlagen fördert, die nicht kostendeckend sind. Daher die Begründung, daß das Land kostendeckende Tarife vorschreibt, hat durchaus seine Richtigkeit, auch in dem Antrag, wonach die Betriebsleitung der Stadtwerke Steyr es für unumgänglich hält, diese mit Erlaß der Landesregierung festgelegte Mindestgebühr einzuheben. Wenn nun angeführt ist, daß der bisherige Betrag von S 0,50 pro m<sup>3</sup> für die Reinhaltung des Grund- und Quellwassers auf nunmehr S 1,10 angehoben werden soll, so möchte ich aber daran unbedingt die Forderung knüpfen, daß dieser Betrag auch für die Projektierung neuer zusätzlicher Brunnenfelder verwendet werden soll. Und zwar wieder Brunnenfelder die bitte vor der Stadt und nicht nach der Stadt liegen, damit wirklich die Trinkwasserversorgung, die ausreichende und qualitätsmäßige, gewährleistet ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Hochrather. Nächster Redner ist Kollege Tremml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Durch die Erhöhung des Wasserabgabepreises von derzeit S 5,50 pro m<sup>3</sup> auf S 7,26 pro m<sup>3</sup>, das ist um 32 Prozent mehr. Mit dieser beantragten Erhöhung werden die Bewohner unserer Stadt allein für die Wassergebühr pro Jahr ab 1. 1. 1988 um rund 3.600.000 mehr bezahlen müssen. Die Kanalbenutzungsgebühr beträgt nun nach der heutigen Beschlußfassung pro m<sup>3</sup> S 13,20 und der Wassertarif S 7,26, das sind immerhin schon zusammen S 20,46 pro m<sup>3</sup> verbrauchten Wassers. Durch diese zwei Gebühren- und Tarifierhöhungen bei Kanal und Wasser wird die Bevölkerung um über 8 Millionen Schilling belastet. Genau sind es S 8.100.000,-. Die beantragte Wasserpreiserhöhung um 32 Prozent wird natürlich von mir in diesem Ausmaß abgelehnt. Der sozialistischen Fraktion möchte ich dabei nur eines in Erinnerung rufen, daß z. B. ihre eigene Fraktion im Garstener Gemeinderat eine Wasserpreiserhöhung im Ausmaß von 15 Prozent bei der Beschlußfassung entschieden abgelehnt hat.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster ist Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich kann hier wieder anschließen an Kollegen Tremml, der sehr ausführlich dieses

Problem geschildert hat. In letzter Zeit spreche ich halt immer hinter Kollegen Tremml und das ist halt ein Problem.

Aber die Qualität des Wassers in Steyr nimmt ständig ab. Wenn wir nicht versuchen, die Qualität des Wassers zu heben, dann können wir auch keinem Bürger zumuten, daß er mehr bezahlt dafür. Ich frage mich hier, besonders wenn die Nitratgehalte im Wasser, im Steyrer Trinkwasser, ständig steigen, zwar nicht in bedeutender Menge, jedoch steigen sie. Man verlangt dann für dieses schlechtere Wasser einen höheren Preis, so finde ich diesen Preis dann ungerechtfertigt. Diese neuerliche Belastung trifft jeden Steyrer Stadtbürger. Wenn man sich jetzt vorstellt, wie Kollege Tremml richtig gesagt hat, S 20,- mehr pro m<sup>3</sup>, so ist wieder ...

Verschiedene Zwischenrufe

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

S 20,- für gebrauchtes Wasser. Entschuldigung, für frisches und gebrauchtes Wasser. So ist diese Belastung auch wieder für den Menschen zu tragen, den wir heute ohnehin schon 3 oder viermal mit einer neuen Belastung bedient haben. Man sollte eher versuchen, diese Belastung einzuschränken und nicht auszudehnen immer in diesem Bereich, wo es so viele wie möglich trifft. Damit man hier große Mengen an Kapital hereinführen kann, versucht man eben, das Wasser zu nehmen, versucht man immer, die größte Gruppe der Menschen zu belasten.

GEMEINDERAT JOSEF BRANDSTÖTTER:

Soviel Wasser wirst Du ja nicht trinken.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich weiß nicht, ob Sie Wasser trinken, wahrscheinlich Bier. Das kann ich mir schon vorstellen, aber die meisten Menschen von Steyr trinken Wasser. Es ist schon so, daß das Wasser ...

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wasser ist zum Waschen da!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Herr Kollege Schloßgangl, das ist ja genau das, wo eben gerade eingehakt worden ist, daß eben das Bier wichtiger ist als das Wasser. Für mich aber bedeutet die Wasserqualität sehr sehr viel und wenn wir die Wasserqualität nicht heben, so haben wir keine Berechtigung, den Preis anzuheben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Pimsl hat sich zu Wort gemeldet.

STADTRAT RÜDOLF PIMSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Es ist selbstverständlich unbenommen jeder Fraktion und jeder Einzelperson, zu Tarifen und anderen Punkten eine eigene Meinung zu haben. Aber es ist auf jeden Fall auf das schärfste zurückzuweisen, hier Behauptungen in den Raum zu stellen, daß das Wasser des Steyrer Brunnenschutzgebietes laufend schlechter wird. Kollege Ramoser versteht es scheinbar immer wieder, durch unwahre Aussagen eine gewisse Beunruhigung in die Bevölkerung hineinzutragen. Es kann nur festgestellt werden, gerade als Umweltreferent ist es mir ein Anliegen, bei diesen Dingen sehr genau darauf zu achten, was hier geschieht und was hier passiert. Das Steyrer Wasser, das wird jederzeit überprüfbar und nachweisbar sein, ist so naturbelassen, wie es aus der Erde sprudelt. Aber das weißt Du offenbar nicht.

Die Nitrate, von denen Du sprichst, sind in jedem Wasser vorhanden, allerdings in Mengen, die in einer Größenordnung liegen, die weit unter den Grenzwerten, die festgelegt wurden, tatsächlich liegen. Wenn man sagt, wir sollen das Wasser wieder besser machen, so muß ich Dir sagen, da müssen wir den Herrgott bitten, denn wir können das Wasser in unserem Brunnenschutzgebiet nur mit jenen Maßnahmen absichern, daß es eine gleichbleibende Qualität hat, daß keine Verunreinigungen hineinkommen. Darauf wird schärfstens geachtet und wir sind froh, daß wir im Gegensatz zu vielen anderen Städten und Ländern in Österreich generell, aber insbesondere hier in Steyr, das Wasser so trinken können, wie es aus der Erde kommt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Wippersberger bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Weil hier auch wieder Zahlen genannt wurden, darf ich auch etwas dazu sagen. Kollege Treml hat gesprochen von ca. 8,5 Millionen Schilling, mit denen die Haushalte belastet werden durch die Kanalbenützungsgebührenerhöhung und die Wassergebührenerhöhung. Das stimmt natürlich nicht. Wasser wird ja nicht nur von den Haushalten bezogen, sondern in einem sehr großen Ausmaß von Betrieben verschiedenster Art. Von dieser Erhöhung werden die Haushalte ungefähr mit der Hälfte belastet werden. Es ist ausgerechnet worden, daß bei einer 70 m<sup>2</sup>-Wohnung die Belastung pro Haushalt und Jahr bei etwa S 220,- bis S 250,- liegen wird. Von diesen S 8,5 Millionen sind die Haushalte selbst mit etwa der Hälfte mit einbezogen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Kollege Eichhübl ist der Nächste.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Erlauben Sie auch mir eine kurze Stellungnahme zu diesem Problem, das sehr ausführlich von verschiedenen Debattenrednern behandelt und diskutiert wurde. Ich gehöre nicht zu jenen Steyrern, die nur Bier trinken, sondern ich trinke ganz gerne hie und da auch einen Gspritzten. Auch kann ich mich nicht über die Wasserqualität von Steyr beklagen, denn meine sehr anspruchsvollen Zierfische in meinem Aquarium erfreuen sich bester Gesundheit.

Aber nun Spaß beiseite. Ich habe bereits beim ersten Erhöhungsantrag, als es um die Kanalbenützungsgebühr ging erklärt, daß ich alle weiteren gleichgelagerten Anträge dieser Art ablehnen werde und Ihnen ersparen möchte, mehrmals hier herauszukommen, um das gleiche zu sagen. Daran halte ich mich. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege hat sich noch einmal zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich brauche mich jetzt nicht wiederholen. Aber dadurch, daß zwei Kollegen doch mich angesprochen haben ist es notwendig, daß ich dazu Stellung nehme.

Wenn man diese enorme Erhöhung dahingehend etwas abschwächen möchte, daß man sagt, na ja der Treml sagt, die Gebühren- und Tarifierhöhung bei Kanal und Wasser trifft die Bevölkerung. Es ist halt einmal die Bevölkerung, aber auch eingeschlossen bestimmte Firmen, die auch Wasser verbrauchen. Ich weiß schon, daß so mancher Beamte natürlich gleich zu Hilfe eilt manchem Politiker. Aber Sie wissen auch ganz genau, daß z. B. die Steyr-Werke sicherlich nicht Trinkwasser

für bestimmte Bereiche verwendet, sondern sie haben, soweit ich mich erinnern kann, ein eigenes Pumpwerk und verwenden auch Nutzwasser. Sie beziehen bei uns den Hauptanteil nicht vom städtischen Wasserwerk. Eine zweite Frage ist, daß natürlich auch die kommunistische Partei dafür ist, daß wir gutes, qualitatives Wasser haben. Das haben wir ohne Zweifel, und daß auch die Wasserversorgung für die Zukunft zu sichern sei. Aber auf der anderen Seite soll man nicht verschwenderisch sein mit dem Trinkwasser. Verschwenderisch mit unserem Trinkwasser ist man z. B., daß die Wasserbesprengung unserer städtischen Straßen mit Trinkwasser durchgeführt wird. Ich habe schon im Umweltausschuß hingewiesen darauf, daß durch eine kleine Investition es möglich ist, auch Nutzwasser heranzuziehen aus Steyr oder Enns und diese Aufgabe damit erfüllt. Aber die Zahl stimmt trotzdem, beide zusammengezogen ist das eine Belastung. Die Geschäftsführer der Stadtwerke sind ja so genau in ihrem Amtsbericht und weisen das aus. Ich glaube, zwei Zahlen zusammenrechnen, das kann man auch mir zutrauen, daß ich dann auf 8,1 Millionen Schilling komme. Kollege Hochrath hat begründet diese Erhöhung damit, daß er sagt, er als Sprecher der ÖVP ist für kostendeckende Gebühren und Tarife und hat ein bißchen den Erlaß auf die Seite gelegt der Landesregierung. Aber es ist ohnehin nicht die ÖVP alleine betroffen mit diesem Erlaß. Das habe ich deutlich unterstrichen. Ich möchte mich nicht immer wiederholen. Ich beschimpfe oft sehr stark vor allem die sozialistische Partei, weil von den vier Abgeordneten der Bezirksvorsitzende der SPÖ dort vertreten ist und der müßte auch stärker die Interessen seiner Heimatgemeinde vertreten, wenn solche entscheidende, belastende Erlässe für die Stadt beschlossen werden.

In der sozialen Tarifpolitik vertrete ich den generellen Standpunkt, daß der gesamte kommunale Bedarf der Bewohner der Stadt von sozialen Gebühren und Tarifen gedeckt werden muß. Daher ist auch meine Fraktion strikt gegen das sogenannte Kostenprinzip und der damit verbundenen Erpressung der Stadtgemeinde, Höchstsätze bei Abgaben und Tarifen einzuheben, nur um die ihr zustehenden Steueranteile und Bedarfszuweisungen z. B. vom Land auch wirklich zu bekommen. Außerdem verlangen wir immer wieder, daß alle sozialen Tarife von der Mehrwertsteuerbelastung befreit werden. Die Kosten für die Wasserversorgung und Abwasserbeseitigungsanlagen sind in den letzten Jahren besonders rasch und arg gestiegen und kommt immer wieder in unserem Budget und bei den Ausgaben sehr stark zu tragen. Besonders betroffen dabei ist die Bevölkerung, auf die die Stadt bekanntlich möglichst alle Bau-, Anschluß- und Benützungskosten überwälzt. Bund und Land müssen zur Errichtung und zum Ausbau kommunaler Wasser- und Kanalbauten sowie von Müllbeseitigungsanlagen vor allem deshalb mehr öffentliche Mittel bereitstellen, weil es sich hier um einen äußerst wichtigen Sektor der allgemeinen Umweltpolitik handelt. Wir sind strikte dagegen, daß die Umwelt im allgemeinen und auch im besonderen Fall auf die alleinigen Kosten der Bevölkerung saniert und gestaltet wird. Die Aufbringung und Bereitstellung von mehr öffentlichen Mitteln müßte nach meiner Meinung in erster Linie durch eine stärkere Besteuerung des Großkapitals gesichert werden und auch durch Hereinbringung der großen Steuerschulden von Großunternehmen. Das ist auch die Finanzierung besonders beim Kanalbau und auch im Zusammenhang mit der Sicherung der Wasserversorgung unserer Stadt und auch in allen anderen Städten und Gemeinden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht. Ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Zu Kollegen Hochrath möchte ich nur eines sagen. Ich habe bei der letzten GR-Sitzung auf eine Anfrage hingewiesen, daß im kommenden Budget rund 3 Mill. S

präliminiert sind für das Mollner Wasserwerk, wenn das einmal zum Tragen käme für die Versorgung unserer Stadt.

Zu Kollegen Treml möchte ich bitte eines sagen, weil er von Kostendeckung gesprochen hat. Wenn die Wasserwerke kostendeckend kalkulieren würden, so müßte der Kubikmeter Wasser heute bereits S 13,- kosten. In Wels z. B. kostet der Kubikmeter Wasser seit 1. 7. 1987 S 7,50 exkl. MWSt.

Vizebürgermeister Wippersberger hat bereits gesagt, daß ein 4-Personen-Haushalt normalerweise im Monat belastet wird mit einem normalen Wasserverbrauch mit S 18,70. Für gutes Trinkwasser, das in der Qualität einmalig ist, ist diese Erhöhung meines Erachtens erstens von jedem zu verkraften und zweitens gerechtfertigt.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wenn du so weitermachts, werde ich Biertrinker.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Das besteht auch zu 80 der 90 Prozent aus Wasser.

Zu Kollegen Ramoser bezüglich der Qualität unseres Trinkwassers, die er anzweifelt, wäre zu sagen, daß laut WHO der Nitratgehaltsgrenzwert mit 50 Milligramm angegeben ist. Wir haben vor 20 Jahren 23 Milligramm gehabt, zur Zeit haben wir 27 Milligramm. Nachdem aber in unserem Trinkwasser auch keine anderen Zusätze drinnen sind, ist das sicher ein Wert, von dem man gar nicht sprechen braucht. Die gute Qualität ist damit gegeben.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Wo ist denn das gemessen worden?

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Das wird immer im Serologischen Institut in Linz gemessen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das wird doch laufend gemessen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Ich darf den Herrn Bürgermeister bitten, über den Antrag abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Dagegen? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist mit 3 Gegenstimmen (KPÖ, GAL, FPÖ) angenommen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Mein nächster Antrag beinhaltet die Änderung der Mindestgebühren der Wasserleitungsanschlußgebühr. Auch da ist es wieder aufgrund der Förderungsrichtlinien des Landes Oberösterreich notwendig, für den Bau von kommunalen Wasserversorgungsanlagen diese Preiskorrektur vorzunehmen. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

9) Ha-2378/80

Ha-2388/76

Förderungsrichtlinien des Landes Oberösterreich für den Bau kommunaler Wasserversorgungsanlagen; Änderung der Mindestgebühren (Wasserleitungsanschlußgebühren).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke Steyr vom 30. Oktober 1987 werden die Wasserleitungsanschlußgebühren für das städtische Was-

serwerk entsprechend dem zitierten Amtsbericht mit Wirkung ab 1. 1. 1988 neu festgesetzt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Erhöhung der Wasserleitungsanschlußgebühr um 16 Prozent, die den Stadtwerken im Jahr rund S 230.000,- Mehreinnahmen erbringt, wird wiederum mit den Förderungsrichtlinien des Landes Oberösterreich für den Bau von kommunalen Wasserversorgungsanlagen begründet. Dazu, glaube ich, habe ich heute schon dreimal Stellung genommen und erklärt, welche Haltung ich zu solchen Erlässen einnehme. Gleichzeitig möchte ich in Erinnerung rufen, daß in den letzten Jahren viele hunderttausend Schilling an Wasserleitungsanschlußgebühren von großen Unternehmen - ich nenne sie nicht fairerweise - von der Stadt bzw. vom Wasserwerk nicht direkt eingenommen oder eingehoben wurden. Auch diese Erhöhung erhält natürlich nicht die Zustimmung von mir.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich sehe keine Wortmeldung mehr und bitte daher den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Bezüglich der Äußerung des Kollegen Tremml möchte ich nur eines sagen, es ist eine indirekte Gewerbeförderung. Nachdem auch Gewerbeförderung hin und wieder notwendig ist, sehe ich nicht ein, warum Du Deine Meinung so in dieser Form gebracht hast. Ich bitte um die Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist mit 3 Gegenstimmen (KPÖ, GAL, FPÖ) angenommen. Ich danke Kollegen Steinmaßl für seine Berichte. Nächster ist Stadtrat Zöchling.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Auch ich muß Ihnen eine Tarifänderung vortragen.

10) GHJ2-1585/77

Erhöhung der Tarife für die Benützung des öffentlichen Gutes über den Gemeingebrauch hinaus.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 10. 11. 1987 wird gemäß § 43 Abs. 1 Z. 7 des Statutes für die Stadt Steyr die nachstehende Tarifordnung betreffend die Festsetzung der Entgelte für eine über den Gemeingebrauch hinausgehende Benützung öffentlichen Gutes erlassen:

I. Gegenstand

Für eine über den Gemeingebrauch hinausgehende Inanspruchnahme öffentlichen Gutes sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen Entgelte an die Stadtgemeinde Steyr als Verwalterin des öffentlichen Gutes zu leisten.

## II. Tarife

1. Für nachstehend angeführte Benützung öffentlichen Gutes sind Jahresentgelte wie folgt zu entrichten:
- a) Für die Einrichtung von Geschäftsportalen, Warenschaukästen, Portalschildern u. ä., bis zu einer Breite von 2 m und einer Ausladung von 15 cm S 90,--  
für jeden weiteren angefangenen Meter in der Breite und jede angefangene 5 cm in der Ausladung ein Zuschlag von S 30,--
  - b) für Reklameschilder, da es sich bei solchen Anlagen um reine Reklameeinrichtungen handelt, bis zu 1 m<sup>2</sup> S 150,--  
für jeden weiteren angefangenen m<sup>2</sup> ist der aliquote Teil in Anrechnung zu bringen.
  - c) Für Steckschilder und Hinweisschilder pro angefangenem m<sup>2</sup> und Jahr S 100,--
  - d) Für Reklame-Großanlagen mit Neonbeleuchtung oder anderer Starkstromtechnik, da es sich auch hier um eine reine Reklameeinrichtung handelt, bis zu 1 m<sup>2</sup> S 150,--  
für jeden weiteren angefangenen m<sup>2</sup> ist der aliquote Teil in Anrechnung zu bringen.
  - e) Für Vorlegefenster, Kellerlicht- und Warenaufzugsschächte, Stufen u. ä., per m<sup>2</sup> S 60,--
  - f) Fundamentverbreiterungen, Stützpfeiler, neu aufzuführender Vorbauten aufgrund einer baubehördlichen Vorschreibung, per m<sup>2</sup> S 60,--
  - g) Vordächer in verschiedenen Ausführungen über Einfahrten, Geschäftseingängen, für jeden angefangenen m<sup>2</sup> S 70,--
  - h) Automaten jeder Art, ob im Boden verankert oder an einer Hausmauer befestigt, je Stück S 200,--
  - i) Personenwaage, Reklamesäulen usw., je Stück S 200,--
  - j) Für Vorgärten bei Gast- und Kaffeehäusern (Schanigärten) per m<sup>2</sup> und Jahr S 100,--
- Der begonnene Monat gilt hiebei als ganzer Monat. Ohne Rücksicht auf die Aufstellungsdauer wird mindestens 1 Monat berechnet.
- k) Fahrradständer vor Geschäften und Eingängen per Stück S 50,--
  - l) Für Leitungen zu privaten Zwecken, für Leitungen für Stark- und Schwachstrom oder als Kabel verlegt, pro lfm. S 5,--
  - m) Für Rohrleitungen irgendwelcher Art auf öffentlichen Gut pro lfm. S 5,--
  - n) Für stabile Rollbahngleise, per lfm. S 15,--
  - o) Für Industriegleisanlagen per lfm. S 15,--
  - p) Für Verkaufshütten, Kioske usw. im Stadtgebiet, Anhebung ausgerichtet nach m<sup>2</sup> Flächenbedarf, per m<sup>2</sup>, unabhängig von der Dauer der Aufstellung S 200,--  
Diese Einrichtungen sind von vorstehender Gebühr befreit, wenn sie im Zusammenhang mit Veranstaltungen ausschließlich wohltätiger oder gemeinnütziger Art errichtet werden.
  - q) Für öffentliches Gut, das zur Grasnutzung vergeben wird, pro m<sup>2</sup> S 0,50
  - r) Für öffentliches Gut, das zur gärtnerischen Nutzung oder feldmäßigen Nutzung herangezogen wird (Schreibergärten) pro m<sup>2</sup> S 1,--
  - s) Für Schaukästen, Anschlagtafeln von Vereinen und sonstigen Institutionen S 60,--
  - t) Aufstellung von Zeitungsverkaufsständen, pro Ständer S 200,--
  - u) Baustelleneinrichtungen, Aufstellungen von Containern, Verkaufsständen, Warenkörben u. ä., pro m<sup>2</sup> und Monat S 50,--
2. In den Tarifen gemäß Abs. 1 und 2 ist die Umsatzsteuer nach den Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes 1972, BGBl. Nr. 223, in der jeweils geltenden Fassung nicht enthalten.

## III. Berechnung der Entgelte

Trifft der Beginn einer Benützung nicht mit dem Beginn eines Kalenderjahres zusammen, so ist das Entgelt entsprechend der Restmonate des Kalenderjahres

auf der Grundlage des Jahresentgeltes ( Artikel II) zu berechnen. Die Berechnung beginnt mit dem Monat, der dem Beginn der Benützung folgt.

#### IV. Ausnahmen

Diese Tarifordnung findet keine Anwendung auf in Art. I Abs. 1 nicht angeführte Benützungsarten, wie z. B. Tankanlagen. In diesem Fall sind Sondergestattungsverträge abzuschließen.

#### Wirksamkeitsbeginn

Diese Tarifordnung tritt am 1. 1. 1988 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Tarifordnung des Gemeinderates vom 17. 11. 1983, GHJ2-1585/77 und GHJ2-83/83 außer Kraft.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Tremml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!  
Die Tarife für die Benützung des öffentlichen Gutes sollen laut Antrag bis zu 100 Prozent erhöht werden. Es soll z. B. für die Schrebergärten der Benützungstarif verdoppelt werden. Für die Reklamegroßanlagen, die sicherlich nicht sehr schön sind in unserer Stadt, wird keine Tarifierhöhung beantragt, jedoch ist für die Anschlagtafel und für die Schaukästen der kleinen Vereine eine Gebührenerhöhung von ungefähr 33 Prozent vorgesehen. Ich frage Sie daher, wo bleibt da die soziale Ausgewogenheit, von der man in letzter Zeit so viel hört?  
Mit den heutigen Mehrheitsbeschlüssen, mit dem Gemeindebelastungspaket möchte ich sagen, zahlt die Steyrer Bevölkerung im kommenden Jahr um 4,5 Millionen Schilling mehr für die Kanalbenützungsgebühr, für die Wassergebühr 3,6 Mill. Schilling, für den Seniorenpaß S 500.000,-, für Essen auf Rädern um über 1 Mill. Schilling, also für die Pensionisten jetzt wiederum zusammen 1,500.000 Schilling. Für die Wasserleitungsanschlußgebühr S 230.000,- und nun für die Benützung öffentlichen Gutes erwartet man sich S 20.000,--. Also insgesamt haben Sie heute, vor allem die Mehrheit, beschlossen, daß man die Bevölkerung mit fast S 10 Mill. im kommenden Jahr belastet, genau mit S 9,850.000,-. Für eine solche unsoziale Kommunalpolitik ist nach Auffassung der KPÖ-Fraktion nicht unbedingt eine sozialdemokratische Mehrheit in Steyr erforderlich, denn dies könnte auch meiner Meinung nach ein ÖVP-Bürgermeister bewerkstelligen.  
Anschließend wird man mir natürlich wieder vorhalten, ja der Tremml macht es sich leicht, er sagt uns nicht, woher wir die finanziellen Mittel nehmen sollen. Ich sage es auch heute schon vorweg, wie man Finanzmittel der Stadt für kommunale Aufgaben erzielen kann. Erstens einmal, daß man keine Auszahlung von Millionengeschenken an Großunternehmer gibt, die Supergewinne erzielen. Zweitens glaube ich, daß man auch Millionen einsparen könnte, wenn man die Kürzung der Politikerbezüge um ein Drittel durchführen würde. Gleichzeitig auch - das bringt nicht Millionen, aber auch etliche zehntausend Schilling - wenn man die ungerechtfertigten Stadtratpensionen abschaffen würde.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht noch jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Mich stört schon bei diesem Antrag die Ungerechtigkeit, wie diese Erhöhung durchgeführt wird. 100 Prozent Erhöhung bei den Kleingewerbetreibenden, wenn sie am Geschäftsportal Warenschaukästen, Portalschilder an der Außen-

mauer befestigt haben. Sie bezahlen jetzt S 45,-, nach der Erhöhung werden sie S 90,- bezahlen.

Das gleiche gilt für Warenaufzugsschächte. Auch wieder der, der an die Straße gebunden ist, muß um 100 Prozent mehr bezahlen. Wenn schon ein Warenaufzugsschacht vorhanden ist, dann ist das eine unbedingte Notwendigkeit für den jeweiligen Betrieb, daß der dort bleibt. Warum 100 Prozent? Es geht noch weiter mit diesen sehr ungerechten Erhöhungen, aber die Spitze bilden wohl die Reklameschilder, die kosten bis 1 m<sup>2</sup> S 150,-, für jeden weiteren angefangenen m<sup>2</sup> ist der aliquote Teil in Anrechnung zu bringen. Man muß hier etwas nachlesen und dann kommt man darauf, daß es sich hier um zwei Firmen handelt. Und zwar um den Werbering und um die Heimatwerbung. Die eine ist der SPÖ sehr nahe, die andere ist der ÖVP sehr nahe. Wenn es um die eigene Werbung geht, wenn es um die eigene Person geht, wenn die eigene Person sich eventuell profilieren möchte und auf diesen Plakaten erscheinen will, so ist diese Person gebunden an diesen Werbering oder die Heimatwerbung. Genau dieser Betrag wird nicht erhöht. Hier bleiben die S 150,- gleich. Ich frage, wenn alles erhöht wird, warum wird gerade dieser Punkt nicht erhöht? Weil die Parteien, die beiden Großparteien, hier sich eben ihr Nahverhältnis erhalten wollen, diese Firmen nicht vergrämen wollen durch Erhöhungen.

Auf der nächsten Seite - das ist wieder für die Kleinparteien interessant - diese sogenannten A-Ständer. Diese A-Ständer sind überhaupt ein Problem in Steyr. In der letzten Sitzung des Umweltausschusses wurden diese als eine besondere Verschandelung der Stadt Steyr aufgezeigt. Man hat beschlossen, von S 150,- auf S 200,- hinaufzugehen. Das heißt, daß sich ein Verein z. B. überlegen muß, wieviele A-Ständer er anmeldet, weil er pro A-Ständer S 200,- beim Magistrat hinterlegen muß. Das heißt auch, daß jede Veranstaltung eines Kleinvereines fast bis zur Unmöglichkeit verhindert werden kann. Es ist auch das gleiche mit den Kleinparteien. Wie man in letzter Zeit in Münchenholz sehen konnte, sind auf einmal solche A-Ständer von der Oberfläche verschwunden in Münchenholz und kurze Zeit später waren sie wieder da. Hier müßte doch wahrscheinlich eine Richtlinie genau nach diesen Bestimmungen nicht beachtet worden sein. Genau das ist es, wo man die Kleinparteien oder auch die Großparteien zwingen kann, daß sie eine Information, die zum Teil sehr wichtig ist - natürlich etwas spät gekommen - verhindern kann. Es ist sehr fraglich, wenn jetzt die ÖVP genau diesem Antrag die Zustimmung gibt, wo sie doch erst vor kurzem erleben mußte, daß genau aus diesem Grund ihre A-Ständer verschwunden sind.

Für mich geht es noch weiter. Wenn man durch diese Erhöhung einen Betrag von S 20.000,- hereinbringt, so kann das sicher nicht das Geld sein, das man hier sich holen will. Ich glaube eher, man will diesen Kleinparteien nicht mehr so die Möglichkeit geben, ihre Informationen durch A-Ständer weiterzugeben. Die Großen oder die Großparteien stellen die A-Ständer in einer großen Vielzahl auf. Man sieht ja jetzt, wenn man hinausgeht, wieviele A-Ständer stehen. Es ist ein guter Zweck, doch mir wurde gesagt und jeder Kleinpartei wurde gesagt, wo A-Ständer zu stehen haben. Nur die kleinen Parteien müssen sich nach diesen Regelungen richten, die Großparteien brauchen das nicht. Diese stellen ihre A-Ständer überall hin. Auf jeder Straßenkreuzung, z. B. im Kreisverkehr stehen gleich vier. Ich frage mich, für wen gelten dann diese Bestimmungen, nur für die Kleinparteien, damit sie ihre Informationen nicht mehr weitergeben können? Oder gelten sie auch für die Großparteien?

Ich habe mir einige dieser A-Ständer angeschaut. Es fehlt überall diese ominöse Plakette, die Stadtrat Pimsl bei der Umweltausschuß-Sitzung so gepriesen hat. Jeder bekommt jetzt sein Pickerl. Komisch, bei diesen A-Ständern fehlen diese Pickerl. Ich frage mich, wenn man hier so sehr unterscheidet zwischen den A-Ständern von Großparteien und den A-Ständern von Kleinparteien oder Vereinen, dann kann man hier nur vermuten, daß man den kleinen Parteien die Möglichkeit nehmen will, Informationen weiterzugeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:  
Danke. Kollege Eichhübl bitte:

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Bei oberflächlicher Betrachtung, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, dieses sehr umfangreichen Antrages, der auf mehreren Seiten die Möglichkeiten der Benützung des öffentlichen Gutes nachweist und Tarifierhebungen vorsieht, könnte man eigentlich die Meinung vertreten, nachdem an sich die jetzigen Gebühren sehr niedrig sind, diesem die Zustimmung zu geben. Unabhängig davon, daß es sich um eine sehr bedeutende prozentuelle Erhöhung handelt, bin ich aber auch der Auffassung, so wie meine Vorredner, daß auch bei diesem Antrag, meine Damen und Herren, die soziale Ausgewogenheit fehlt. Das zieht sich durch die heutige Sitzung durch und ich kann auch feststellen, daß beispielsweise für Schaukästen, Anschlagtafeln von Vereinen und sonstigen Institutionen wesentlich mehr verlangt wird, wobei man - das wurde bereits mehrmals angezogen - für Reklamegroßanlagen aber den Betrag gleich beläßt. Daher, meine Damen und Herren, nachdem schon so viel gesagt wurde, möchte ich mich kurz fassen. Ich werde diesem Antrag die Zustimmung seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion nicht geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Vizebürgermeister Wippersberger bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kolleginnen und Kollegen, ich bin eigentlich erschüttert über die Beiträge der Minderheitsparteien, der kleinen Fraktionen, heute bei der Diskussion über Tarif- und Gebührenregulierungen. Ich habe eingangs wirklich appelliert und aufmerksam gemacht auf die Finanzlage unserer Stadt. Wir haben größte Schwierigkeiten, nächstes Jahr den Haushaltsplan halbwegs hinzubringen, aber Sie machen sich keine Gedanken, auch Du nicht, lieber Treml. Niemand macht sich Gedanken, wo wir das Geld hernehmen sollen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das sind S 20.000,--!

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Du machst Dir nicht im geringsten Gedanken, darüber, Du bist ja bei allen Tarifierhöhungen dagegen. Wir müssen schauen, daß wir auf der Einnahmenseite auch zu mehr Einnahmen kommen. Aber die Verantwortung liegt natürlich bei uns und ich nehme zur Kenntnis, daß die kleinen Parteien nur dagegen sein können und daß sie sich wirklich der Verantwortung für notwendige Maßnahmen entziehen wollen.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das stimmt nicht, Herr Vizebürgermeister, bitte erlauben Sie mir einen Zwischenruf. Ich habe mehrmals betont, ich wäre bereit, diesen Anträgen die Zustimmung zu geben, wenn man alle gleichmäßig belastet hätte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu noch jemand zu sprechen? Ich bitte um das Schlußwort.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Es war jetzt eine größere Diskussion, die nicht unbedingt diese Tarife betroffen hat. Zu diesen Tarifen darf ich sagen, es ist ja angeklungen, daß die Er-

höhung S 20.000,- ausmacht. Es handelt sich um 24 verschiedene Tarife und nur wegen zwei Posten, die A-Ständer und die großen Tafeln, ist diese Diskussion entstanden. Ich muß eines sagen, wenn keine Erhöhung wäre, so wäre ein Nulltarif besser, weil die Einhebung sicher mehr kostet als da herauskommt. Aber das hat einen tieferen Sinn. Ich glaube, alle mitsammen haben wir keine Freude mit den sogenannten A-Ständern. Aber viele Vorankündigungen in unserem Stadtgebiet werden nicht für Veranstaltungen unserer Stadt - ob es sich um Parteiveranstaltungen oder andere handelt - sondern für Veranstaltungen von Umlandgemeinden, wie Garsten, St. Ulrich usw. verwendet. Daher glaube ich, daß man schon mit dem Umweltschutz alleine versuchen sollte, das in geregelte Bahnen zu bekommen. Auch ich bin Vorsitzender einiger Vereine und kann auch das Lied der A-Ständer singen. Aber ich weiß eines, die Ständer werden in Zusammenarbeit mit der Polizei aufgestellt, damit sie nicht verkehrsbehindernd sind. Ich darf Sie daher ersuchen, dieser bescheidenen Erhöhung zuzustimmen, schon aus Gründen des Umweltschutzes in unserer schönen Stadt Steyr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit 3 Gegenstimmen (FPÖ, KPÖ, GAL) angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Mein nächster Antrag lautet:

11) Ha-4900/83

Förderungsmaßnahmen der Stadt Steyr für Pensionistenwohnungen -  
Altenwohnheime Neuschönau I und Steinfeld VII.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH wird für den Grund- und Baukostenbeitrag des Altenwohnheimes Neuschönau I ein Betrag in Höhe von S 2.223.280,- und für den Grund- und Baukostenbeitrag sowie den Fahrbahnkostenbeitrag des Altenwohnheimes Steinfeld VII ein Betrag in Höhe von S 1.200.134,-, somit insgesamt S 3.423.414,-, als Förderungsmaßnahme zugunsten betagter Mitbürger gewährt.

Zu diesem Zweck wird bei der VA-Stelle 5/4800/777010.8 ein Betrag in Höhe von S 3.287.900,- freigegeben und eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 135.500,- bewilligt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Den beantragten Förderungsmaßnahmen von Kollegen Zöchling für die Errichtung der Pensionistenwohnungen in der Neuschönau sowie auch in Steinfeld im Ausmaß von S 3.423.000 Schilling stimme ich selbstverständlich zu.

Den Grundsatzbeschluß -den kennen wahrscheinlich nicht alle, außer sie haben es gelesen - des Gemeinderates aus dem Jahre 1983 sieht die Förderung der Errichtung der Altenheime vor. Dieser Grundsatzbeschluß wurde natürlich gefaßt aus einem bestimmten Grund. Wenn er nicht gefaßt worden wäre, dann könnten erstens einmal viele unserer Pensionisten nicht in diese Wohnungen einziehen bzw. könnten aufgrund der hohen Mieten diese nicht bewohnen. Und zwar sieht der Grundsatzbeschluß vor die kostenlose Beistellung des Baugrundes, die Übernahme der gesetz-

lich vorgeschriebenen 5 prozentigen Baukostenbeiträge unter Verzicht auf Einhebung von Anliegerleistungen, insbesondere der Kanalananschlußgebühr. Diese Förderungsmaßnahmen sind notwendig, da ja nur damit vertretbare Mieten für die Pensionisten erzielt werden können.

Aber dazu, liebe Kollegen, ein Beispiel. Für eine Pensionistenwohnung im Münchenholz in der Sebekstraße mit einer Wohnfläche von nur 33 Quadratmeter müssen die Mieter eine Monatsmiete von über S 2.400,- bezahlen. Bei der größeren Wohnung, also der Zweiraumwohnung, mit 50 Quadratmeter sogar über S 3.600,-. Meine Damen und Herren, wer könnte denn das bezahlen? Nur durch die Förderung der Stadt konnte die monatliche Miete für das Pensionistenheim Sebekstraße pro Quadratmeter von ungefähr S 73,- auf S 61,- abgesenkt werden. Allerdings, meine Damen und Herren, mit dem negativen Zusatz, daß ein Baukostenzuschuß in der Höhe von 25.000 bis 30.000 Schilling von diesen Pensionisten zu entrichten ist. Diese Regelung entspricht nicht dem Grundsatzbeschuß des Gemeinderates vom 20. September 1983, in dem die Förderungsmaßnahmen für die Errichtung von Pensionistenwohnungen festgelegt wurden. Dort heißt es ausdrücklich, daß die Gemeinde den Baukostenzuschuß übernimmt.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Ich möchte mich dazu zu Wort melden und bitte Kollegen Wippersberger um Vorsitzübernahme.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, diese letzte Wortmeldung des Kollegen Treml veranlaßt mich, zu dieser Problematik etwas zu sagen.

Bekanntlich hat ja das Pensionistenwohnhaus Münchenholz die WAG errichtet und die Gemeinde hat das Einweisungsrecht, so wie es in einem anderen Fall auch schon durchgeführt wurde. Es waren vor wenigen Wochen Verhandlungen wegen der Gestaltung der Miete in diesem Haus. Die vorläufige Baukostenabrechnung ergibt - hier muß ich Kollegen Treml recht geben - einen Quadratmeterpreis an Bruttomiete einschließlich aller Kosten von S 73,-. Das ist richtig, ist für unsere Verhältnisse in Steyr eigentlich untragbar, das muß ich sagen. Wir haben deswegen mit der WAG verhandelt um Möglichkeiten, diese Mieten entsprechend zu reduzieren. Wir haben seitens der Stadt - die Verhandlungen sind noch nicht ganz abgeschlossen, es werden sicher auch noch Gemeinderatsbeschlüsse notwendig sein, wenn die entsprechenden Förderungen dann tatsächlich zum Tragen kommen. Wir haben darüber gesprochen, auch aufgrund unserer finanziellen Situation, in welcher Form man das tun kann. Wir haben bisher, das ist richtig, die Baukostenzuschüsse seitens der Stadt für die Pensionistenwohnungen getragen. Wir haben in manchen Fällen helfen können, wir haben aber auch damit in nicht wenigen Fällen, sogar in den meisten Fällen, auf etwas verzichtet, wofür das Land zuständig ist, nämlich auf das Eigenmittellersatzdarlehen. Wenn jemand Anspruch hat auf dieses Eigenmittellersatzdarlehen, der bekommt auf dem Darlehensweg vom Land diese Beträge, diese S 20.000 oder S 30.000 - das kommt auf die Wohnungsgröße an - zur Verfügung gestellt. Wir glauben, das war in den Verhandlungen das Ergebnis, daß wir diesen Betrag, der für diese Baukostenzuschüsse verwendet wurde, vernünftiger durch Zuschüsse für Förderungen verwenden, die sich auf die Miete auswirken. Das ist der Grund. Wir haben vor, der WAG ein Darlehen zu gewähren, damit die Bankdarlehen sich verringern und sich dadurch auch die Mieten entsprechend verringern. Außerdem ist im Gespräch die Übernahme eines Teiles des Hausmeisters usw. Ich möchte mich hier nicht im Detail verbreitern, weil die Verhandlungen, wie gesagt, noch nicht endgültig abgeschlossen sind und die entsprechenden Beschlüsse erst gefaßt wurden. Nur durch diese Maßnahme ist es gelungen, den Quadratmeterpreis für diese Wohnungen von S 73,- auf S 61,- zu reduzieren. Ich glaube, daß das ein vernünftigerer Weg ist, weil der einzelne Mieter ja die Möglichkeit hat, beim Land anzusuchen. Es ist also vernünftiger, diese Regelung zu treffen, weil wir so Dauerhilfe leisten können.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Ich übergebe den Vorsitz wieder Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Nachdem keine Wortmeldung mehr vorliegt, bitte ich Kollegen Zöchling um das Schlußwort.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der Herr Bürgermeister hat das meiste bereits berichtet. Ich darf nur sagen, ich bin sehr sehr stolz, daß in Münichholz diese Altenwohnungen gebaut werden. Otto, Du kannst sicher sein, daß wir auch diese Mietzinse bekommen, die auch in den anderen Altenheimen gelten. Über den Baukostenzuschuß darf ich sagen, daß das ja kein verlorenes Geld ist. Wer ihn wirklich nicht bezahlen kann, auch da werden wir Mittel und Wege finden, über die Landesregierung einerseits, aber auch, wenn es da nicht möglich ist, über die Gemeinde demjenigen dieses Darlehen zu geben. Mir ist bis jetzt von denen, die unter Umständen - wir haben das ja am Montag beschlossen - diese Wohnungen bekommen, keiner bekannt, der diesen Baukostenzuschuß nicht bezahlen kann. Es wird aber sicherlich einige geben. Ich glaube, mit dem Mietzins alleine, hier besteht ja auch die Möglichkeit, Wohnbeihilfen in Anspruch zu nehmen. Die Beamten unserer Liegenschaftsverwaltung aber auch die WAG wird noch in diesem Monat, also im Dezember, versuchen, den Baukostenzuschußantrag an die Landesregierung, aber auch die Wohnbeihilfen noch zu erledigen, weil dann die Bemessungsgrundlage noch im Jahr 1986 sein wird. Auch das werden wir jetzt in die Wege leiten. Die Verständigungen, wer eine Wohnung bekommt, werden am Montag vom Amt ausgeschickt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Mein letzter Antrag hat folgenden Wortlaut:

12) GHJ2-7658/86

Ehegatten Huber; Ankauf eines Teilstückes des öffentlichen Gutes im Bereich Bahnhofstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsbeichtes vom 5. 11. 1987 wird dem Verkauf eines 36 m<sup>2</sup> großen Teilstückes aus der Grundparzelle 1303, KG Steyr, die im Verzeichnis des öffentlichen Gutes (Straßen und Wege) vorgetragen ist, zum Preis von S 1.500,- je m<sup>2</sup> an die Ehegatten Margarete und Rudolf Huber, Bahnhofstraße 13, 4400 Steyr, zugestimmt. Die Käufer haben alle in Verbindung mit dem abzuschließenden Vertrag erwachsenden Kosten, insbesondere die Kosten der Vermessung sowie die Grunderwerbsteuer und die Eintragungsgebühr zu tragen. Der Kaufpreis in der Höhe von S 54.000,- ist zur Gänze bei Vertragsunterfertigung zu entrichten. Im übrigen gelten die im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

Damit sind wir mit den Tagesordnungspunkten am Ende angelangt.

Bevor wir zur Aktuellen Stunde kommen, möchte ich darauf hinweisen, daß heute eine große Veranstaltung im Stadtsaal stattfindet. Soweit es den Mitgliedern

des Gemeinderates möglich ist, wollen wir daran teilnehmen. Ich bitte um Verständnis dafür, daß wir diese Aktuelle Stunde spätestens um 19.30 Uhr beenden. Ich bin sonst nicht für eine Beschränkung, weil wir haben das beschlossen, aber unter diesen besonderen Umständen erscheint es mir vernünftig, wenn wir um diese Zeit die Aktuelle Stunde abbrechen. Vielleicht sind wir aber auch schon früher fertig.

Seitens der sozialistischen Fraktion bitte ich Frau Stadtrat Ehrenhuber um ihren Beitrag.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die ständig zunehmenden Pkw-Zulassungen in unserer Stadt führen mehrmals täglich, vor allem zu den Stoßzeiten, zu Beginn und zu Ende der Arbeitszeit, zum völligen Zusammenbruch unseres Verkehrs. Besonders kritisch ist die Situation aber vor allem an den sogenannten Einkaufssamstagen vor den Feiertagen. Alljährlich zu Jahresbeginn, sicherlich noch unter dem Eindruck dieses Verkehrschaos stehend, besteht, soweit ich mich erinnern kann, seitens aller Fraktionen die Meinung, daß hier etwas geschehen muß, um dieses Verkehrsproblem zu bewältigen, um gerade den Stadtplatz in der Vorweihnachtszeit zur verkehrsarmen Zone zu machen.

Ich möchte feststellen, daß es auch die Bevölkerung nicht nur wünscht, sondern von uns verlangt und erwartet, daß entsprechende Maßnahmen gesetzt werden, die einerseits zur Verkehrsberuhigung beitragen und andererseits gerade in der Vorweihnachtszeit einen sicheren, ungestörten Einkaufsbummel erlauben. Wer jemals vom nervenzehrenden Verkehrschaos im innerstädtischen Bereich betroffen war, wird die Entscheidung, den Stadtplatz für den Autoverkehr zu sperren, nicht nur begrüßen, sondern - das ist meine Überzeugung - wird selber zum größten Verfechter dieser Maßnahme werden.

Wir begrüßen daher die Überlegungen des zuständigen Referenten und die vom Bürgermeister getroffene Verfügung, die dieser berechtigten Forderung der Bevölkerung entspricht, zudem familienfreundlich ist und sogar als Gewerbeförderung gesehen werden kann. Eine strikte Ablehnung der verfügten Maßnahme würde alle Überlegungen, die bisher zu familienfördernden Maßnahmen angestellt wurden, zu Lippenbekenntnissen degradieren und als tagespolitische Effekthascherei entlarven. An der Wirtschaft selber wird es liegen, nicht durchkleinkarierte Denkungsweise Verhinderungspolitik zu betreiben, sondern zu überlegen, wie die getroffenen Entscheidungen sinnvoll und zum Wohle der Stadt ergänzt werden können.

Ich glaube doch, nicht meinen zu müssen, daß gerade in diesem Bereich so wenig Kreativität, so wenig Fantasie vorherrscht, um nicht auch aus dieser Situation das Beste zu machen.

Erfahrungswerte aus Städten haben doch gezeigt und bewiesen, daß gerade Fußgeherzonen sich für die Geschäftswelt positiv auswirken und gerade unser schöner Stadtplatz wird sich im vorweihnachtlichen Glanz sicher positiv auf das Einkaufsverhalten auswirken.

Die sozialistische Fraktion in diesem Gemeinderat verteidigt daher diese Entscheidung im vollen Bewußtsein, daß sie der gesamten Bevölkerung von Steyr dient. Darüber hinaus wird sie sicherlich den Ruf der Stadt Steyr als freundliche Einkaufsstadt, als Christkindlstadt in der gesamten Region vertiefen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Seitens der ÖVP bitte Kollege Schloßgangl.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Idee eines autofreien Stadtplatzes ist ja nicht neu. Sie geistert schon viele Jahre in den Gehirnen der Verantwortlichen, aber auch der Wirtschafts-

treibenden herum. Nur glaube ich, ist der Zeitpunkt, so etwas durchzuführen, und die Zeit dazu noch nicht reif. Man muß für derartige Maßnahmen Vorsorge treffen. Man muß vor allem, wenn man eine Fußgängerzone oder einen autofreien Stadtplatz will, so wie es in anderen Städten der Fall ist, die nötigen Ersatzparkplätze in nächster Umgebung schaffen. Jeder, der die Fußgeherzone bejaht - vom Prinzip her sind ja auch wir für eine Fußgeherzone, aber nicht 14 Tage vor dem ersten Einkaufssamstag und vor allem nicht ohne Gespräch, ohne Information der Bevölkerung und vor allem der Betroffenen. Jeder, und vor allem die Kunden, die dorthin gehen oder hinfahren wollen und auch die Fußgeherzone benützen wollen, wollen möglichst nahe heranfahren. Dann nehmen sie sie auch an. Wenn jemand in der Weihnachtszeit seine Weihnachtseinkäufe tätigt, so will er seine Waren auch wieder zurückbringen und in seinem Auto transportieren können.

Mir vollkommen unverständlich ist es, daß Kollege Pimsl so aus heiterem Himmel heraus, weil er vielleicht über den Sommer darüber zu lange geschlafen hat, plötzlich die Idee geboren hat und im Vorbeigehen uns informiert hat, daß man beabsichtigt, so etwas durchzuführen. Ich war der Meinung, es wird darüber ein Gespräch geben und man wird Beratungen durchführen und nicht von vornherein eine Information, daß das in den nächsten 14 Tagen mit dem 1. Einkaufssamstag einfach durchgezogen wird.

Die Maßnahmen, die man sich überlegt hat, daß man einen Autobusverkehr vom Parkplatz der Steyr-Werke einrichtet, sind meiner Meinung nach vollkommen unzureichend. und auch fehl geplant. Denn es wird kaum jemandem von auswärts einfallen, den Steyr-Werke-Parkplatz anzufahren, um dann mit dem Autobus in die Stadt zu kommen. Wenn, dann müßte man an allen wichtigen Punkten, an allen Einfahrtsstraßen, diese Möglichkeit schaffen. Man müßte vor allem auch, wenn man schon den Anreiz machen wollte, kostenlos diese Busse zur Verfügung stellen. Das können wir uns in dieser Zeit nicht leisten, weil das Budget schlecht ist. Ich weiß es, daher kann ich auch nicht über Nacht eine Idee gebären und dann sofort in die Tat umsetzen wollen.

Letzten Endes glaube ich, muß man vor allen mit den Hauptbetroffenen - das sind nun einmal die Geschäftsleute. Gerade diese Handelsbetriebe, die sehr viele Steuern abliefern, denn es sind gute Betriebe, die dort drinnen sind, kann man nicht vor den Kopf stoßen und sagen, es ist uns ganz egal, wie sich das auswirkt und wie sich das entwickelt. Das Risiko halt auf alle Fälle Ihr zu übernehmen.

Wenn sich die Stadtgemeinde und auch Kollege Pimsl und der Herr Bürgermeister, der das ja letztenendes sanktioniert hat, bereit erklärt, dafür eine Ausfallhaftung zu übernehmen, dann wäre dagegen nichts einzuwenden. Meine Herren, Sie lachen, aber das Weihnachtsgeschäft der Geschäftsleute in der Innenstadt beträgt ja ein Viertel bis zur Hälfte des Umsatzes. Und das, was ich jetzt rein politisch verurteile, daß man überhaupt nicht den Kontakt gesucht hat mit uns. Es hat zwar ein Gespräch gegeben beim Herrn Bürgermeister am Dienstag vergangener Woche. Da war aber bereits eine Stunde später die Pressekonferenz angesetzt. Dort hat man uns erklärt, wir wollen das auf alle Fälle durchziehen.

Das ist nicht die Gangart einer demokratischen Gemeinde und Kommunalverwaltung und schon gar nicht entspricht es den Gepflogenheiten, wie hier gerade das Klima zwischen meiner Fraktion, zwischen Kollegen Holub und der sozialistischen Fraktion aufgebaut wurde. Da kann man nicht von Konsens oder konstruktiver Zusammenarbeit sprechen, sondern es war ein glattes Überfahren.

Ich betone nochmals, wenn man so etwas plant und machen will, dann muß man es von langer Sicht vorbereiten, man muß ein Stadtteilgespräch führen. Es werden nicht nur die Geschäftsleute, sondern auch andere Leute einzuladen sein, aber man muß vor allem auf diejenigen, die betroffen sind, und die in erster Linie unter Umständen daraus einen Schaden oder sogar sehr wahrscheinlich zu erwarten haben, Rücksicht nehmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke Seitens der GAL bitte Herr Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Das Problem Stadtplatz wurde von der GAL schon bevor sie in den Gemeinderat gekommen ist, aufgegriffen. Wir sind für einen autofreien Stadtplatz. Wir wurden leider nicht in die Gespräche mit einbezogen und wissen daher nicht, was die SPÖ genau vorhat, welche Erhebungen gepflogen wurden und wie Sie mit den wesentlichen Geschäftsleuten, die Einbußen befürchten, umgegangen ist. Grundsätzlich kann ich nur sagen, die GAL wünscht einen autofreien Stadtplatz und wir sind natürlich dafür, wenn hier Maßnahmen gesetzt werden, die zumindest die Bevölkerung soweit von diesem Problem erfaßt, daß man vielleicht daraus Rückschlüsse ziehen kann, wie schaut das aus, wenn er total autofrei ist. Ich würde eben die SPÖ bitten, sollten solche Maßnahmen wieder einmal getroffen werden sollen, die GAL einzuladen und vielleicht in einem Gespräch das vorzustellen. Dann können wir jederzeit unseren Standpunkt dort klar darlegen und es würde dieses Problem der Uninformiertheit nicht geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die Kollegin Ehrenhuber hat richtig festgestellt, der Stadtplatz muß eine Fußgeherzone werden. Bei den verschiedenen Beratungen und Sitzungen und auch bei öffentlichen Gemeinderatsitzungen wurde dies jetzt schon in den letzten Jahren von allen politischen Parteien hier im Rathaus deponiert. Kollege Wippersberger kann mir bestätigen oder sein Vorgänger, daß ich jährlich zu meinen Vorschlägen zum Budget Verkehrsprobleme aufzeige und hier diese Frage immer wieder in Erinnerung rufe, weil es notwendig ist, den Stadtplatz von Pkws freizumachen. Die Stadtplatzsperre für den Individualverkehr an den vier Einkaufssamstagen, beginnend mit kommendem Samstag, in der Zeit von 9 - 18 Uhr, wird von mir begrüßt. Aber nicht dadurch, daß ich will, daß die Geschäftswelt Schaden erleidet, sondern im Interesse jener, die ihren guten Schillinge ungestört und ohne jede Umweltbelastung in die Geschäfte tragen wollen. Aufgrund des starken Verkehrsaufkommens und der Parkplatzprobleme mußte bereits mehrmals die Pkw-Zufahrt zum Stadtplatz an einem Samstag gesperrt werden.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wenn Sie öfter in die Stadt kommen an einem Samstag, dann müssen Sie auch sehen, was sich hier abspielt. Nämlich daß natürlich nicht mit Absicht der Pkw-Fahrer in die Stadt kommen will, einkaufen usw. Er weiß ja nicht, wie weit die Parkplätze frei sind. Wir haben aus einem bestimmten Grund - es waren ja schon etwas mehr, das wissen wir ja - bei der letzten Umgestaltung, bei der Markierung des Stadtplatzes, die einige Jahre zurück liegt, die Kurzparkzonen genau um die Hälfte reduziert. Wir haben derzeit 29, der Christbaum, der etwas in die Breite geht, verdeckt zwei. Es verbleiben somit 27 Kurzparkplätze am Hauptplatz. Auf Initiative des letzten Verkehrsausschusses - ich war dort nicht dabei - wurde sogar diese Kurzparkzeit verändert, von 1,5 Stunden auf 60 Minuten. Allerdings mit einer Begründung, die vollkommen daneben geht, damit erreicht man eine Beruhigung. Meine Auffassung ist, ich war nicht dabei, daß man das Gegenteil erreicht. Das ist aber Nebensache.

So ist es am Stadtplatz. Die Situation war am letzten Samstag so - da ist noch nichts in der Steyrer Zeitung gestanden. Ich habe mir das jedenfalls angeschaut, ich habe keine Politiker gesehen. Man mußte die Sicherheitswachbeamten aufmerksam machen, sie sollen doch endlich die Zufahrt zum Stadtplatz sperren. Warum? Es war nämlich gar keine Möglichkeit mehr zum Parken, weder am Stadtplatz. Da war das übliche Karussell hinunter zum Kai. Ich bin zu Fuß gegangen bis Zwischen-

brücken, da war alles verparkt, die Leute sind nur hinuntergefahren und mußten wieder zurückfahren. Dadurch kommt es natürlich zu Staus usw. Es war eine fürchterliche Situation. Aus diesem Grund, nicht wegen dem Einkaufssamstag, ist es notwendig, daß hier eine Regelung getroffen wird.

Mir geht es vor allem darum, die Umweltbelastung durch Abgase und Lärm zu mildern. Dazu gehört die Einschränkung des Individualverkehrs am Stadtplatz. Ausgehend davon bin ich für die Ausdehnung der Fußgängerzone auf den gesamten, schönen - wie Du gesagt hast - historischen Stadtkern. Daher soll nun nach der Enge Gasse und der Pfarrgasse endlich auch der Stadtplatz zur Fußgängerzone erklärt werden. Die städtischen Linienbusse, die Taxis und die Durchfahrsmöglichkeit der Pkw zu den Kurzparkplätzen am Ennskai sowie die neu errichteten Pkw-Abstellflächen beim Schiffmeisterhaus und beim Fußgeherübergang Eisenstraße garantieren meiner Meinung nach die leichte Erreichbarkeit des Stadtkerns. Außerdem könnte von der Stadtgemeinde vorgesorgt werden, daß an Samstagen die von der Bezirkshauptmannschaft und der Handelskammer nicht benützten Parkplätze in dieser Zeit zur Verfügung gestellt werden.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL.

Die sind ohnehin offen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das ist eine entscheidende Frage. Ich glaube, daß man auch eine Kompromißlösung vorschlagen könnte für diese 4 Samstage, daß man dieses Konzept, das ich hier entwickelt habe, nämlich der Durchfahrsmöglichkeit bis zu den Kurzparkzonen, gewährt. Wenn der Zeitpunkt eintritt, wo die Zufahrt nicht mehr möglich ist, dann kann es durch zwei Sicherheitswacheorgane mit einem Funkgerät - dazu braucht man zwei - so geregelt werden, daß diese sofort die Zufahrt zum Stadtplatz sperren. Damit, glaube ich, brauchen wir nicht die Verparkung durch die Geschäftsleute bzw. der Angestellten des Kais und würde meiner Meinung nach als Übergangslösung dienen und gleichzeitig von mir aus die Generalprobe sein für die kommende Freimachung des Stadtplatzes.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Frau Stadtrat Ehrenhuber hat zweifelsohne ein Problem hier zur Sprache gebracht, was von sehr großer Aktualität und Bedeutung ist. Obwohl es sehr große Widersprüche seitens der Geschäftswelt gibt, die sich dagegen aussprechen, daß an Einkaufssamstagen nunmehr der Stadtplatz vom Autoverkehr freigehalten wird, stehe ich nicht an zu erklären, daß gerade die freiheitliche Gemeinderatsfraktion bereits seit Jahren immer wieder eine Neugestaltung des Stadtplatzes gefordert hat unter Zurückdrängung des Individualverkehrs. Aber mit entsprechenden Begleitmaßnahmen!

Daher, meine Damen und Herren, verstehe ich vollkommen die Besorgnis und die Einwände der Gewerbetreibenden am Stadtplatz. Es wäre wirklich sinnvoller und zielführender gewesen, das nicht überfallsartig und aus heiterem Himmel zu machen, sondern sich abzusprechen, Kompromisse zu schließen, um dann zu einem besseren Ergebnis zu kommen. Der ständige Pendelbusverkehr vom Steyr-Werke-Parkplatz auf den Stadtplatz ersch eint mir äußerst unzureichend und vor allen Dingen zu wenig zu sein.

Mit dieser Maßnahme wird der vorweihnachtliche Friede sicherlich nicht abgesichert werden. Ich darf daher abschließend nochmals festhalten, ich bin auch mit dieser Vorgangsweise nicht einverstanden und hätte mir gewünscht, daß man vorher

entsprechende Verhandlungen durchgeführt hätte.

Nachdem ich gerade vom vorweihnachtlichen Frieden gesprochen habe, darf ich noch mit einem Satz den geplanten Weihnachtsmarkt am Brucknerplatz ansprechen. Auch da, glaube ich, hätte man Überlegungen in der Richtung anstellen sollen, ob man nicht diesen Weihnachtsmarkt im Bereich der Promenade in Zukunft abführen sollte. Das wäre meine Stellungnahme zu diesem Problem.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich möchte als Bürgermeister, nachdem ich ja in der Presse mehrmals zitiert wurde, und zwar in einer Art, die ich nicht erwartet habe, weil die österr. Volkspartei sich bisher in keiner Weise - das ist meine Meinung - beklagen kann über eine kooperative Zusammenarbeit. Wir sind immer bereit und ich suche diese Gespräche nicht nur mit der Österr. Volkspartei, sondern mit allen im Gemeinderat vertretenen Parteien. Ich glaube, mir kann niemand vorwerfen, daß ich nicht kooperativ bin. Ich bin daher etwas enttäuscht über die Art und Weise, wie das in der Presse heute z. B. dargestellt wird, daß man mir mehr oder weniger diktatorische Maßnahmen vorwirft. Es steht nicht wörtlich drinnen, aber so ähnlich. Man wirft mir hier vor, daß ich von einem Recht, das ich habe, Gebrauch gemacht habe.

Es kann keine Rede davon sein, daß dieses Problem nicht breit diskutiert wurde und immer wieder auf die Tagesordnung gekommen ist. Das haben ja alle Sprecher heute hier dokumentiert. Es wurde immer wieder von der Bevölkerung der Wunsch herangetragen, natürlich in erster Linie in jenen Zeiten, wo die Aktualität vorhanden ist. Das ist ja logisch. Wir haben in den vergangenen Jahren auch interfraktionell darüber gesprochen, es sind aber in keiner Weise konkrete Vorschläge unterbreitet worden. Ich muß auch sagen, daß man von dieser Aktion doch sehr bald erfahren hat. Das beweist auch die Umfrage, Othmar, Du hast sie ja mehr oder weniger selber über die Handelskammer, über Eigeninitiativen, das darf ich Dir bestätigen, durchführen lassen. Dieses erste Ergebnis hat in etwa 50 : 50 von den betroffenen Geschäftsleuten ergeben. Du hast mir selbst dieses Ergebnis telefonisch durchgesagt.

Ich möchte darauf hinweisen, daß ich glaube, daß wir einfach verpflichtet sind, im Interesse der Bevölkerung diese Maßnahme zu setzen. Ich betrachte hier nicht nur einen bestimmten Kreis, für den ich sprechen kann, sondern wir alle, die wir hier herinnen sitzen, haben für alle Steyrerinnen und Steyrer zu sprechen. Ich darf Ihnen sagen, daß ich - ich möchte mich nicht verbreitern - breite Zustimmung aber auch strikte Ablehnung gehört habe. Aber in viel größerem Maß breite Zustimmung zu dieser Maßnahme in der Öffentlichkeit gefunden habe. Ich darf noch einmal sagen, es ist ein Versuch, den wir machen wollen und aus diesem Versuch sollten wir, so glaube ich, alle miteinander lernen. Die Ergebnisse, die dieser Versuch mit sich bringt, sollen auch eine Basis für die weitere Diskussion der Gestaltung des Stadtplatzes sein. Ich glaube, aus der praktischen Erfahrung und wir sind ja gezwungen, im nächsten Jahr Regelungen zu treffen, weil im nächsten große Aufgrabungen der Post usw. sind. Diese praktischen Erfahrungen sind ja viel mehr wert als jede demaskopische Untersuchung. Nur aus dieser Erfahrung kann man letztlich sagen, ja das ist etwas, ja das ist nichts. Ich bin überzeugt, daß dieser Versuch uns so viele Aufschlüsse gibt, daß wir künftig für diese Neuregelung am Stadtplatz so wertvolle Erkenntnisse gewinnen werden, daß diese Regelung im Interesse aller auch eine Regelung wird, die alle vertreten werden können. Ich lade die Österr. Volkspartei, obwohl sie sich anscheinend jetzt in das Schmollwinklerl stellt, auch herzlich ein, dafür mitzuarbeiten. Mein Stil und meine Kooperationsbereitschaft wird durch solche Ausrutscher sicherlich nicht beeinträchtigt, das darf ich sagen. Ich bin nach wie vor bereit zu reden, ich bin nach wie vor bereit, alle im Gemeinderat vertretenen Parteien in diese Gespräche einzubeziehen. Warum das so geschehen ist, weil wir wieder zu keinem Ergebnis gekommen

wären.

Liebe Freunde, es ist doch so, wir reden immer nur und seit drei Jahren werden wir von allen Leuten immer wieder hingewiesen und aufgefordert, macht doch bitte sehr endlich etwas. Jetzt wurde vielleicht auf einem etwas ungewöhnlichen Weg, das gebe ich durchaus zu, eine Regelung getroffen und es ist wieder nicht recht. Ich glaube, daß wir abwarten sollten, und ich habe am Montag um 15 Uhr mit Vertretern der Wirtschaft, Kollegen Schloßgangl habe ich dazu ebenfalls eingeladen, ich hätte Kollegen Holub ebenfalls eingeladen, aber er ist leider anderweitig auch in seiner Funktion als Vizebürgermeister in Linz. Überall zugleich kann man halt nicht sein. Es werden Kollege Wippersberger, Kollege Pimsl usw. ebenfalls dabei sein und da werden wir mit Vertretern der Wirtschaft des Stadtplatzes diskutieren. Wir werden uns die Ergebnisse sehr genau anschauen. Es ist ja nicht so, daß wir die Argumente, die seitens der Wirtschaft kommen, einfach so wegwischen, sondern die sind ja interessant für uns. Wir haben doch kein Interesse, das darf ich mit allem Nachdruck sagen. Keiner, das setze ich von allen voraus, die da herinnen sind, hat ein Interesse, daß der Geschäftsgang in irgend einer Form leidet. Wir alle sitzen doch, das habe ich schon mehrmals gesagt, in einem Boot. Jeder Schilling Umsatz, der hier gemacht wird, wirkt sich auf unser sehr strapaziertes - wenn ich das so bezeichnen darf, denn es ist heute schon viel darüber gesprochen worden - Budget aus. Wir alle wären froh, wenn sich der Umsatz steigern könnte durch diese Maßnahme.

Ich bitte also um Verständnis dafür, und ich bedaure es, das muß ich nochmals sagen, daß das in eine parteipolitische Richtung gegangen ist. Ich begrüße das nicht, ich finde, daß diese Diskussion in dieser Form schlecht für alle ist. Auch für die Geschäftsleute und für die gesamte Bevölkerung. Wir sollten in diesem Punkt doch mehr Kooperationsbereitschaft haben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Herrn Bürgermeister für seinen Beitrag und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Kollegen Pimsl zu Wort.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich darf mich vorweg bedanken bei allen jenen, Sprechern der Fraktionen, die grundsätzlich die Lösung des Stadtplatzes mit anstreben und auch mit verantworten wollen. Ich bedaure die Haltung der ÖVP, die offenbar unter einem Mock-Graf-Syndrom leidet, unter Erscheinungen, die fast zu krankhaften Zuständen führen und ihren Blick für das Wesentliche, vor allen den Blick für die Zukunft, wie es scheint, trübt. Denn mit markigen Sprüchen hat man eigentlich bisher nur vom Rechtsaußen der österreichischen Innenpolitik morsche Knochen wieder zum Jubeln gebracht. Jetzt ist die ÖVP offenbar auf der gleichen Spur, weil sie allzu große Angst hat, daß ihr die Wähler in Scharen davonlaufen und vielleicht Gefahr laufen, daß sie bei der nächsten Periode auf den fünften Platz im Gemeinderat zurückfallen könnten und jemand anderer diesen Platz einnimmt. Ich würde es bedauern, weil eine so große Partei, die für Österreich immerhin sehr viel geleistet hat, sich in eine Situation begibt, die offenbar wirklich nur mehr für einige wenige aktuell ist. Man kann nicht, Kolleginnen und Kollegen der ÖVP, immer nur mitreden wollen aber nichts mit verantworten und nichts mittragen wollen. Sie übersehen, daß der Stadtplatz nicht ein Privatplatz für einige wenige ist, sondern ein Zentrum der Bevölkerung von Steyr, und darüber hinaus. Daß wir mit der Schaffung von Fußgängerzonen, wenn auch nur befristet an den vier Einkaufssamstagen, die gerne dazu benützt werden, um in Ruhe einen Bummel durch die Stadt zu machen, um einzukaufen, eher die

Geschäfte belebt und nicht verhindert, daß jemand in ein Lokal hineingeht. Es ist schon eigenartig, wenn dann Geschäftsinhaber aus der Fußgängerzone, die den Vorteil dieser Fußgängerzone in den vergangenen Jahren sehr wohl erkannt haben, dort schreien, wo sie unter Umständen Parkplätze bei anderen für ihre Geschäftsbewegung und ihre Umsätze sehen können. Es wird der Vorwurf gemacht, ich hätte geschlafen. Ich schlafe auch hin und wieder, allerdings zur rechten Zeit. Nur offenbar die Wirtschaft schläft jetzt noch. Ich habe bis jetzt vermißt, daß die Wirtschaft entsprechende Vorschläge macht, daß sie Initiativen setzt, daß sie beispielsweise Veranstaltungen am Stadtplatz in die Wege leitet. Auch wenn die Zeit kurz ist, aber um etwas zu tun, ist immer noch Zeit gewesen. Ich verweise nur auf einen Artikel, ich glaube, er war in den OÖ. Nachrichten diese Woche, wo die Geschäftsleute von Haslach - ein kleiner Ort im Mühlviertel, wer es nicht weiß - zusammengekommen sind, um durch ein Preisausschreiben die Bevölkerung von Haslach selbst und auch von angrenzenden Gemeinden offenbar anregt, in Haslach einzukaufen und für jeden Einkauf sozusagen eine Teilnahme an einer Verlosung urgiert an einem Pkw. Daß man hier an diesem Platz ein Adventsingen, nächstes Wochenende ist z. B. Nikolaus, daß man einen solchen kommen läßt, daß man eben etwas veranstaltet. Man hat bisher einfach alles unterlassen, um den Vorteil einer Fußgeherzone für sich zu nützen, sondern sich nur zu großem Wehgeschrei aufrafft. So einfach ist das, wenn der Pimsl und der Schwarz dafür die Ausfallhaftung übernehmen, dann sind wir zu allem bereit. Wenn man heute die Umsätze so ansetzt, daß sie unmöglich erreicht werden können und dann realistisch betrachtet etwas weniger sind als hinausposaunt, dann haben andere die Schuld, daß man selbst nichts dazu beigetragen hat. So einfach sollte man es sich nicht machen, denn gerade der Steyrer Gemeinderat mit dem Bürgermeister an der Spitze hat bisher bewiesen in allen Belangen der Wirtschaft, daß er die Wirtschaft unterstützt und die Mehrheitsfraktionen im besonderen. Aber wir sind Volksvertreter und für das Volk da und haben deren Interessen zu vertreten. Mehrheitlich ist jederzeit nachvollziehbar, daß die Steyrer Bevölkerung am Stadtplatz eine fußgeherfreundliche Regelung wünscht.

Wir werden sie im kommenden Jahr gemeinsam suchen und Sie sind herzlich eingeladen dazu. Kollege Holub, Aussagen wie diktatorischer Stil oder von einem Versagen meiner Person bei meiner hauptberuflichen Tätigkeit zu sprechen, nehme ich gerne humorvoll hin. Es müßte ein Wunder geschehen, wenn es Dir einmal gelingen würde, ein solches Versagen mit einer 90prozentigen Wahl bestätigt zu bekommen, da müßte wirklich für die ÖVP ein Wunder geschehen. Vor allem wenn ich Dir noch dazu sagen kann, daß selbst Deine Freunde in der Fraktion durchaus die gleiche Meinung der Politik der sozialistischen Fraktion im Angestelltenbetriebsrat gutheißen. Wenn Du das anders siehst, so ist das Dein gutes Recht, das sei Dir selbstverständlich unbenommen. Aber wie gesagt, ich würde Dir ähnliche Erfolge wünschen, Du würdest dann wahrscheinlich wallfahrten gehen. Ich glaube, meine Damen und Herren, ...

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:  
Machst Du das immer?

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Warum nicht, wenn einer gläubig ist.

Erfolg solleinen ja nicht übermütig machen, man soll ihn aber auch nicht verschweigen, vor allem, wenn es von anderen so betont wird, allerdings in eine umgekehrte Tatsache.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es kommt noch hinzu und das hat mich ein wenig verwundert, gerade von Kollegen Holub, der für den Fremdenverkehr zuständig ist, daß eine Fremdenverkehrsuntersuchung sehr wohl den Stadtplatz als eine Attraktion für den Besucher hinstellt und entsprechende Maßnahmen nicht nur fordert, sondern umgehendst verlangt. Wir sind uns eigentlich bisher in dieser Frage einig gewesen, daß dazu auch mehr gehört, als daß die Stadtverwaltung und die Politiker

Voraussetzungen schaffen, denn ein neuer Fremdenverkehrsdirektor wird das nicht alleine können, wenn die Wirtschaft nicht bereit ist, mitzuspielen. Wir haben seit Jahren fast die Wirtschaft auf den Knien gebeten, hier etwas mehr kundenfreundlich zu handeln durch aufsperrn ihrer Geschäfte, vor allem der Kaffeehäuser, der Gasthöfe und Restaurants. Was ist geschehen? Nichts, mit Ausnahme einer einzigen Lokalität und die gehört zufälligerweise dem Fremdenverkehrsobmann. Und wie ich höre, besteht bereits wieder die Absicht oder es ist schon vollzogen worden, daß dieses Lokal an Sonntagen ab sofort wieder gesperrt hat. Ich weiß nicht, ob es stimmt, aber ich habe es gehört und bedaure, sollte ich etwas Falsches gesagt haben.

Grundsätzlich ist es so, meine Damen und Herren, daß wir eigentlich sehr wenig Unterstützung seitens der einschlägigen Wirtschaft bei unseren Bestrebungen, in Steyr etwas zu verbessern, finden. Zwei Landesausstellungen. 350.000 Besucher, das wurde heute schon gesagt, die von auswärts kamen, die sind verzweifelt am Stadtplatz und in den angrenzenden Gassen herumgeirrt, um ein Lokal zu finden, welches in Steyr offen hat. Das sind Tatsachen, die wir täglich zu hören bekommen. Dann versucht man, aus einer sehr positiven Überlegung heraus, aus einer Entscheidung heraus, die der Wirtschaft, wie schon mehrmals betont, eher helfen soll, eine politische oder sonstige Maßnahme herauszulesen und diese zu unterstellen. Wenn man noch dazu sagt, es sind keine Begleitmaßnahmen getroffen worden, um den Stadtplatz vom Individualverkehr freizumachen. Was ist denn dann das, meine Damen und Herren, daß wir eine verstärkte Autobuslinienführung schaffen vom Münichholz, vom Tabor, vom Krankenhaus, daß wir einen Pendelverkehr zum einzig naheliegenden Parkplatz führen, der uns gratis von den Steyr-Werken zur Verfügung gestellt führt? Sind das keine begleitenden Maßnahmen? Wenn wir noch dazu bereit sind, zum halben Fahrpreis das zu bewerkstelligen - auch eine Serviceleistung. Ich habe aber bis heute nicht gehört, daß die Geschäftswelt so wie anderswo, wie beispielsweise in Linz, ab einem bestimmten Einkauf der Preis für das öffentliche Verkehrsmittel ersetzt wird. Kein Wort davon. Da ist die Handelskammer offenbar nicht sehr initiativ, um mit guten Ratschlägen ihren Kolleginnen und Kollegen eine Unterstützung zu geben. Man kritisiert nur, aber man hat keine konstruktiven Vorschläge. Das ist das, was es sehr schwer macht, in Steyr tatsächlich eine Aktion zu starten, die für die Steyrer Bevölkerung, die für die Besucher von Steyr als eine Notwendigkeit betrachtet wird, die schon seit Jahren gesetzt hätte werden müssen und nicht erst später mit Wenn und Aber und mit allen Einwänden wieder verhindert werden soll.

Ich glaube, wir sollten uns uneingeschränkt zu einer Lösung des Stadtplatzes bekennen. Ich bin bereit, jederzeit eine gemeinsame Zusammenarbeit zu pflegen. Damit, glaube ich, kann man durchaus etwas Vernünftiges daraus entstehen lassen. Zum Einwand von Kollegen Tremel, daß die Zufahrt hätte gestattet werden können, möchte ich sagen, das ist eine Möglichkeit, die wir sehr wohl geprüft haben und die durchaus verständlich erscheint. Nur haben wir eines dabei und das sehen wir immer wieder. Der erboste Autofahrer, der dann vor den verschlossenen Zufahrten zum Stadtplatz steht, ist zutiefst verärgert. Die Polizei hat das sehr genau geprüft, das Wacheorgan hat selbst mit Funkgeräten nicht immer die Möglichkeit, so viele wieder hineinzulassen, als gerade herausfahren, wenn sowieso mehr Fahrzeuge am Stadtplatz sind als er aufnehmen kann. Es kommt dazu, daß wir durch diese Alternativen, die wir anbieten, von Haus aus die Verärgerung hintangestellt werden soll, weil er ja durch Flugblätter, durch Presse und Radio auf die beabsichtigte Lösung für diese vier Einkaufssamstage hingewiesen wird. Er versucht dadurch ja gar nicht, auf den Stadtplatz zu kommen, sondern versucht, schon vorher sein Auto dort abzustellen, wo wir ihm die Möglichkeit bieten, möglichst billig, möglichst rasch und bequem auf den Stadtplatz zu kommen. Das war unsere Absicht. Wir sind immer bereit zu Gesprächen, das darf ich durchaus mit unterstreichen. Wir werden uns allerdings nicht mit dieser Tonart auseinandersetzen, die offenbar nur aus einer Situation heraus entsteht, wie man schon eingangs von mir

geschildert bekommen hat.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Holub bitte.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Es ist schon ganz gut, daß wenigstens ein Referat angesprochen wurde, aus dem ich mich zur Antwort melden kann.

Eine ganze Reihe von Dingen wurde hier gesagt, vorweg einmal eine grundsätzliche Stellungnahme zur Vorgangsweise und zum Problem an sich. Vielleicht zuerst einmal zum Problem an sich. Mein Kollege Othmar Schloßgangl hat ja schon gesagt, daß wir sehr wohl einer Meinung sind, daß man mit der Umgestaltung des Stadtplatzes sehr viel Gutes für die Stadt erreichen wird. Ich weise es glatt zurück, wenn der Herr Bürgermeister und Kollege Pimsl sagen, wir haben nur mitreden wollen und nicht mitverantworten wollen, weil das an sich nicht der Üblichkeit hier entspricht. Ich glaube, wir haben bewiesen, daß wir viele konstruktive Vorschläge gemacht haben, unter anderem auch zur Budgetgestaltung, aber auch in manchen anderen Bereichen. Soweit es mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln möglich war, haben wir auch versucht vorzudenken, z. B. was das Referat Denkmalschutz betrifft bin ich mit Regierungsrat Scheuer im heurigen Jahr recht oft beisammen gesessen, um uns zu überlegen, wie man denn den Stadtplatz gestalten könnte. Worauf ich allerdings gewartet habe war eine Einladung zu einem Gespräch, denn nicht in einer einzigen Sitzung im Präsidium, nicht in einer Sitzung im Präsidial-Planungsausschuß und nicht in einem einzigen Gespräch im Verkehrsbeirat oder Verkehrsausschuß ist dieses Thema jemals zur Sprache gekommen. Kollege Stadtrat Pimsl, wir beide haben uns nach der letzten Sitzung, hier war es, die Hand gegeben und haben gesagt ja-wohl, wir arbeiten miteinander zusammen zum Wohl unserer Bürger an der Umgestaltung des Stadtplatzes. Du kannst es mir nicht verdenken, daß ich dann sehr schockiert war, wenn ich ein paar Tage darauf erfahre, daß Bürgermeisterverfügungen erlassen werden, daß der Stadtplatz gesperrt wird. Das habe ich dann in der Öffentlichkeit Stilbruch genannt und es ist auch einer.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Das eine ist eine Verkehrsmaßnahme, das andere ist eine Gestaltung des Stadtplatzes, die in Angriff genommen werden muß. Du bist dazu herzlich eingeladen, wenn Du es aber nicht wahrnehmen willst, so kann ich Dich nicht zwingen.

VICEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich will das durchaus wahrnehmen, aber du mußt verstehen, daß man da wirklich mehr als enttäuscht sein muß, wenn dann das Gespräch in Anordnung ausufert. Das ist einfach nicht der Stil und darum habe ich gesagt, ich bin sehr enttäuscht vom Herrn Bürgermeister, weil das nicht zu seinem persönlichen Stil paßt, den ich überaus schätze. Es war durchaus nicht die Absicht, an der Person des Herrn Bürgermeisters und an seiner demokratischen Einstellung Zweifel zu ziehen, es sei denn, daß ein gegebener Anlaßfall war. Das war eben nach meiner Meinung und nach der Meinung meiner Partei ein gegebener Anlaßfall. Sehr viele Gespräche hat es dazu ja nicht gegeben, außer eine Stunde vor der Pressekonferenz. Das war die Presseunterlage des Rathauses schon vervielfältigt. Das hat also nicht ganz in das Schema gepaßt, wie wir hier zusammenarbeiten. Ich biete nach wie vor die ehrliche Zusammenarbeit der ÖVP an, aber bitte nicht so weiter, wie es hier zu befürchten stand, daß das ein Anfang sein könnte. Diese Befürchtung habe ich in der Presse geäußert, das ist absolut richtig, muß aber bitte mein Recht sein, daß ich sage, ich habe Angst um den politischen Stil, wenn das so weitergeht.

Die Maßnahmen, die ab dem nächsten Wochenende gesetzt werden, sind schon mehrfach diskutiert worden. Wir sollten dieses Thema nicht noch einmal zerreden. Zweifellos ist der Stadtplatz für alle da, ja kein Wunder. Aber weil er eben für alle da ist,

wäre es sinnvoll gewesen, zu diesem Thema auch mit allen zu sprechen, und zwar rechtzeitig. Es ist gar nicht meine primäre Aufgabe, die Wirtschaft zu verteidigen, aber wenn ich mir vorstelle, daß ich Kaufmann in diesem engeren Bereich bin, und ich mir den Vorwurf machen lassen müßte, Du setzt keine Maßnahmen, daß der Stadtplatz leben kann, so fiel mir wahrscheinlich sofort ein, daß ich in der Information mich befinde, daß von November bis Dezember die gesamte Fläche des Stadtplatzes zur Kurzparkzone erklärt wird, wie wir auch einvernehmlich festgestellt haben, damit die Verhüttlung, wie sie im vergangenen Jahr war, nicht stattgreifen kann. Das ist die Prämisse. Die logische Folgerung daraus ist für jeden einzelnen, wenn verordnet wird Kurzparkzone, dann stehen in der Regel auf dieser Kurzparkzone Autos, weil sonst wäre sie ja nicht als Parkzone verordnet worden. Schlußfolgerung daraus, wo Autos stehen, kannst Du keine Aktionen machen und Schlußfolgerung daraus, es ist nichts geschehen. Schlicht und einfach, das ist die logische Gedankenkette. Es ist ganz klar, daß man jetzt versucht, Schwarzpeter zu spielen und irgendwelche Attacken zu reiten. Fest bleibt die reine einfache Tatsache, man hat tatsächlich mit niemandem gesprochen und die Entscheidung ist in der sozialistischen Fraktion gefallen. Ich weiß schon, daß die sozialistische Fraktion erdrückend die Mehrheit stellt in diesem hohen Gemeinderat und daß sie daraus ableitet, sie alleine könnte wissen, was gut und was schlecht ist. Diese Ableitung finde ich allerdings nicht ganz zutreffend, wenngleich die Mehrheitsverhältnisse in einer Abstimmung das dann tatsächlich in eine Realität umsetzen lassen. Das ist nicht wegzuleugnen und soweit muß man auch Demokrat sein, daß man Abstimmungen zur Kenntnis nimmt. Aber in diesem Fall wurde nicht abgestimmt, in dem Fall wurde nicht gesprochen und in dem Fall wurde nicht informiert. Wenn heute in die Haushalte zugestellt wird - hoffentlich bekommen es alle Haushalte bis zum Wochenende - das Flugblatt über die flankierenden Maßnahmen, so ist das wirklich eher sehr knapp. Was ist, wenn die Briefträger, sie haben 7 Tage Zeit, um Massenzustellungen zu befördern, das nicht pünktlich machen? Dann ist sicherlich das Informationsangebot jedenfalls nicht ausreichend bald gekommen.

Dann gibt es auch noch das Problem der auswärtigen Besucher in unserer Stadt. Wir sind sehr stolz als Stadt Steyr darauf, daß wir Einkaufs-, daß wir Kulturzentrum und daß wir Schulzentrum für das Umland sind. Bei solchen entscheidenden Maßnahmen haben wir völlig vergessen, daß wir auch Servicezentrum für das Umland sind und haben dem Umland von dieser Maßnahme überhaupt keine Mitteilung gemacht, und wenn, dann sicher nicht rechtzeitig. Wenn es nicht den Aufstand der Kaufleute gegeben hätte, und wenn es nicht die eine oder andere Auseinandersetzung über die Presse gegeben hätte, so wüßten die Bewohner der Umlandgemeinden bis heute nicht, was geplant ist und stünden staunend vor dem Polizisten am Stadtplatz, der ihn fragt, hast Du eine Einfahrgenehmigung.

Ich teile vollkommen die Ansicht des Otto Tremel und habe das auch eine Stunde vor der Pressekonferenz gesagt. Über verschiedene Maßnahmen hätte man reden können, aber alles auszusperren und zu sagen, friß Vogel oder stirb, das war falsch. Der Vorschlag des Otto Tremel deckt sich mit meinem Vorschlag, man hätte doch zumindest im Aufrufweg ermöglichen können, daß der Ennskai als Publikumsparkplatz zur Verfügung steht. Ich bin fest überzeugt, daß die Kaufleute und ihr Personal Verständnis dafür empfunden hätten, daß an den wirklich extremen Tagen sie selber für ihre Kunden den Platz lassen. Aber mit dem Reden wären die Leute zusammengekommen. Ich bin auch fest überzeugt, daß die Verstimmung nicht so grundlegend ist, daß ein Gespräch nicht möglich ist. Ich würde nur wirklich den ehrlichen Aufruf an Euch, liebe Freunde, richten, solche Maßnahmen nicht mehr zu setzen, damit es einem, der in der Minderheit sich befindet, in der Tat auch noch möglich ist, zusammenzuarbeiten. Denn wenn es so weiterginge, wäre man der reine einfache Narr, wenn man Zusammenarbeit anbietet, Lösungsvorschläge macht, wie z. B. am Wieserfeldplatz in der Stadtteildiskussion und man dann aus dem Amtsblatt erfährt, daß Stadtrat Pimsl genau die Dinge, Motor abstellen oder empfohlene Geschwindigkeit 30 km/h in der Altstadt - erinnere Dich, das war mein Lösungsbeitrag dazu, wie die Meinungen zu stark auseinandergegangen sind, bin ich aufgestanden

und habe diesen Lösungsvorschlag gemacht. Wenn das so ist, daß die konstruktive Mitarbeit immer nur zum Okkupieren durch Mehrheiten oder wenn es einmal wirklich zum Diskutieren würde, zum Negieren der Diskutantenmeinung führt, so wäre das nicht gut für unser Klima hier im Raum. Diese Sorge habe ich ausgedrückt. Ich habe mit Bürgermeister Schwarz über diese Sorge auch schon ein Gespräch gehabt und ich hoffe sehr, daß das Wort, das zwischen uns gefallen ist, Gültigkeit hat, daß diese Sorge unbegründet ist. Fest steht aber schon, daß man ein wenig besorgt sein muß und fest steht auch schon, daß die Argumente, daß die Aktion überhudelt ist, durchaus nicht vom Tisch zu wischen sind. Fest steht, daß man Zeit gehabt hätte, das vorzubereiten und fest steht, daß man uns den Vorwurf, seitens der Mehrheit an die ÖVP gerichtet, durchaus nicht machen kann, daß wir nicht gesprächsbereit waren, denn man kann uns wirklich beim besten Willen nicht nachweisen, daß wir nur mitreden wollen und nicht mitverantworten. Ich glaube, gerade in der heutigen Sitzung haben wir bewiesen, daß wir in einem sehr hohen Ausmaß mitverantworten, auch wenn es vielleicht nicht opportun ist. Wenn das, was Du mir vorwirfst, Rudi, zuträfe, daß wir nur schielen, was paßt und daß wir in diversen Syndromen da umherhuschen, dann wäre es sicherlich sehr einfach und sehr billig gewesen, in die Demagogie, die heute manchmal geäußert wurde, mit einzustimmen. Ist nicht geschehen, der Versuch zum konstruktiven Mitarbeiten wird nach wie vor aufrecht erhalten. Aber bitte zum Mitarbeiten gehören zwei, einer der es läßt und einer der es tut. Der, der es läßt, ist in dem Fall nicht da gewesen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich muß das Wort Stilbruch entschieden ablehnen, es ist sicherlich keiner. Ich möchte sagen, die Entscheidung war notwendig, das ist meine tiefste Überzeugung, weil es sonst zu keiner gekommen wäre. Ich glaube, daß damit auch die Basis gegeben ist, weil wir aus der Erfahrung dieser Tage sehr viel lernen werden und daraus solche Erkenntnisse ziehen, die letztlich eine Regelung des Verkehrsproblems am Stadtplatz nur unterstützen und eine Basis sind für unsere weiteren Entscheidungen.

Ich darf nochmals alle Fraktionen einladen an dieser weiteren Diskussion mitzuwirken und auch den Versuch in ihre Entscheidungen mit einfließen zu lassen, der jetzt läuft.

Damit kommen wir zur ÖVP. Gibt es ein neues Thema?

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Wir ziehen es zurück.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Die GAL? Kein Thema. KPÖ?

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich habe heute die Redezeit so über Gebühr beansprucht, daß ich jetzt verzichte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. FPÖ?

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Kein Thema.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich darf bekanntgeben, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse des Stadtsenates im Gesamtausmaß von S 1,117.300,- zur Kenntnis genommen hat und in den Verhandlungsgegenständen wurden Beschlüsse über Beträge von S 3,423,400,-

gefaßt.

Ich danke für die Mitarbeit und schließe die Sitzung.

Ende der Sitzung: 19.10 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.

Dr. Gerhard Alphasamer e. h.

Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Rudolf Pickl e. h.

Franz Rohrauer e. h.

